

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 14 vom 9. April 1982

16. Jahrgang

1 DM

Ostermärsche, München, Reagan-Besuch

Massendemonstrationen für den Frieden

Die nächsten Tage des April stehen ganz im Zeichen großer Friedensdemonstrationen: der Ostermärsche und der Demonstration anlässlich des SPD-Parteitag am 17. April in München. Darüber hinaus laufen die Vorbereitungen zur Massendemonstration am 10. Juni, wenn das Oberhaupt des US-Imperialismus, Ronald Reagan, in Bonn ist, auf Hochtour. Die KPD wird bei allen diesen Aktionen mit ihren Genossen beteiligt sein und die Friedenspolitik der Partei vertreten. Sie unterstreicht dabei die Notwendigkeit, die Friedensbewegung nicht zu einem Anhängsel der imperialistischen Genfer Verhandlungen zu machen, sowie eine Massenbewegung zum Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zu entwickeln.

Die Ergebnisse der Ostermarsch-Vorbereitungen lassen eine massenhafte Beteiligung im gesamten Bundesgebiet erwarten. Dies bringt den Willen Hunderttausender Menschen zum Ausdruck, für die Sicherung des Friedens aktiv zu werden. Die offiziellen Aufrufe zu den Osteraktionen lassen allerdings nicht übersehen, daß eine Strömung innerhalb der Friedensbewegung großen Einfluß hat, die auf eine Beschränkung der Forderungen auf den Widerstand gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen und eine Orientierung auf die Genfer Verhandlungen drängt. Sie wird vor allem von der DKP und ihr nahestehenden Kreisen getragen. So richtig es ist, mit aller Kraft die neuen Raketen abzuwehren, so schädlich ist es, sich einer Weiterentwicklung des Bewußtseins und des Kampfes in den Weg zu stellen. Bei der DKP

spielt die Inschutznahme der Sowjetunion, die heute selbst eine imperialistische Supermacht ist, die entscheidende Rolle. Eine solche Politik erleichtert den reaktionärsten westlichen Kreisen ihre Verleumdungen gegenüber der Friedensbewegung. Sie widerspricht nicht zuletzt den Interessen der am wirklichen Kampf gegen die Kriegstreiber interessierten Anhänger ihrer eigenen Partei.

Auch in Vorbereitung der Demonstrationen gegen Reagan und zum SPD-Parteitag gab es Auseinandersetzungen. Wir berichten auf den Seiten 2 und 9. Die KPD setzt sich mit aller Kraft dafür ein, den 10. Juni zu einer machtvollen Manifestation gegen die Kriegspolitik der USA und der NATO, die von der Bundesregierung mitgetragen wird, zu machen.

„Wir wehren uns gegen die Aufrüstungspolitik der Bundes-

regierung!“ Unter dieser Parole rufen Dutzende von Organisationen, darunter auch unsere Partei, zur bundesweiten Demonstration in München auf, wo am 17. April der Bundesparteitag der SPD stattfindet. Die SPD-Führung will dort verhindern, daß über die geplante Raketenstationierung gesprochen wird, während sie gleichzeitig alles zur Vorbereitung dieser Stationierung Notwendige unternimmt — z. B. läßt sie schon die Startampen bauen. Entgegen dem Bemühen der Jusoführung, die Aktionen im sozialdemokratischen Rahmen zu halten, wird der Auftakt zu diesen Aktionen mit einer nicht von ihnen getragenen Kundgebung gegeben. Anschließend findet eine gemeinsame Demonstration statt.

Hetze gegen Kollegen im öffentlichen Dienst

STUTTGART. — Das Lager der Unternehmer, die Bundesregierung mit eingeschlossen, setzt jetzt alles daran, die noch ausstehenden Lohnabschlüsse noch weit unter 4,2 Prozent zu drücken. Dabei kommt ihnen die Haltung der Gewerkschaftsführer entgegen. Hauptangriffspunkt der Lohnraubstrategen ist momentan der öffentliche Dienst.

Nach wie vor versucht die Regierung — angepeitscht durch die Unternehmervverbände — durch einen absoluten Niedrigabschluß im öffentlichen Dienst ein Signal für drastischen Lohnverzicht zu setzen. Zu diesem Zweck hat man anlässlich des Beginns der Schlichtung eine maßlose Hetze gegen die Kollegen im öffentlichen Dienst in Gang gesetzt.

In diese Hetze ist auch ein Vorsitzender einer DGB-Gewerkschaft offen eingefallen: Berthold Keller, Chef der Gewerkschaft Textil und Bekleidung. Keller zog öffentlich über die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst her, weil sie sich

bisher weigern, ein „Sonderopfer“ zu akzeptieren.

Keller machte zugleich den Textil- und Bekleidungsunternehmern das Angebot, einen Teil der noch auszuhandelnden Lohnerhöhung in diesem Industriezweig nicht an die Beschäftigten auszusparen, sondern ihn den einzelnen Firmen als „Darlehen“ zur Verfügung zu stellen.

In der Druckindustrie kam es am vergangenen Freitag und am Montag zu Warnstreiks. Hier weigern sich die Unternehmer vor allem, über eine von der IG Druck geforderte neue Lohnstruktur zu verhandeln. (Ausschließliche Beiträge auf Seite 5).

520 3426
Bürger, helft Euch selbst
Wyhl — ein Beispiel



„Wyhl wird nicht gebaut!“ Unter dieser Parole demonstrierten am Sonntag etwa 50 000 AKW-Gegner, darunter große Delegationen aus dem Elsaß und aus der Schweiz, im Wyhler Wald gegen den geplanten Baubeginn des Atomkraftwerks am Oberrhein. Eine Woche zuvor hatte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim endgültig grünes Licht für das seit 1975 umkämpfte AKW gegeben. Die Demonstration vom Sonntag, die bislang größte in Wyhl, machte auf eindrucksvolle Weise deutlich, daß der Kampf trotz Gerichtsurteil weitergehen wird.

Maiaufruf des ZK der KPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 1. Mai demonstrieren die Arbeiter in allen Ländern für die Forderungen ihrer Klasse, für die Verwirklichung ihrer Interessen. Auch bei uns muß der 1. Mai zu einem Kampftag für die Forderungen der Arbeiterklasse werden. Denn die Unternehmer setzen ihren Großangriff auf unsere Lebenslage fort.

Die Unternehmer haben in den Tarifverträgen dieses Jahres unmißverständlich klargestellt, daß die Arbeiter und Angestellten zum zweiten Mal hintereinander die kapitalistische Krise durch Reallohnabbau bezahlen sollen. Und sie haben dieses Ziel bereits auf breiter Front durchgesetzt. Gerade in der Krise können wir unsere Reallohn nur durch konsequenten Kampf sichern. Wer dagegen, wie die Gewerkschaftsführer, von vornherein

vor dem Druck der Unternehmer kapituliert, auf die Einleitung von wirksamen Kampfmaßnahmen verzichtet und mit den Unternehmern sozialpartnerschaftlich zusammenarbeitet, arbeitet der unternehmerischen Lohndrückerei in die Hände.

Es geht aber nicht nur um unsere Löhne. Die Unternehmer verlangen mit der Verschärfung der Krise, daß die von uns in der Vergangenheit erkämpften sozialen Leistungen Zug um Zug abgebaut und so weit wie möglich abgeschafft werden. Die Bonner SPD/FDP-Regierung führt — bedrängt von der CDU/CSU-Opposition, die rücksichtslosere Maßnahmen fordert — diesen Unternehmerkurs durch: mit der Kürzung des Kindergeldes für das zweite und dritte Kind, mit Leistungsabbau im Gesundheitswesen und höheren Rezeptgebühren, mit der Er-

höhung der indirekten Steuern, mit dem Plan, die Mehrwertsteuer heraufzusetzen, mit Angriffen auf die Renten und vor allem mit Kürzungen in Milliardenhöhe bei der Bundesanstalt für Arbeit, mit neuen, unerhörten Zumutbarkeitsklauseln für die Arbeitslosen. Im Sommer stehen die Haushaltsberatungen '83 ins Haus. Erneut blasen die Unternehmer zum Angriff auf die Lohnfortzahlung und das Arbeitslosengeld. Alle diese Maßnahmen treffen die gesamte Arbeiterklasse. Sie treffen aber vor allem die Arbeitslosen. Die Arbeiter und Angestellten, die Werktätigen sollen die Krise und die mit ihr einhergehende galoppierende Staatsverschuldung bezahlen. Darin sind sich die Unternehmer und alle Bonner Parteien einig. Sie behaupten: „Alle müssen Opfer bringen!“

Aber warum? Krise und Fortsetzung auf Seite 2

Die „Flotte Ihrer Majestät“ ist ausgelaufen!

Imperialistischer Streit um Falkland-Inseln

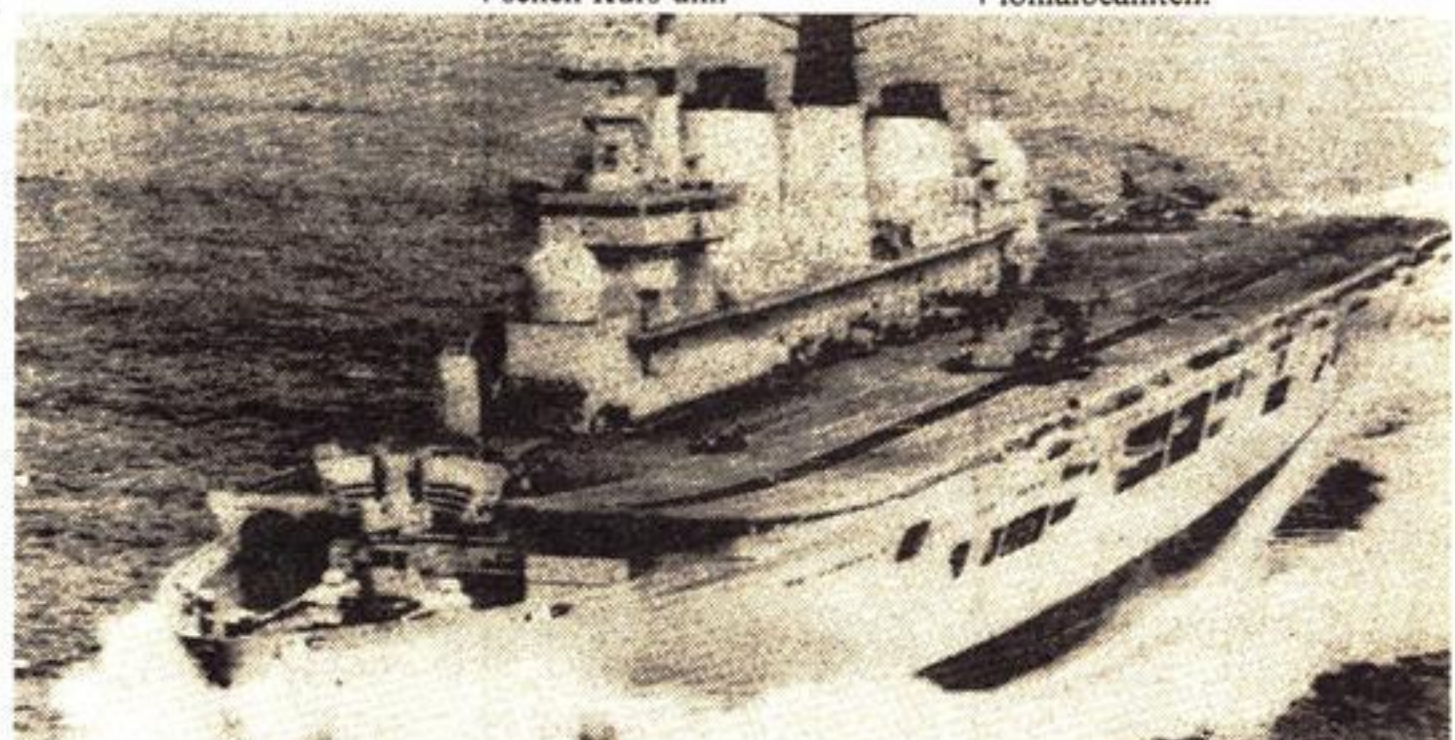
Der Überfall argentinischer Streitkräfte auf die unter britischer Herrschaft stehenden Falkland-Inseln vor der Küste Argentiniens hat überraschend plötzlich deutlich gemacht, wie wenig sogenannte Freundschaften zwischen reaktionären Regimes wert sind. Gestern noch waren die britischen Waffenhändler Lieferant Nummer zwei für die diktatorische Militärjunta Argentiniens, heute läuft die königliche Flotte zu einer kolonialen Strafaktion aus.

Falkland Inseln: Das heißt natürlich große Erdölvorkommen, heißt Manganknollen auf dem umliegenden Meeresgrund, heißt Kontrolle des Südzipfels Lateinamerikas. Das ist die eine Seite dieses Streits, den man nicht zu leicht nehmen sollte.

Die andere Seite aber ist die: Diese beiden Regierungen nutzen diesen Streit, um nationalistische Hetzkampagnen zu veranstalten, um die wacklige Position, die sie vor der eigenen Bevölkerung haben, zu festigen und dies in nahezu klassischer Manier. Die britische Reaktion zeigt sich empört, daß das morsche Kolonialregime Albions vollends zerstampft wird, die Rechten in der Labourpartei

geben sich sofort stramm vaterländisch und königstreu. Noch deutlicher in Argentinien: wo vor wenigen Tagen noch der Unmut in Kampffaktionen umzuschlagen drohte, da schwenkt die Führung der peronistischen Gewerkschaften, der größten Arbeiterorganisation des Landes, ebenfalls auf nationalistischen Kurs um.

Die durch den Amoklauf der Generale in Buenos Aires aufgeworfene Falkland-Frage kann aber befriedigend nicht durch die imperialistische Kanonenbootpolitik Maggie Thatchers gelöst werden, sondern nur durch das Selbstbestimmungsrecht der einheimischen Bevölkerung, ohne die britischen Kolonialbeamten.



Das Flaggschiff der britischen „Südatlantik“-Flotte, HMS „Unbesiegbare“, läuft aus...

Kommentar der Woche

Starke Worte klangen letzte Woche aus den USA herüber. Atomwaffen, so konnte man vernehmen, seien „gräßlich unmenschlich“ und sie müßten deshalb „drastisch reduziert“ werden.

Hatte sich da die neue amerikanische Friedensbewegung zu Wort gemeldet? Weit gefehlt — es war Präsident Reagan höchstpersönlich, der solche ungewohnten Töne auf einer Pressekonferenz anschlug.

Wenige Wochen zuvor hatte auf der anderen Seite des Atlantiks, im Moskauer Kreml, schon Leonid Breschnew seinen Abscheu vor Atomwaffen bekundet und auch gleich ein einseitiges Moratorium (einen Stopp) bei der Aufstellung von nuklearen Mittelstreckenraketen angekündigt.

Nun sind aber beide Herren natürlich nicht über Nacht ins Lager der Friedensbewegung abgewandert. Ihren starken Worten stehen — wie üblich — sehr unfriedliche Taten gegenüber, und ihre Vorschläge zur angeblichen Reduzierung der Atomwaffen haben allemal einen großen Haken.

Beginnen wir mit Breschnews Moratorium. Es ist zunächst

Moratorium und „Null-Lösung“

einmal kein Abrüstungsangebot, sondern nur ein Angebot, nicht weiter aufzurüsten (wobei natürlich auch das schon, wenn es ernst gemeint wäre, als begrüßenswerter Schritt betrachtet werden müßte). Weiter ist es keine einseitige Maßnahme, sondern Breschnew hat sein Moratorium an die Bedingung geknüpft, daß die USA ihrerseits die Vorbereitungen für die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa einstellen. Und drittens soll das Moratorium auch nicht für alle sowjetischen SS-20-Raketen gelten, sondern nur für den westlichen Teil der UdSSR Geltung haben. Das bedeutet: Östlich des Urals wird munter weiter stationiert, wobei man wissen muß, daß auch von den sibirischen Rampen aus die Raketen vom Typ SS20 Westeuropa durchaus noch treffen können.

Breschnews Moratorium liegt also ganz auf der Ebene der früheren sowjetischen Vorschläge: In der Sache bringt es nichts — außer eben dem erwünschten Propagandaeffekt.

Kommen wir zu Reagan. Der hat sich als Antwort auf Breschnews Vorstoß dieses Mal etwas ganz Schlaues einfallen lassen. Er hat nämlich diese Vorstoß nicht etwa, wie früher bei ähnlichen Gelegenheiten, als Trick abqualifiziert, sondern vielmehr den Kreml-Boß einfach überboten: Es genüge nicht, so Reagan, das vorhandene Potential an Atomwaffen nur einzufrieren, „wir müssen das bereits existierende horrendes Niveau reduzieren“.

Aber auch Reagan denkt natürlich nicht im Traum daran, diesen Worten nun Taten folgen zu lassen und auf amerikanischer Seite zumindest einen Teil der „gräßlich unmenschlichen“ Atomwaffen aus der Welt zu schaffen. Reduzieren nämlich sollen erst einmal die anderen, die Sowjets. Ihnen hat der US-Präsident auch letzte Woche wieder seine berühmte „Null-Lösung“ angetragen: Auf die Stationierung der neuen amerikanischen Atomwaffen in Westeuropa könne nur dann verzichtet werden, wenn die Sowjetunion sämtliche nach Westen gerichtete Mittelstreckenraketen abbaut.

Aber da zieht Breschnew bekanntlich nicht mit. Und wenn man nun all die schönen Worte aus Washington und Moskau über den Schrecken der Atomwaffen und die Notwendigkeit der Abrüstung auf ihren wirklichen Gehalt abklopft, dann kommt doch nur wieder ein längst bekannter Umstand dabei heraus. Beide Supermächte sind nicht zu wirklichen Abrüstungsschritten bereit; beide Seiten schieben sich gegenseitig den schwarzen Peter für das weitere Drehen an der Rüstungsspirale zu und drohen gleichzeitig mit der Aufstellung neuer Atomwaffen für den Fall, daß sich die eine Supermacht nicht bereit zeigt, die Forderungen der anderen Supermacht zu erfüllen.

Und das sind die Bedingungen, unter denen gegenwärtig in Genf zwischen Moskau und Washington über die europäischen Mittelstreckenraketen verhandelt wird. Da ist es kein Wunder, daß diese Verhandlungen bislang — wie jüngst die amerikanischen Unterhändler bestätigten — nicht das geringste Ergebnis gebracht haben. Und eine Einigung über tatsächliche Schritte zur Abrüstung bei den Mittelstreckenraketen ist auch für die nächsten Monate nicht zu erwarten.

Für die Friedensbewegung besteht wahrhaftig kein Anlaß, vertrauensvoll nach Genf zu blicken und die Hände in den Schoß zu legen, wie es ihr beispielsweise die SPD-Führer vorschreiben wollen. Die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen kann nur durch massive Kampfkationen verhindert werden.

Detlef Schneider

Maiaufwurf des ZK der KPD

Fortsetzung von Seite 1

Staatsverschuldung sind ja nicht vom Himmel gefallen. Und verantwortlich sind sicher nicht wir Arbeiter und Angestellten. Verantwortlich für Krise und Staatsverschuldung sind die Herren der Banken und Konzerne, deren Profitinteressen in unserer kapitalistischen Gesellschaft bestimmend sind. Sollen sie doch die Krise bezahlen — und zwar ganz einseitig. Deshalb: Statt Steuergeschenken für die Flick und Co. — drastische Anhebung der Besteuerung der Profite der Konzerne und Banken! Schluß mit den staatlichen Subventionen solange sie nicht rechtsverbindlich an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gebunden sind! Steuererhöhungen für die Reichen!

Für die Unternehmer war und ist der Staatshaushalt ein Selbstbedienungsladen. Damit muß Schluß gemacht werden. Vor allen Dingen muß Schluß gemacht werden mit der Aufrüstung. Die Aufrüstung ist ein Bombengeschäft für die Rüstungsindustrie, bezahlt wird sie mit unseren Steuergeldern, durch Demontage der sozialen Leistungen. Über 32 Milliarden Mark wird uns allein das Tornado-Programm kosten, über 100 Milliarden Mark die Neuausrüstung der Bundeswehr in den 80er Jahren. Rüstungsproduktion sichert keine Arbeitsplätze. Längst ist erwiesen, daß Rüstungsproduktion mehr Arbeitsplätze vernichtet als schafft. Ausweitung der Rüstungsproduktion heißt Vergeudung gesellschaftlichen Reichtums, führt zwangsläufig zu einer Politik „Kanonen statt Butter“.

Vor allem: Jede Mark, die in die Rüstung gesteckt wird, ist eine Investition für den Krieg, erhöht die Kriegsgefahr für unser Land. Es ist für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung höchste Zeit, den Kampf

gegen den Rüstungswahnsinn aufzunehmen. Deshalb: Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 20 Prozent!

In nur einem Jahr hat sich die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik verdoppelt und jetzt die Zwei-Millionen-Grenze erreicht. Und allen Prognosen zufolge ist damit die Höchstgrenze noch längst nicht erreicht. Durch Stilllegungen und Massenentlassungen, Ausdünnen der Belegschaften, durch Rationalisierungsfeldzüge großen Stils, durch Senkung der Produktionskosten und Verschärfung der Ausbeutung wollen die Unternehmer über die Krise wegkommen. Das wird unweigerlich zu einem weiteren Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit führen.

Die Lage der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen hat sich drastisch verschlechtert. Immer größer wird die Zahl derer, die nur noch Arbeitslosenhilfe beziehen. Zehntausende von Jugendlichen, die ihre Schule beenden, haben keinerlei Aussicht, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen. Besonders schwer betroffen sind auch die Frauen und unsere ausländischen Kollegen. Dazu kommt die jetzt geplante Verschärfung der Zumutbarkeitsklausel. Angesichts dieser Lage sind die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze und der Kampf für die Rechte der Arbeitslosen wichtiger denn je. Dieser Kampf muß Sache aller Arbeiter und Angestellten sein — derjenigen, die Arbeit haben und der Arbeitslosen. Deshalb: Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Weg mit den Sperrfristen, Zumutbarkeitsklauseln und Verfügbarkeitsbestimmungen!

Lohn- und Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Aufrüstung, das ist das Krisenprogramm der Unternehmer für die 80er Jahre. Gegen dieses

unsere Gewerkschaften den Kampf aufnehmen. Das aber ist unmöglich auf der Grundlage der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Unternehmern.

Gegen Sozialpartnerschaft — für klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik: Dafür gilt es in den Gewerkschaften einzutreten.

Wichtiger denn je ist auch der Kampf für die Verteidigung des Friedens. Die beiden Supermächte USA und Sowjetunion bereiten sich fieberhaft auf einen Krieg vor. Deutschland würde im Kriegsfall atomares Schlachtfeld. Aber anstatt den Kriegstreibern in Washington entgegenzutreten, treibt die Bundesregierung selbst die Militarisierung voran und will die Stationierung der neuen US-

Mittelstreckenraketen gegen den breitesten Widerstand der Bevölkerung durchsetzen.

Der Frieden kann nicht durch Verhandlungen zwischen den Staatsoberhäuptern, sondern nur durch eine breite Massenbewegung gesichert werden. Eine Massenbewegung, in der die Arbeiter und Angestellten, die Gewerkschaften an vorderster Front stehen müssen. Weg mit dem Nachrüstungsbeschuß! Raus aus der NATO! Neutralität der Bundesrepublik!

Kolleginnen und Kollegen! Beteiligt euch massenhaft an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB! Der 1. Mai darf kein Regierungsmaschenspiel der Bonzen und Minister werden. Der 1. Mai muß im Zeichen unserer Forderungen, des Kampfes für unsere grundlegenden Interessen stehen!

Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn! Arbeit für alle! Frieden! Sozialismus!



Reagan-Besuch in der BRD

Am 10. Juni wird in Bonn demonstriert!

Auf einer Aktionskonferenz am Wochenende in Bonn, an der rund 800 Vertreter verschiedener Parteien, Organisationen und Friedensinitiativen teilnahmen, wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, am 10. Juni anlässlich des NATO-Gipfels — zu dem auch US-Präsident Reagan kommen wird — eine Massendemonstration in Bonn durchzuführen.



Anti-Haig-Demonstration in Westberlin

Das ist ein guter und auch notwendiger Beschluß. Seitdem bekannt wurde, daß auf Betreiben der Bundesregierung der NATO-Gipfel von Brüssel nach Bonn verlegt worden war, hat sich unsere Partei dafür eingesetzt, diese Provokation durch einen machtvollen Aufmarsch der Friedensbewegung zu beantworten — und zwar nicht irgendwo und irgendwann, sondern am 10. Juni, dem Beginn des Treffens, in der Bundeshauptstadt selbst.

Wir werden nun alles in unseren Kräften stehende unter-

nehmen, um für diese neue Großdemonstration zu mobilisieren und dafür zu sorgen, daß sie eine deutliche Kampfansage gegen Reagan und gegen die NATO sein wird. Über die Stoßrichtung der Bonner Aktion gab es bei der erwähnten Arbeitskonferenz erhebliche Auseinandersetzungen. Es lag ein von 37 Organisationen erarbeiteter Aufruf vor, für den bezeichnend ist, daß er Reagan mit keinem Wort erwähnt. Er enthält nicht einmal eine deutliche Absage an die NATO als einem Instrument westlicher Kriegspoli-

tik, geschweige denn, daß er die Mitgliedschaft der BRD in diesem Kriegspakt in Frage stellt. In bezug auf die Lage in Polen und Afghanistan schreibt der Aufruf Formulierungen fest, die auch von der sowjetischen Führung unterschrieben werden könnten. Außerdem orientiert er den Friedenskampf auf die Genfer „Abrüstungsgespräche“, durch die angeblich eine Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen in Europa erreicht werden könnte.

Der Vertreter der KPD kritisierte diese Vorstellungen und setzte sich für die Positionen ein, wie sie in dem von unserer Partei zum Reagan-Besuch verschickten Brief niedergelegt sind (siehe „Roter Morgen“ 9/82). Auch andere Redner nahmen gegen den Aufruf Stellung, etwa der Bundestagsabgeordnete Hansen von den „Demokratischen Sozialisten“, der sich gegen die Verhandlungssillusionen aussprach und eine schärfere Haltung gegenüber der NATO forderte. Als Alternative zu dem erwähnten Aufruf lag ein von etwa 100 Organisationen und Friedensinitiativen verabschiedetes Papier („Göttinger Aufruf“) vor. In der Abstimmung darüber, welcher der beiden Aufrufe zur Grundlage der weiteren Diskussion gemacht werden solle, sprach sich jedoch eine Zweidrittelmehrheit gegen den „Göttinger Aufruf“ aus. Dieses Ergebnis ist nicht zuletzt auf das massive Auftreten von

DKP-nahen Organisationen zurückzuführen.

Bei der weiteren Diskussion wurde dann mit einem üblichen Verfahrenstrick gearbeitet: Änderungsvorschläge zu einzelnen Teilen des Aufrufs mußten jeweils mit einer Dreiviertel-Mehrheit angenommen werden. Unter dieser Bedingung ist es klar, daß an dem vorliegenden Aufruf nur noch unwesentliche Korrekturen vorgenommen wurden. Deshalb wird ihn die KPD auch nicht unterzeichnen, dennoch selbstverständlich für die Demonstration selbst mobilisieren.

Wenn die Frage des Aufrufs auch nicht in befriedigender Weise gelöst werden konnte, muß doch die bedeutende Tatsache hervorgehoben werden, daß sich das gesamte Spektrum der Friedensbewegung auf die Durchführung der Bonner Demonstration geeinigt hat. Es gab und gibt ja neben der schon längst angelaufenen Hetzkampagne der Reaktion gegen die Demonstranten auch einen erheblichen Druck — nicht zuletzt von Seiten der SPD-Führer —, die Friedensbewegung auf einen anderen Termin als den des NATO-Gipfels oder auf einen anderen Ort als Bonn festzulegen. Jetzt wird es also darauf ankommen, Reagan, den NATO-Bossen und der Bonner Regierung zu zeigen, daß die Friedensbewegung nach wie vor ein politischer Faktor ist, mit dem sie rechnen müssen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Wir laden ein
zum Pressefest:

15
Jahre

ROTER MORGEN



Im Juli dieses Jahres geht unsere Zeitung, der „Rote Morgen“, in ihr 16. Jahr.

15 Jahre also ist es her, daß die erste Ausgabe erschien — im DIN-A4-Format, hektografiert, illegal, verbreitet innerhalb der verbotenen KPD, hergestellt von Hamburger Marxisten-Leninisten, ins Leben gerufen auf Initiative des Genossen Ernst Aust.

Er wandte sich zuerst an die Mitglieder der KPD, deren Führung den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die Revolution aufgegeben hatte und die durch die Illegalität geschaffenen schwierigen Bedingungen ausnutzte, um die Partei zu desorganisieren, die demokratischen Normen zu beseitigen, die Mitglieder über die Entwicklung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung nach Stalins Tod und Chruschtschows Putsch im Unklaren zu halten und zu belügen, die aufrechten Revolutionäre zu isolieren.

„Ihr alle wißt oder fühlt zutiefst, mit unserer Partei, der KPD, ist etwas nicht in Ordnung...“ Mit dem offenen Aufruf zum Widerstand gegen die Verräter, zur Wiederaufnahme des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus, trat der „Rote Morgen“ ins Leben.

„Die Nacht des revisionistischen Verrats war durch die Gründung des ‚Roten Morgens‘ beendet. Ein neuer Tag in der ruhmreichen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung brach an. Dieses historische Ereignis findet im Namen ‚Roter Morgen‘ seinen symbolischen Eindruck.“ So schilderte Ernst Aust auf einem der ersten Pressefeste, anlässlich des zehnjährigen Jubiläums unserer Zeitung, wie diese zu ihrem Namen kam.

Bereits die zweite Nummer des „Roten Morgens“ wurde öffentlich vertreiben, das KPD

Verbot damit in der Praxis durchbrochen. Der „Rote Morgen“ wurde zum hauptsächlichsten Propagandisten der revolutionären Interessen der Arbeiter in Westdeutschland und Westberlin, Organisator der Sammlungsbewegung der Marxisten-Leninisten in unserem Land. Anderthalb Jahre später — die Revisionisten

Gründung, am 50. Jahrestag der KPD, zum Ausdruck brachte, so trat der „Rote Morgen“ das Erbe der alten „Roten Fahne“ an. Er übernahm damit die gültige Verpflichtung, zu sein und zu bleiben, was Ernst Thälmann am 10. Jahrestag der „Roten Fahne“ vom Zentralorgan der kommunistischen Partei forderte: „Ein scharfge-

Morgen“ wider. Immer aber hat er sich unbeirrt für unsere Sache geschlagen und dabei „das erlaubte Maß der Kritik überschritten“, wie es im schönen Juristendeutsch ausgedrückt wurde. Er hat sich nicht das Wort verbieten lassen, auch nicht durch Beschlagnahmen, Verurteilungen, Geld- und Haftstrafen für Redakteure.



Ein Bild vom 1. Pressefest des „Roten Morgens“

hatten inzwischen beim Innenministerium die Zulassung der DKP erbettelt, die offen den revolutionären Zielen abschwor, deretwegen die KPD verboten worden war — konnte der „Rote Morgen“ melden: „Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten gegründet!“

So, wie sich unsere Partei bewußt in die Tradition der KPD Liebknechts, Luxemburgs und Thälmanns stellte und dies auch mit dem Zeitpunkt der

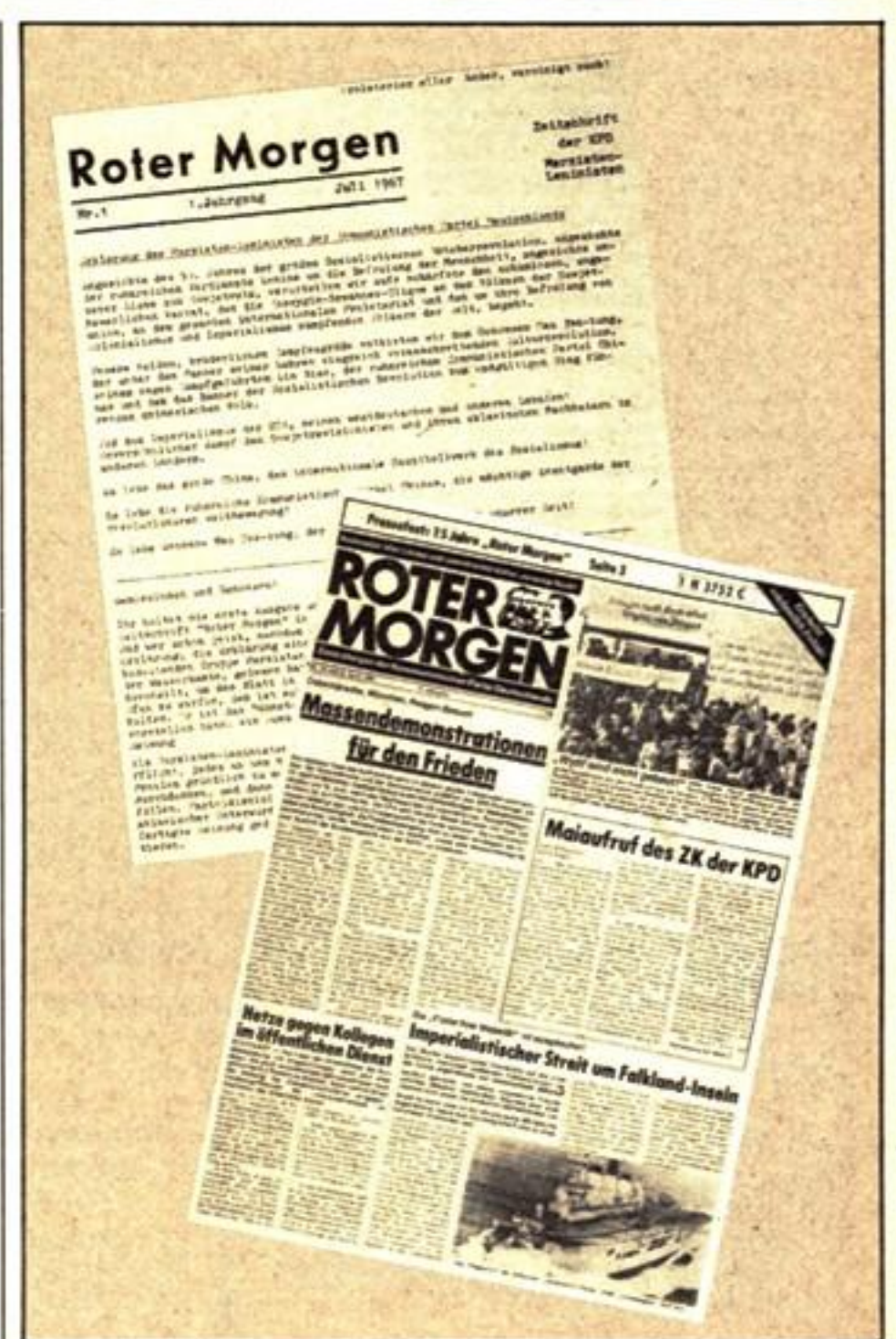
schliffenes Schwert der proletarischen Revolution“.

Es ist eine Menge geschehen in diesen 15 Jahren, unsere Partei hat sich weiterentwickelt, und das ging nicht ohne Auseinandersetzungen darüber ab, wie heute bei uns für die Sache des Kommunismus zu kämpfen ist, wie der Einfluß der Partei in der Arbeiterklasse erweitert werden kann, indem sie ihre Politik verbessert und den Erfordernissen der konkreten Lage anpaßt. Das alles spiegelt sich im „Roten

Diese Angriffe gingen zeitweise so weit, daß die Partei für ihr Zentralorgan mit dem Slogan warb: „Lest die meistverbotene Zeitung Deutschlands!“

Deutschlands. Nicht mehr nur Westdeutschlands. Am 7.2.1976 stand es im „Roten Morgen“: „KPD/ML in der DDR gegründet!“ Konsequenter Kampf gegen den revisionistischen Verrat hat unsere Partei auch im Osten unserer Heimat, im anderen deutschen Staat, Genossen für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse von der hier neuerrichteten Ausbeuterordnung gewonnen. Seitdem erscheint auch dort der „Rote Morgen“, Ausgabe DDR, verboten und verfolgt, aber nicht totzukriegen.

Wenn schon von der



Entwicklung der Partei und ihres Zentralorganes die Rede war, dann muß man sicher feststellen: In der Zeit zwischen den Pressefesten, zwischen dem zehnjährigen und dem fünfzehnjährigen Jubiläum des „Roten Morgens“, hat sich am meisten getan. In der Nummer 39 von 1978 stellte Genosse Ernst Aust im „Roten Morgen“ die Frage: „Propaganda- oder Kampfpartei?“. Die KPD ging daran, schwerwiegende sektiererische Fehler auszumerkeln, die sie daran gehindert hatten, sich fest mit den Kollegen in den Betrieben zu verbinden, die die Massenarbeit der Partei und das Erarbeiten einer richtigen, flexiblen Taktik behinderten.

Der IV. Parteitag der KPD, dessen erfolgreichen Abschluß der „Rote Morgen“ Anfang 1979, am 5. Januar 1979, meldete, stellte die Weichen für grundlegende Veränderungen in der Parteiarbeit. Und im „Roten Morgen“ traten Artikel in den Vordergrund, die den Genossen der Partei eine klare Orientierung und Handlungshilfen für den täglichen Kampf geben, die geeignet sind, Kollegen mit den Zielen und der Arbeit der Partei bekanntzumachen und für sie zu werben. Zu den für die Arbeiterklasse wichtigen und entscheidenden Fragen der Gegenwart und Zukunft fand und findet sich Antwort im „Roten Morgen“. Woche für Woche.

Wobei es unser Ziel ist, unsere Zeitung immer weiter zu verbessern. Wir wissen, daß es

noch viele Mängel gibt, z. B. in der konkreten Darstellung unserer sozialistischen Alternative zum kapitalistischen Ausbeutersystem. So ist der 15. Jahrestag für uns auch Anlaß, intensiv über Möglichkeiten nachzudenken, wie er inhaltlich besser werden kann — und wie wir es erreichen, daß noch viel mehr Menschen, viel mehr Kolleginnen und Kollegen vor allem, ihn lesen und als ihre Zeitung ansehen.

Das alles kann die Redaktion nicht alleine bewerkstelligen. Wir brauchen dazu die Hilfe unserer Genossen.

Zum 15. Jubiläum des „Roten Morgens“ wollen wir zweierlei.

Zunächst einmal wollen wir feiern, wirklich feiern — wir meinen, wir haben Grund dazu. Das Pressefest, dessen genaues Programm wir in den nächsten Wochen bekanntgeben werden, soll dazu ausgiebig Gelegenheit geben.

Weil sich der richtige Spaß am Feiern aber immer erst dann einstellt, wenn man vorher so richtig was getan hat, rufen wir auf zur Teilnahme an verschiedenen Wettbewerben.

Laßt uns also jetzt schon gemeinsam an die Vorbereitung unseres Pressefestes gehen. Die fünf Monate sind schnell um. Möge diese gemeinsame Vorbereitung und der revolutionäre Wettbewerb den Zusammenhalt der Partei festigen und zur Stärkung der kommunistischen Presse beitragen!

„Roter-Morgen“-Verkaufswettbewerb

Dies soll ein Wettbewerb zwischen den Ortsgruppen der Partei sein. Wir fordern alle Genossen auf, ihre bisherige Verkaufspraxis zu überprüfen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese umzusetzen.

Schreibt uns über eure Ideen und Erfahrungen, wir werden darüber berichten. Der Wettbewerb ist ja keine Geheimkonkurrenz, er soll Ansporn sein, damit wir insgesamt vorankommen.

Die Preise, die dabei zu gewinnen sind, kann sicher jede Ortsgruppe für ihre Arbeit gebrauchen:

1. Preis — Ein Diaprojektor
2. Preis — Ein Epidiaskop
3. Preis — Ein kompletter Parteistand (mit Tisch, Sonnenschirm, Stelltafeln, Parteifahne)

„Roter-Morgen“-Abonnenten-Wettbewerb

Hier ist jede einzelne Leser des „Roten Morgens“ aufgerufen, aktiv zu werden. Neben der Freude über die weitere Verbreitung unserer Presse winkt als

Hauptpreis — Eine Flugreise nach Albanien

Die anderen Preise sind attraktive Buchpreise.

Erzählwettbewerb

Was ihr erlebt habt im politischen, gewerkschaftlichen Kampf, im Betrieb, mit dem Staat, seinen Nazis, seiner Polizei oder seinen Sozialämtern, mit Kollegen und Genossen im Kampf für unsere Sache — schreibt es auf. Große Scheu ist unangebracht, man muß kein Schriftsteller sein, um im „Roten Morgen“ berücksichtigt zu werden. Schon vor dem Pressefest werden wir einzelne Einsendungen abdrucken. Aus euren Erfahrungen können andere lernen, sie können Ansporn sein.

Einzigste Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzellen.

Auch hier gibt es etwas zu gewinnen:

1. Preis — Eine Spiegelreflexkamera
2. Preis — Ein Kassetteneiniger mit Mikro
3. Preis — Ein Buchpreis

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2800 Bremen (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523986.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691/92.

8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 1, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 15, Tel.: 0611 / 5971864.

2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

„RGO-Nachrichten“ — eine interessante Zeitung

Liebe Leserinnen und Leser!

Vielleicht kennt die oder der eine oder andere von Euch noch nicht die Monatszeitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opinion, die „RGO-Nachrichten“? Wir wollen sie Euch hiermit empfehlen.

Es lohnt sich, dieses Blatt kennenzulernen. Es lohnt sich, die „RGO-Nachrichten“ regelmäßig zu lesen. Und nicht zuletzt empfiehlt es sich, diese Monatszeitschrift z. B. auch einmal den Arbeitskollegen zu zeigen.

Wer genau im Bilde sein will, wie die konsequenteste oppositionelle Kraft in den Gewerkschaften arbeitet, wie zum Beispiel RGO-Betriebsgruppen und RGO-Betriebsräte in betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe eingreifen, wie sie solche Kämpfe unterstützen, der braucht die „RGO-Nachrichten“.

Wer wissen will, was die RGO zu Ereignissen wie etwa dem Neue-Heimat-Skandal zu sagen hat, der muß diese Zeitung im Haus haben.

Wer über alle wichtigen gewerkschaftlichen Termine informiert sein will, findet sie in dieser Monatszeitung.

Es ließen sich noch weitere gute Gründe dafür nennen, daß es nützlich ist, die „RGO-Nachrichten“ zu abonnieren, falls man nicht sowieso schon Mitglied in der RGO ist (RGO-Mitglieder haben automatisch mit ihrem Mitgliedsbeitrag ein Abonnement).

Bestellungen an: Vorstand der RGO, Postfach 103028, 3500 Kassel. Postscheckkonto Postscheckamt Frankfurt/Main. Thomas Scheffer, Kto.-Nr.: 267380-601. Einzelpreis 50 Pfennig.



Deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam

Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze, gegen Sozialabbau, Lohnraub und Rüstungswahnsinn



Stoppt den Krisenkurs — die Reichen sollen zahlen!

am 1. Mai auf die Straße!

Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk in Berlin

RGO-Betriebsrat zum zweiten Mal gefeuert

Letztes Jahr, kurz vor den BR-Wahlen, wurde der RGO-BR Ludvik Dedek zum ersten Mal gefeuert. Er soll sich mit einem türkischen Betriebsrat geprügelt haben. Das war erlogen, aber der Zweck klar: Die RGO-Liste sollte platzen, das tat sie aber nicht. Im Gegenteil, sie erhielt dann rund 51 Prozent der Stimmen! Die Verhandlung auf dem Arbeitsgericht dauerte 15 Minuten und das Ganze war so klar, daß die Siemens-Bosse den Kollegen ohne weitere Tricks flugs wieder einstellen mußten. Bedenkenlos hatte die Mehrheit der IGM-Betriebsräte dieser Kündigung zugestimmt und sich mit „Ruhm“ bekleckert.

Dieses Mal heißt der Vorwand: „Arbeitsverweigerung“ und „unentschuldigtes Fehlen“. Der Kollege Dedek bereitete sich auf die nächste BR-Sitzung vor. Dem Meister paßte das nicht, und er „gestattete“ nur eine Stunde. Da die Vorbereitung aber zweieinhalb Stunden dauerte, erhielt der Kollege noch am selben Tag die Mitteilung, daß seine Kündigung wegen „Arbeitsverweigerung“ beim BR beantragt wird.

Und wiederum haben die Bosse bei den IGM-Betriebsräten „Freunde und Helfer“. Ohne viel Federlesens stimmten sie der Kündigung zu. Ein besonderes Lob der Geschäftsleitung verdiente sich der BR-Vorsitzende Kahl, indem er nach der Abstimmung die BR-Sitzung unterbrach, sofort in die Personalabteilung zur Berichterstattung eilte, so daß dem Kollegen ihrer Zustimmung zu Sonder-Hausverbot ausgesprochen werden konnte und er nicht mal bis zum Ende der Sitzung bleiben konnte.

Was sind die Hintergründe?

Die Siemens-Bosse planen für drei Montagebänder und Nebenabteilungen Sonderschichten über das ganze Jahr 1982 verteilt. Weiterhin rollt eine Rationalisierungswelle durch Bildschirme und EDV-Anlagen auf

uns zu. Doch die freudige Unterstützung der IGM-Betriebsräte ist den Bossen sicher. Nach ihrer Zustimmung zu Sonderschichten mußten bis jetzt etwa 450 Kollegen an drei Samstagen je acht Stunden ackern. Gleichzeitig wurde an diesen Bändern die Akkordstückzahl pro Tag erhöht! Bei einer Umfrage des Betriebsrates hatte sich die Mehrheit der betroffenen Kollegen ganz klar dagegen ausgesprochen.

Trotzdem stimmte die IGM-Mehrheit zu! Zunächst für Januar. Danach hagelte es Proteste von Kollegen, dennoch: auch für Februar wurde zugestimmt. Jetzt zum ersten Mal, am 26.2., haben sie eine Sonderschicht im März abgelehnt — aber dafür stimmten sie auf der gleichen Sitzung für die Kündigung des Betriebsrats Dedek.

Von Anfang an traten die RGO-Betriebsräte offen gegen die Sonderschichten auf. Sie unterstützten den Protest der Kollegen. Von der RGO-Gruppe erschienen Flugblätter, in denen die Sonderschichten als das genannt werden, was sie sind: eine Gefährdung der Arbeitsplätze, ein Vorläufer von Kurzarbeit oder Entlassungen, Ruinierung der Gesundheit, ein Geschenk für die Unternehmer, denn volle Lager in der Tarifrunde sind für die günstig.

An zwei dieser Samstage

kam der Kollege Ludvik, wie auch einige andere Kollegen, aus privaten bzw. gesundheitlichen Gründen nicht zur Arbeit. Für die IGM-Betriebsräte ist die Logik klar: Wer an diesen von ihnen mitverordneten zusätzlichen Arbeitstagen nicht erscheint, verdient die Kündigung oder mindestens eine Abmahnung.

Wie lange können sich aufrichtige Gewerkschafter ein solches Verhalten gefallen lassen — egal, ob sie nun gerade die RGO richtig finden oder nicht? Hier werden doch gewerkschaftlich erkämpfte Positionen aufgegeben, um unbequeme Betriebsräte loszuwerden.

Diesen Artikel haben wir aus der neuen Ausgabe der „RGO-Nachrichten“ (Nr. 4/82) übernommen. Unter anderem enthält diese Ausgabe außerdem Beiträge zu folgenden Themen:

- Jetzt Reallohnabbau — Lohnstopp als nächstes? Kommentar des RGO-Betriebsrats Gerhard Lux (AEG-Brünnensstraße/Westberlin) zur Tarifrunde
- Mai-Aufruf der RGO
- Zumutbarkeitserlaß: Abstufung zum rechtlosen Arbeitssklaven
- Großangelegte Rationalisierungswelle bei Ford



Zum Mai-Aufruf des DGB

Mitbestimmung statt 35-Stunden-Woche?

Das Motto des Mai-Aufrufs '82 des DGB heißt: „Arbeit für alle in Frieden und sozialer Sicherheit“. Damit sind ohne Zweifel die drängendsten sozialen Probleme erfaßt, die den Arbeitnehmern und Angestellten hierzulande heute auf den Nägeln brennen. Für dieses Ziel muß gekämpft werden, und es lohnt sich auch, dafür zu kämpfen. Die entscheidende Frage ist allerdings: Wie muß dieser Kampf aussehen? Was müssen unsere Gewerkschaften tun, um diesem Ziel näherzukommen?

Der Aufruf selbst benennt im großen und ganzen zutreffend die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in unserem Land: Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, wachsende Kriegsgefahr.

Allerdings fällt auf, daß zu dem seit zwei Jahren deutlich erkennbaren Trend zum massiven Abbau der Reallohn und zu der erklärten Unternehmerstrategie der lohnpolitischen Wende kein einziges Wort verloren wird. Ein Punkt, der uns äußerst bedenklich erscheint!

Soll das etwa bedeuten, daß die DGB-Führung die Parole der Reallohnsicherung stillschweigend begraben will?

Man erinnert sich in diesem Zusammenhang unwillkürlich daran, daß DGB-Chef H.O. Vetter im vergangenen Herbst seinen berüchtigten Vorschlag eines „Sozialpaktes“ an die Adresse der Politiker und der Unternehmer gerichtet hat. Und zwar sprach Vetter von einer großen „Gemeinschaftsinitiative aller gesellschaftlichen Kräfte“ gegen die Arbeitslosigkeit. Und der DGB-Chef betonte, daß hierbei der DGB grundsätzlich auch zu Opfern bereit sei, „die uns weh tun könnten“. Genau auf dieser Linie liegt auch der Weg, der in dem Mai-Aufruf zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, zur Erreichung des Zieles „Arbeit für alle in sozialer Sicherheit“ gewiesen wird.

Unmißverständlich heißt es da: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält an seinen Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung fest und ruft alle gesellschaftlichen Kräfte zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf“.

Daß die Formulierung „alle gesellschaftlichen Kräfte“ nicht zufällig gebraucht wird, sondern genau auf Veters berüchtigte „Gemeinschaftsinitiative“ d.h. auf seinen „Sozialpakt“ mit dem Kapital und der Regierung abzielt, wird sofort an den beiden Sätzen des Aufrufs klar, die direkt auf den eben zitierten folgen:

„Dazu gehört, daß die Arbeitgeber ihre Verantwortung für die Bereitstellung humaner Arbeits- und Ausbildungsplätze erkennen. Dazu gehört auch, daß sie ihren Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit aufgeben.“

Mit anderen Worten: die Unternehmer werden aufgerufen, Einsicht und soziales Verantwortungsbewußtsein an den Tag zu legen und ihren Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzung freiwillig aufzugeben.

Als ob es irgend einen Anlaß gäbe, an solch ein Wunder zu glauben! Als ob die Unterneh-

mer nicht genau das Gegenteil praktizieren würden: Sie verschärfen doch gerade jetzt rücksichtslos ihre Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge. Sie betreiben doch die Arbeitsplatzvernichtung heute hemmungsloser und gründlicher als je zuvor!

Noch nie war es so deutlich wie jetzt, daß für die Unternehmer nur der Profit zählt, und daß sie deshalb nicht im Traum daran denken, freiwillig auf die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung einzugehen. Noch nie war es illusionärer als jetzt, von den Unternehmern soziales Verantwortungsbewußtsein zu erwarten.

Die DGB-Führung aber tut so, als wäre es genau umgekehrt. Sie richtet blauäugig fromme Appelle an die Arbeitsplatzkiller!

Das entspricht sicherlich folgerichtig dem Kurs der Sozialpartnerschaft. Nur läßt es sich mit der realen Wirklichkeit nicht im geringsten in Einklang bringen!

Ebenfalls folgerichtig vom Standpunkt der Sozialpartnerschaft aus erscheint es, daß die im Hinblick auf den Kampf für Arbeitszeitverkürzung wichtigste und aktuellste gewerkschaftliche Zielsetzung, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, in dem Aufruf völlig fehlt.

Das ist gewerkschaftspolitisch skandalös! Denn es kann doch gar nicht anders interpretiert werden, als daß die DGB-Führung dabei ist, dieses für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit so entscheidende Kampfziel fallenzulassen wie eine heiße Kartoffel!

Halten wir also fest: Mit der Reallohnsicherung und der 35-Stunden-Woche fehlen in dem Mai-Aufruf des DGB zwei der zentralen tarifrpolitischen Zielsetzungen des aktuellen gewerkschaftlichen Kampfes.

Im übrigen fehlen in dem Aufruf auch sonst weitgehend konkrete gewerkschaftliche Forderungen, für die zu kämpfen heute notwendig ist, will man der Arbeitslosigkeit, der Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten sowie dem Rüstungswahnsinn und der wachsenden Kriegsgefahr ernsthaft entgegenzutreten.

Stattdessen wird einmal mehr die „gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer“ gefordert.

Daß die Erfahrungen der letzten Jahre in keiner Form irgendwelche Hoffnungen in Bezug auf das Mitbestimmungskonzept des DGB rechtfertigen, sondern daß diese Erfahrungen vielmehr beweisen, daß die Mitbestimmung in die Sackgasse

führt, wird einfach ignoriert.

Was die Kriegsgefahr betrifft, so weicht der Mai-Aufruf keineswegs von der faulen Position des DGB-Friedensaufrufs ab: Nicht durch den Kampf der Massen gegen die Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler und für Abrüstungsforderungen an die eigene Regierung soll der Frieden gesichert werden, sondern durch „ernsthafte und konsequente Verhandlungen zwischen den Militärböcken mit dem Ziel einer allgemeinen, kontrollierten und ausgewogenen Abrüstung“.

Dementsprechend boykottiert der Mai-Aufruf die gegenwärtig zentrale aktuelle Forderung im Friedenskampf: Aufkündigung des Nachrüstungsbeschlusses durch die Bundesregierung, Verhinderung seiner Durchführung, nämlich der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in unserem Land.

Zum Schluß noch ein Punkt. Der Aufruf betont als eine „Gefahr“ der Arbeitslosigkeit, sie stelle „die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung in Frage und nährt Zweifel am demokratischen und sozialen Rechtsstaat“.

Zum einen: Das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem wird durch die Arbeitslosigkeit in der Tat in Frage gestellt. Besser gesagt: Es enthält sich der arbeiterfeindliche, unmenschliche Charakter dieses Systems.

Hat ein System denn etwas Besseres verdient, als bekämpft zu werden, das denen, die den ganzen gesellschaftlichen Reichtum schaffen, der Arbeiterschaft also, nur soziale Unsicherheit und wirtschaftliche Not in Aussicht stellt? Ein System, das nicht einmal das Recht auf Arbeit garantieren kann? Stellt sich da denn nicht die Frage des Kampfes für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft?

Zum anderen: Soll etwa nicht an dem demokratischen und sozialen Anspruch eines sogenannten Rechtsstaates gezweifelt werden, der einerseits stets nur den arbeitenden Massen nimmt, um andererseits stets nur den Reichen zu geben?

Was ist denn an einem Staat sozial, was demokratisch, der heute zugunsten der Bereicherung der Millionäre und Milliarden, zugunsten der Sicherung der Privilegien dieser Reichen, zugunsten der Sicherung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse daran geht, alle sozialen und demokratischen Rechte und Reformen, die durch die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten mühsam erkämpft worden sind, systematisch abzubauen und rückgängig zu machen?

Textilgewerkschafts-Boß Keller will den „Investivlohn“

Wenn die reichen Arbeiter für die armen Unternehmer spenden . . .

Nach der IG-Chemie-Führung hat jetzt auch die Führung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) zur diesjährigen Tarifrunde ein besonderes Modell für Lohnverzicht vorgelegt. Die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie sollen einen Teil ihrer Lohnerhöhung den Unternehmern als langfristiges Darlehen zur Verfügung stellen.

GTB-Vorsitzender Berthold Keller erläuterte das Modell: Die GTB-Führung erwägt, im Tarifvertrag zu regeln, daß ein bestimmter Teil der Einkommenserhöhungen den einzelnen Unternehmern als langfristiges, verzinsliches Darlehen zur Verfügung gestellt wird. Die Arbeiter und Angestellten sollen auf die Auszahlung dieses Teils der vereinbarten Lohn- und Ge-

haltserhöhung verzichten. Angeblich soll dieses Geld durch eine „Ausfallskasse“, etwa nach dem Muster des Pensions-Sicherungs-Vereins im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung, für die Beschäftigten im Falle des Konkurses ihrer Firma gesichert werden. Von der Fragwürdigkeit derartiger „Sicherheiten“ einmal abgesehen stellt dieses Modell

eine unerhörte Zumutung für die Arbeiter und Angestellten in der Textil- und Bekleidungsindustrie dar. Gerade die Arbeiter in diesem Industriezweig gehören zu denen, die auf der Lohnskala ganz weit unten rangieren, nicht zuletzt dank der Unternehmerhörigkeit von Keller und Co.

Die Lohnforderung der IG Textil liegt bei nur 6,5 Prozent. Sie liegt damit bereits um ein Prozent hinter dem, was andere Gewerkschaften wie die IG Metall, die IG Druck, die Gewerkschaft HBV oder die Gewerkschaft Holz und Kunststoff gefordert hatten.

Man kann sich also ausrechnen, wie minimal der Abschluß sein soll, auf den Keller und Konsorten bereits lossteuern. Und davon sollen die Kolleginnen und Kollegen dann auch noch einen Teil an die „notleidenden“ Kapitalisten abtreten! Das ist eine gewerkschaftspolitische Perversion sondergleichen! Das kann nur dem korruptierten Denken von Bonzen entspringen, die sich mit Begeisterung und Hingabe

die Köpfe der Unternehmer zerbrechen, während ihnen die Lage ihrer eigenen Mitgliederbasis und der Arbeiterschaft insgesamt auf gut deutsch gesagt scheißegal ist!

Keller versucht seine Schützenhilfe für die Lohnraubpolitik der Unternehmer selbstredend mit dem berüchtigten Arbeitsplatzargument zu bemänteln. In Wahrheit kann überhaupt gar kein Zweifel daran bestehen, daß der Lohnverzicht, der für die Spinner, Weber, Veredler, Näherinnen usw. eine bittere Entbehrung bedeuten würde, den Kapitalisten lediglich die Mittel verschaffen würde, ihre Betriebe noch stärker und rücksichtsloser durchzurationalisieren, um dadurch zusätzliche „Arbeitskräfte freisetzen“ zu können.

Diese Arbeitsplatzvernichtung aber sollen auch noch diejenigen freiwillig finanzieren, die dann zum Dank als ihr Opfer den Stuhl vor die Tür gesetzt bekommen.

Jeder Gewerkschafter, der ein derart arbeitgeberfeindliches Konzept nicht ablehnt und bekämpft, macht sich zum Handlanger eines schmutzigen Betruges an den betroffenen Kollegen. Zudem unterstützt man damit auch noch innerhalb des DGB eine Fraktion von ultrarechten DGB-Führern, die unter dem Stichwort „neue Wege in der Tarifpolitik“ der lohnpolitischen Wende der Unternehmer das heißt dem Abbau des gegebenen Lohnniveaus, Hilfe leisten, und zwar nicht nur indirekt (mangelnde Bereitschaft, Streiks zu organisieren), sondern auf direktem Wege!



Sollen laut GTB-Chef Keller Lohnverzicht leisten: Müllarbeiter.

Keller stimmt in Hetzchor ein

„Mit unserer Solidarität ist nicht zu rechnen“

Beim gleichen Auftritt, wo er sein Investivlohn-spricht Lohnverzichtmodell kreierte, ließ der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, Berthold Keller, auch gleich noch einen Tiefschlag gegen die mitten im zugespitzten Lohnkonflikt stehenden Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes los.

Keller behauptete, unter den GTB-Mitgliedern wachse der „Unmut gegen die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst“. Man habe wenig Verständnis, daß dort keine Bereitschaft bestehe, beim Einkommenszuwachs einen Abschlag für sichere Arbeitsplätze zu akzeptieren. Bei einem eventuellen Streik sei nicht mit der Solidarität der Gewerkschaft Textil und Bekleidung zu rechnen.

Und dieser Typ kann sich Gewerkschafter nennen! Der gesamten Unternehmerschaft sowie den Herren in Bonn, vom Kanzler Schmidt über Innenminister Baum bis hin zum CDU-Kohl und CSU-Strauß, dürfte das Herz im Leibe gelacht haben über diese Ausführungen ihres Lakaiaen bzw. ihres Spießgesellen im Gewand des Arbeitnehmervertreters.

Nicht, daß man von einem berüchtigten Arbeiterverschauker, als der Keller sich einen Namen gemacht hat, je erwartet hätte, daß ausgerechnet er sich für die innergewerkschaftliche Solidarität stark macht. Daß dieser Herr aber im Namen einer DGB-Gewerkschaft einigen anderen DGB-Gewerkschaften derart unter die Gürtellinie tritt, indem er ausgerechnet jetzt in den heulenden Chor der Lohnräuber, Gewerkschaftsfeinde und Profitgeier einstimmt, das geht selbst über das Maß hinaus, was man seitens der DGB-Bonzen inzwischen schon an Verrat, Niedertracht und Schamlosigkeit kannte.

Im übrigen ist es für die Mitgliederbasis der GTB eine Beleidigung, daß diese Hetze auch noch in ihrem Namen betrieben wurde.

„Der Druckerei-Arbeiter“, Betriebszeitung der KPD für die Münchener Druckbetriebe

Die Kapitalisten wollen die Trendwende — wir müssen uns die Sicherung des Reallohns erkämpfen!

Die Tarifrunde in der Druckindustrie steht vor der Tür. Die Hauptforderungen der IG Druck und Papier sind:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,5 Prozent
- Durchsetzung einer neuen Lohnstruktur

Daß die Forderung zu niedrig ist, haben zahlreiche Kollegen dadurch ausgedrückt, daß sie wesentlich höhere Forderungen aufgestellt haben, teilweise bis zu 12 Prozent. Wir meinen, daß es in dieser Tarifrunde hauptsächlich darum gehen wird, den Reallohn zu sichern, was schon im vergangenen Jahr nicht mehr der Fall war.

Erklärtes Ziel der Unternehmer ist es, und zwar in allen Wirtschaftsbereichen, das Lohnniveau herabzudrücken (Trendwende), und sich auf diese Weise auch in der Krise ihre zum Teil stattlichen Profite zu sichern. Wir sollen also die Lasten der Krise tragen.

Wir müssen leider zugeben, daß die Kapitalisten durch das kampfbereite Nachgeben der IG Metall (4,2 Prozent — kein Streik zur Durchsetzung der 7,5-Prozent-Forderung) ihrem Ziel ein Stück nähergekommen sind. Das geben sie auch freimütig zu. So schreibt eines ihrer Sprachrohre, das „Handelsblatt“ von einem „vernünftigen Kompromiß“ und weiter: „Dieser Kompromiß ist erreicht worden ohne gesellschaftspolitischen Flurschaden. Und das ist ein Vorzug.“

Richtig kommentiert die „Frankfurter Rundschau“ das Ergebnis:

„Aber bei einer Bewertung der ökonomischen

Substanz dieses Abschlusses kann niemand daran vorbeisehen, daß sich die Gewerkschaft erneut auf einen Prozentschritt abwärts eingelassen hat.“

Wir müssen befürchten, daß die Kapitalisten versuchen werden, uns noch unter die 4,2-Prozent-Marke von Metall zu drücken. Denn der Appetit kommt mit dem Essen. Wenn es gelang, die mächtige IG Metall kampfbereit in die Knie zu zwingen, warum nicht erst recht die verhältnismäßig kleine IG Druck?

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, wollen wir keine weiteren Lohneinbußen erleiden.

Es paßt in die Strategie der Kapitalisten, daß in München schon einige Betriebe angekündigt haben, den Lohnabschluß auf die „über tariflichen Zulagen“ anzurechnen, was bedeuten würde, daß sie nichts zahlen. Auch darauf werden wir uns einrichten und Kampfmaßnahmen dagegen vorbereiten müssen.

Das Gleiche gilt für die zweite Forderung: die neue Lohnstruktur. Darüberhinaus müssen wir darauf achten, daß diese beiden Forderungen nicht gegeneinander verrechnet werden. Sie müssen beide durchgesetzt werden!

Sollten die Unternehmer — wie wir erwarten — sich gegen die neue Lohnstruktur sträuben oder auf einer „Verrechnung“ mit der Lohnforderung bestehen, wäre es besser, die Verhandlungen über die neue Lohnstruktur von der Lohn- und Gehaltsforderung abzutrennen.

Hetze gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Privilegierte?

Gegenwärtig hat sie wieder Hochkonjunktur: die Hetze gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihre Gewerkschaft. Ob in Rundfunk und Fernsehen, ob im gesamten bürgerlichen Pressewald von „Bild“ bis „Frankfurter Rundschau“ nirgends fehlen z. Z. die einschlägigen Kommentare. Die Tonart der Propaganda mag unterschiedlich sein, die Stoßrichtung ist überall gleich: Die „privilegierten Inhaber eines Arbeitsplatzes“ bei Bund, Ländern oder Kommunen, nämlich die Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten dort, hätten gefälligst Opferbereitschaft zu beweisen, indem sie sich bereitwillig ein Sonderopfer aufs Auge drücken lassen.

Privilegiert? Wer? Der Müllarbeiter? Der Briefträger? Die Kollegin, die bei der Post im völlig unregelmäßigen Schichtrhythmus im Paketversand schwer schuftet muß? Die gestreßte Krankenschwester? Der Kollege am Steuer von

Linienbus oder Straßenbahn? Der Eisenbahner, der bei Wind und Wetter Gleisarbeiten verrichten muß? Der Kollege am Post- oder Behördenhalter, der mit noch nicht einmal 1500 Mark netto seine Familie ernähren soll?

Sicher gibt es im öffentlichen Dienst Privilegierte. Die gibt es in der gewerblichen Wirtschaft jedoch auch! Der Unterschied ist dabei nur, daß die Privilegierten in der gewerblichen Wirtschaft nicht als „Bedienstete“ bezeichnet werden, sondern als Unternehmer, Großaktionäre, Manager, Diplomingenieure usw. Die ganze kapitalistische Gesellschaft spaltet sich in eine Minderheit von mehr oder weniger Privilegierten und die über große Mehrheit der einfachen Lohnabhängigen.

Gegen die wahren Privilegierten geht die schamlose Hetzkampagne natürlich nicht. Weder gegen die in der gewerblichen Wirtschaft noch gegen die im öffentlichen Dienst. Im Ge-

gentell. Genau von ihnen und ihren Privilegien weg auf einen völlig falschen Adressaten soll die Volkswut in tückischer Absicht umgelenkt werden.

Stellt man die Frage der Privilegien nämlich ehrlich und konsequent, dann kommt man zu einer völlig anderen Schlußfolgerung, aber nicht zu der unverfrorenen Forderung nach einem Sonderopfer für die einfachen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst.

Es ist in der Tat nicht einzusehen, daß Minister, Staatssekretäre, Chef- und Oberärzte, usw. usw., Einkommen beziehen, gegenüber denen diejenigen der „gewöhnlichen Sterblichen“ also der Arbeiter sowie auch der großen Masse der Angestellten und Beamten, sich wie ein Trinkgeld ausnehmen!

Warum eigentlich nicht hier einmal den Rotstift ansetzen? Nur zu! Wir haben nichts dagegen, daß die Einkommen der obengenannten wirklich Privilegierten kräftig gekürzt werden!

Die könnten sich dann immer noch die Butter auf ihrem Brötchen leisten. Selbst wenn man ihre Einkommen gleich um 20 oder 50 Prozent kürzen würde!

Ein kleiner Postbeam-

ter oder ein Müllarbeiter jedoch, dem das von Herrn Baum vorgesehene einprozentige Sonderopfer aufgezungen würde, müßte sich fortan mit Margarine begnügen!

Ein besonders hinterhältiges Argument der besagten Propaganda ist das Geschrei von den angeblich so sicheren Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, für die man doch wohl einen Abschlag beim Einkommen in Kauf nehmen könne.

Erstensmal stimmt das so gar nicht. Die rücksichtslosen Stellenstreichungen gerade in solchen Bereichen, wo Arbeiter, Angestellte und auch kleine Beamte eine gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten — z. B. beim Krankenhauspersonal, bei der Straßenreinigung, bei den Kindergärten usw. — beweisen, daß diese Arbeitsplätze keineswegs so sicher sind.

Zum zweiten aber sollte man sich einmal richtig klar machen, wohin diese Art Argumente letztlich führt. Das läuft doch darauf hinaus, daß die sogenannten Arbeitnehmer den sogenannten Arbeitgeber dafür noch die Füße lecken sollen, daß gnädigerweise sie überhaupt arbeiten dür-

fen.

Recht auf Arbeit? Keine Spur! Dieser Argumentation nach ist Arbeit ein Gnadenbeweis der Herren, die „arbeiten lassen“ können gegenüber jenen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen!

Vielleicht kommt man demnächst auch noch auf die Idee, allen Arbeitern und anderen Lohnabhängigen zusätzlich zur Lohnsteuer noch eine „Arbeitsplatz-Besitzer-Privilegs-Abgabe“ abzuziehen. Daß andersherum die Unternehmer ständig fette staatliche Subventionen dafür erhalten, daß sie überhaupt Arbeiter beschäftigen, ist ja inzwischen längst zur Realität geworden!

Man kann nur sagen: Wehe uns Lohnabhängigen, wenn wir uns auf diese Art Logik einlassen! Damit würden wir uns böse ins eigene Fleisch schneiden!

Und wenn jetzt sogar in gewissen Vorstandsetagen des DGB bestimmte Kellerratten aus ihrem Loch hervor kriechen, um mit einem mißtönenden Kreischen in den Chor der Wölfe einzufallen, so sollte jeder ehrliche Gewerkschafter dies als ein Alarmsignal auffassen!

Irgendwie aber muß

doch — so heißt es außerdem dauernd — die Staatsverschuldung abgebaut werden.

Okay! Aber doch nicht auf Kosten der Lohnabhängigen, also derer, die ohnedies nicht zuviel verdienen. Wie wäre es denn stattdessen beispielsweise mit der Streichung der Milliardenausgaben für Unternehmenssubventionen, die doch praktisch nichts anderes sind als Prämien für das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen? Wie wäre es ferner mit der drastischen Besteuerung der Profite der Konzerne und Banken? Und nicht zuletzt: Wie wäre es, wenn die wahnwitzigen Rüstungsausgaben drastisch gesenkt würden?

Eins jedenfalls steht fest: Die Hetze gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und das unverfrorene Geschrei nach einem Sonderopfer ist eine widerwärtige, verlogene und total heuchlerische Propaganda. Sie nutzt nur den Reichen, den wirklich Privilegierten und den Gewerkschaftsfeinden. Sie zielt letztlich darauf ab, allen Lohnabhängigen, auch denen in der gewerblichen Wirtschaft, das Fell über die Ohren zu ziehen!

Berufsverbots- „Differenzie- rungsgesetz“

Innenminister Baum hat am 31. März einen mit Justizminister Schmude abgestimmten Referentenentwurf vorgelegt, mit dem die „Differenzierung“ der Berufsverbotepraxis je nach Aufgabe des betroffenen Beamten — ob dieser also Lehrer oder Lokführer ist — festgeschrieben werden soll. Baum will das als „Liberalisierung“ der Berufsverbote verkaufen.

Die vorgeschlagene Veränderung des Beamtenrechts lautet wie folgt:

„Eine Verletzung der dem Beamten nach Paragraph 35 Abs. 1 Satz 3 obliegenden Pflichten ist ein Dienstvergehen, wenn im Einzelfall ein Minimum an Gewicht und Evidenz der Pflichtverletzung festgestellt wird. (Mitgliedschaft in und Kandidatur für die DKP, wie im Fall Peter, werden zum Beispiel bereits als „Maximum an Evidenz der Pflichtverletzung“ gewertet — Red.) Bei der Entscheidung, ob ein **außerdienstliches Verhalten** im Hinblick auf die dem Beamten nach Paragraph 35 Absatz 1 Satz 3 obliegenden Pflichten ein Dienstvergehen ist, sind Art und Ausmaß des Verhaltens sowie die dem Beamten übertragenen Aufgaben zu berücksichtigen. Ein Dienstvergehen ist anzunehmen, wenn das außerdienstliche Verhalten, auch unter Beachtung der dem Beamten zustehenden Grundrechte, insbesondere des Rechts auf freie Meinungsäußerung, **nicht hingenommen werden kann.**“ (Hervorhebungen von uns — Red.) Letzteres zu entscheiden, nimmt sich die staatliche Zensur heraus.

Baum will die Berufsverbote festschreiben lassen, er will mit einem Trick die Forderung nach ihrer vollständigen Abschaffung leiser werden lassen. So soll es theoretisch — was dann daraus wird, ist noch eine andere Sache und der Willkürlichkeit der Behörden preisgegeben — denkbar sein, daß ein halbwegs aktiver Antifaschist zum Beispiel Friedhofsgärtner sein darf. Kommunisten, Mitglieder unserer Partei etwa im Schuldienst will auch Baum verhindern. Für sie gilt, anders ist der Entwurf gar nicht zu interpretieren, das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nicht!

Polizisten töten straffrei

SAARBRÜCKEN. — Am 14. August 1981 wurde der 27jährige Bauschlosser Dirk Volker Stolz von Polizeiobermeister Rüdiger Scherer erschossen. Der junge Arbeiter mußte sterben, weil er an einer Polizeikontrolle vorbeifuhr. Er hatte bei einer Feier mit Freunden zu viel getrunken. Nach einer Verfolgungsjagd wurde er von zwei Polizisten gestoppt. **POM Scherer schoß mehrmals mit seiner 9mm-Pistole durch das Fenster des stehenden Wagens auf alle drei Insassen, Dirk Stolz brach tödlich getroffen zusammen. Der Todesschütze wurde am 29. März freigesprochen.**

Damit wurde ein weiteres Mal bestätigt: Der Todesschuß durch Polizisten, um dessen rechtliche Verankerung in Gesetzen sich die Bundesländer noch immer nicht einig sind, ist auch ohne gesetzliche Regelung längst zur Regel geworden. Regelmäßig werden die Killer, sofern es überhaupt ein Verfahren gegen sie gibt, freigesprochen und können weiter Dienst tun.

„In Notwehr“ habe Scherer gehandelt, befand das Gericht. Es zog zur Begründung des Urteils die total unglaubliche Version des Vorfalls heran, die der Todesschütze selbst gab: Das Auto des Erschossenen habe den Polizeiwagen mehrfach gerammt, Scherer habe schießen müssen und im übrigen nur die Reifen treffen wollen. Was die Überlebenden dazu sagten, interessierte nicht. Diese hatten unter anderem betont, auch Scherers Kollege habe ge-

schoßen, in das stehende Auto hinein. Sie selbst waren natürlich unbewaffnet. Außerdem seien sie nach der Erschießung ihres Kollegen noch von der Polizei mißhandelt worden. Wegen des letztgenannten Punktes kam es nicht einmal zu einem Verfahren.

Scherer ist kein einfacher Streifenpolizist. Er ist im Umgang mit der Schußwaffe vertraut, ausgebildeter Präzisionsschütze, ausgebildet im Töten. Er war, bevor er nach Saarbrücken kam, Mitglied eines Sondereinsatzkommandos (SEK) in Nordrhein-Westfalen.

Bezeichnenderweise sind viele der Polizisten, die auf unseren Straßen Menschen erschießen — die Meldungen darüber häufen sich — ausgebildete Scharfschützen, denen man ein „Versehen“ grundsätzlich noch weniger abnehmen kann

als ihren Kollegen. Und die konkreten Situationen, in denen die tödlichen Schüsse fallen, lassen den Glauben an „Notwehr“, „unglückliche Verkettung von Umständen“ und „notwendige Verhinderung eines Fluchtversuchs“ mit unglücklicherweise tödlichem Ausgang — so die allgemein üblichen Begründungen — sowieso nicht zu.

Vor Dirk Volker Stolz wurden allein in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Menschen in ähnlichen Situationen umgebracht.

Im Februar 1981 wurde der „Terroristenfahnder“ Hugo Umlauf, langjähriger Beamter eines Mobilen Einsatzkommandos (MEK), tatsächlich verurteilt. Zu sieben Monaten Gefängnis — auf Bewährung! Er hatte den 43jährigen Manfred Perder, Techniker aus Essen, bei einer Verkehrskontrolle erschossen. Perder starb durch eine Kugel aus Umlaufs Maschinenpistole, als er, wie ihm von einem Polizisten mit der Kelle geboten wurde, mit seinem VW-Transporter auf die rechte Spur rollte. Dabei mußte er an Umlauf vorbei. Dieser fühlte sich „bedroht“. Nur sieben Monate auf Bewährung, weil der Schuldige ein Polizist war!

Am 21. Januar 1981 erschoss Karl-Heinz Richter, Kriminalhauptmeister und Schießausbilder, den 32jährigen Hafturlaubler Wilfried Köhler aus Düsseldorf aus drei Metern Entfernung. Köhler, der aus Verzweiflung nicht ins Gefängnis zurück wollte — er wollte seine an multipler Sklerose erkrankte Frau pflegen. Er wurde erschossen, als er nach einer Selbstmorddrohung fliehen wollte. Das Verfahren gegen den Todesschützen wurde eingestellt. Begründung: „Putative (vermeintliche) Notwehr“.

Am 18. März 1981 wurde der 31jährige Uwe Schecke, Druker aus Hamburg, in seinem parkenden Auto erschossen. Der Täter: POM Wolfgang Juffernholz aus Bielefeld, Mitglied eines Sondereinsatzkommandos. Dieser rannte mit drei Kollegen auf das Auto zu, weil sie den Hamburger Arbeiter angeblich für einen Hehler hielten. Dabei sei Juffernholz ausgerutscht, der Schuß aus seiner



Todesschütze Peter Hugo Umlauf. Er erschoss Manfred Perder

Maschinenpistole habe sich zufällig gelöst und zufällig genau den Kopf des Verdächtigen getroffen. Ein Verfahren wurde gar nicht erst eröffnet. Die Staatsanwaltschaft bescheinigte einen „tragischen Unglücksfall“.

Am 29. September 1981 wurde der 45jährige Ewald Neu, Geschäftsmann aus Westberlin, erschossen. Er war in angetrunkenem Zustand nachts auf einer Schnellstraße im Wedding in die falsche Richtung gefahren. Nach einer Verfolgungsjagd mußte Neu am Ende einer Sackgasse halten. Er blieb ruhig in seinem Wagen sitzen. Die Polizisten gingen mit gezogener Waffe auf das Auto zu, öffneten die Wagentür. Dann schoß der Polizeibeamte Werner T., der sich „irgendwie bedroht“ gefühlt haben will, Neu in den Kopf.

Buchstäblich jeder kann heutzutage das nächste Opfer der schießwütigen bundesdeutschen Polizei werden. Daß die Todesschützen ernsthaft bestraft werden, kommt wie gesagt nicht vor. Noch nie erhielt ein Polizeikiller eine Strafe, die zur Entlassung aus dem Dienst führen könnte (zwei Monate Haft). Die bisher höchste Strafe betrug zehn Monate — auf Bewährung, versteht sich.

Das hat seinen Grund. Der Staat stellt sich bedingungslos hinter die Polizei, weil er sie braucht zu seinem Schutz; sie sollen wissen, daß sie alles machen können, ohne selbst etwas befürchten zu müssen. Das gilt insbesondere für die Kampf-

heiten, die SEKs und MEKs, denn diese sind Bürgerkriegstruppen. Ihre Ausbildung erfolgt nicht für den Streifendienst. Sie sind vorgesehen für „innere Unruhen“, zur Niederschlagung von Arbeiteraufständen zum Beispiel. Man findet sie heute bereits im Masseneinsatz bei Großdemonstrationen, etwa gegen die Frankfurter Startbahn West.

Hier einige bezeichnende Äußerungen verantwortlicher Politiker und Polizeiführer:

„Wir müssen der Polizei alle Mittel an die Hand geben, um ihr den Rücken zu stärken. Das gilt auch für den Waffengebrauch. Die Regelung muß so klar sein, daß der Polizist rechtzeitig schießen und treffen kann.“ (Alfred Dreger, CDU-„Sicherheitsexperte“) „Wenn jeder Polizist fürchten müßte, bei seinem Einsatz eine Klage an den Hals zu kriegen, dann würde doch keiner mehr bereit sein, etwas zu riskieren.“ (Helmut Schirrmacher, langjähriger Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, heute Polizeipräsident von Bielefeld.)

„Man muß Verständnis haben für sogenannte Übergriffe, um den Mut zum Eingreifen zu erhalten.“ (Harald Weiss-Bolandt, Oberstaatsanwalt in Limburg.)

Die Polizei ist nicht der Freund, sondern der Feind der werktätigen Bevölkerung. Eines der Herrschaftsinstrumente der Kapitalisten. Gegen den Polizeiterror und die Legalisierung des Todesschusses muß man sich zur Wehr setzen.



Dirk Volker Stolz (oben rechts) wurde durch die Scheibe seines Wagens (unten) erschossen. Die Anklage gegen seinen Mörder lautete auf „Totschlag in einem minder schweren Fall“. Er wurde sogar freigesprochen.



„Der Einsatz von Polizisten, die noch in der Ausbildung stehen, wird von GdP, RFFU und dju abgelehnt. In komplizierten Situationen wie bei Großdemonstrationen garantieren nur umfassende ausgebildete Polizeibeamte rechtsstaatlich angemessenes und psychologisch korrektes Verhalten.“ Diese Schlussfolgerung ist eines der „merkwürdigen“ Ergebnisse des Treffens. Wir entnehmen sie einem Artikel der VVN-Zeitung „Tat“ mit dem Titel: „Ein anderes Bild des Polizisten“.

Wer 'mal so eine „komplizierte Situation“ miterlebt hat (als Demonstrant, nicht als Polizist), der dürfte zumindest erstaunt sein, wie dju und RFFU so einen Satz unterschreiben können, wieso Detlef Hensche vom Hauptvorstand der IG DruPa — deren Mitglieder auch schon bei Arbeitskämpfen ihre Erfahrungen mit Polizisten gemacht haben — diesem Unsinn zustimmt.

Ist der Polizeiterror ein Pro-

„Ein anderes Bild der Polizisten“?

LAGE. — Im Heim der IG Druck in Lage/Hörste fand vor kurzem eine bisher einmalige Tagung statt: Ein Treffen zwischen Spitzenfunktionären der Journalistengewerkschaften dju in der IG Druck, RFFU (Rundfunk- und Fernseh-Union) sowie der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Es kam unter anderem zustande, weil Mitglieder der dju vielfach das Vorgehen der Polizei gegen Pressefotografen in der Öffentlichkeit angegriffen hatten, gestützt auf ein-drucksvolle Demonstrationen.

Die Ergebnisse dieses Treffens sind allerdings alles andere als zufriedenstellend.

blem mangelhafter Ausbildung? Im Gegenteil. Die gewalttätigsten Polizisten sind die der am gründlichsten ausgebildeten Einheiten, speziell der verschiedenen Sondereinsatzkommandos. Das trifft auf Einsätze bei Anti-AKW-Demos und der Startbahn West ebenso zu wie bei jeder beliebigen kleineren Demonstration. Auch die zivilen Provokateure, die sich im übrigen auch gegen Fotografen besonders hervortun, gehören meist solchen Spezialeinheiten an.

Ansonsten ist es natürlich so, daß bei vielen Einsätzen un-

erfahrene Beamte, die man vorher gehörig aufgepuscht hat, zum Zuge kommen. Es ist natürlich auch richtig, daß nicht der einzelne Polizist, sondern die verantwortlichen Politiker schuld sind an den Einsätzen und den dafür ausgegebenen Direktiven. Es ist vollkommen berechtigt, wenn sich mancher Polizist mißbraucht fühlt.

Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß jeder Widerstand gegen Polizeigewalt, die gegen ein fortschrittliches Anliegen gerichtet ist, berechtigt ist. Da darf es keine gegenseitige „Schuldabwägung“ geben.

„Die gewerkschaftlich organisierten Journalisten und Polizeibeschäftigten gehen aus von der gegenseitigen Achtung ihrer Berufspflichten.“ Zu so einem Satz kann man als Gewerkschafter nur kommen, wenn man den klaren Klassenstandpunkt aufgibt, wenn man den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit „übersieht“ und demzufolge nicht mehr davon ausgeht, daß die bewaffneten Einheiten des kapitalistischen Staates grundsätzlich Machtinstrumente gegen die Arbeiterklasse sind. Auch wenn es pure Illusionen sind, die einen

zu solchen Stellungnahmen führen, so sind das sehr gefährliche Illusionen. Davon allerdings kann man bei den an dem Treffen Beteiligten keineswegs grundsätzlich ausgehen. Besonders von den Führern der GdP ist bekannt, daß sie zu den Scharfmachern, zu den Befürwortern von Polizeigewalt gegen die werktätige Bevölkerung gehören. Sie haben mit den Arbeitern nichts gemein.

Ein wirklich demokratisch gesinnter Journalist, der nicht gerade von Ständesdünkel befallen ist, kann doch auch nicht ja sagen zu einer Feststellung wie dieser: „Journalisten und Polizeibeamte gehen davon aus, daß der amtlich anerkannte Presseausweis der alleinige Legitimationsnachweis für Wort- und Bildberichterstattung ist...“ oder „Es herrschte Einigkeit, daß keine Kamera eines akkreditierten Fotografen beschlagnahmt oder gar zerstört werden darf.“ Es ist absolut notwendig, die Pressearbeit vor Polizeian-

griffen zu schützen. Aber darf diese denn das Recht zugestanden werden, Menschen ohne Presseausweis Kameras zu zerstören, sie womöglich zusammenzuschlagen oder festzunehmen, wenn sie fotografieren? Habe ich kein Recht, den Polizisten zu fotografieren, der etwa Freunde oder Angehörige von mir zusammenschlägt, wenn ich nicht bei der Presse beschäftigt bin? — Das darf man nicht zulassen!

Nein, die uns bekannten Ergebnisse lassen keineswegs erkennen, daß hier die Weichen für irgendeine Verbesserung gestellt wurden. Im Gegenteil. Und die VVN erweist ihren antifaschistischen Anhängern einen schlechten Dienst, wenn sie — immerhin in einer Situation immer weiter eskalierender Polizeigewalt im gesamten Bundesgebiet — schlußfolgert: „Das Bild des gewalttätigen und autoritären Polizisten (muß) energisch korrigiert werden.“

Doch Apartheidsklassen in NRW?

DÜSSELDORF. — Das Volksbegehren einer NPD-gesteuerten „Bürgerinitiative“ für die Einführung von Apartheidsklassen wurde am 23. März vom Düsseldorfer Landtag abgelehnt. Kommt es jetzt dennoch zu reinen Nationalitätenklassen für deutsche und ausländische Schüler in Nordrhein-Westfalen? Eine Initiative der SPD-Landesregierung gibt zu diesen Befürchtungen Anlaß.

Am 26. März stellte Kultusminister Girgensohn der Presse einen Erlaß vor, dessen wesentlichen Inhalt die „Westfälische Allgemeine Zeitung“ so überschreibt: „Klassen für Ausländer sollen Ausnahme bleiben“. „Nur in Ausnahmefällen werden Schulklassen mit nur Schülern fremder Herkunft zugelassen“ — das soll sich erst einmal gut anhören, es wird den „muttersprachlichen Regelklassen“, wie die Nazis sie forderten, wie die CDU/CSU sie zum Teil verwirklicht, gegenübergestellt. In Wahrheit soll damit bestehendes Recht in NRW abgeschafft, soll eben den Nationalitätenklassen, die eine Integration der ausländischen Kinder behindern, der Weg geebnet werden.

Denn in NRW dürfte es solche Klassen bisher nicht geben. Die regierende SPD hat sich stets ihres Integrationswillens gerühmt. (Worte, die angesichts der tatsächlichen Politik allerdings fehl am Platze sind.) Jetzt gibt sie derartige Grundsätze ganz auf.

Bereits im Februar äußerte Girgensohn: „Warum soll man (...) den Eltern nicht nachgeben und reine Klassen bilden? Bisher haben wir das ideologisch verhindert. Die Diskussion lief so, daß, selbst wenn nur drei deutsche Kinder da waren, die Integration auf Biegen und Brechen aufrechterhalten werden mußte. Warum sollen wir da nicht zu flexibleren Lösungen kommen und den deutschen Kindern eine deutsche Klasse geben und den ausländischen Schülern eine Nationalitätenklasse.“ (WAZ vom 18.2.82)

Dazu ist verschiedenes zu sagen.

Zunächst beruft sich Girgensohn, wie das schon üblich ist bei Politikern gleich welcher Partei, auf den „Elternwillen“. Die Eltern haben Angst, daß ihre Kinder nicht genug lernen, wenn sie — um Girgensohns eigenes Beispiel zu nehmen — zu dritt mit 27 Ausländerkindern zusammensitzen. Und sie lernen bei den gegebenen Verhältnissen tatsächlich zu wenig. Die „Flexibilität“ des Girgensohnschen Lösungsvorschlags aber besteht allein darin, daß er sich zu immer reaktionärer Maßnahmen bereitfindet und großzügig über die Ursachen der gegenwärtigen schlechten Situation hinweggeht, ja sie ableugnet.

Wie kommt es zu solchen Klassen?

Es gibt sie an Schulen, die in weitgehend reinen Ausländervierteln, im Volksmund — leider treffender — oft „Türkenghettos“ genannt, liegen. Und wodurch entstanden diese Ghettos? Die Kollegen aus dem Ausland wurden und werden überall in der Bundesrepublik in bestimmte Stadtviertel gedrängt; in „bessere Wohngegenden“ läßt man sie nicht, und sie könnten die Miete auch kaum bezahlen. Es ist bekannt, wie sich Hauseigentümer gegenüber wohnungssuchenden Ausländern verhalten. Wo ein solches Ghetto zu entstehen beginnt, wird entsprechend weniger für menschenwürdige Wohnmöglichkeit getan, man rechnet damit, daß die Ausländer alles nehmen, was man ihnen bietet, und da zählt meist nur der schnelle, hohe Profit. Das ist einer der Gründe, aus denen die deutschen Bewoh-

ner meist relativ schnell „von selbst“ dort wegziehen; die real vorhandenen Vorurteile, die tagtäglich gegenüber den Ausländern geschürt werden, unter anderem in der Presse, sind ein weiterer Antrieb zu solchem Verhalten. Gegen derartige Vorgänge hat auch die SPD, die in NRW allein regiert, nichts unternommen, sie duldet und fördert sie, sie sind Ergebnis ihrer Politik.

Jahre und Jahrzehnte haben die Regierenden auch in NRW nichts Wesentliches zur Schaffung von realen Integrationsmöglichkeiten geleistet. Und jetzt stellt man sich hin und bietet für Probleme, die durch eine Lage entstanden sind, die man selbst herbeigeführt hat, „flexible“ Lösungen an, die die bisher schon immer Benachteiligten noch weiter ins Abseits stellen!



Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Witten

Aber zu den eigenen Versäumnissen steht Girgensohn nicht. Bezüglich bestimmter Maßnahmen, die angeblich der Verbesserung des Deutschunterrichts für Ausländer dienen sollen, fragte die WAZ den Kultusminister: „Warum so spät? Sie kennen das Ausländerproblem doch schon seit mindestens zehn Jahren.“ Girgensohn: „Das streite ich ab. In der Schärfe ist das Problem erst in den letzten Jahren durch Seiteneinsteiger auf uns zugekommen...“ („Seiteneinsteiger“ nennt er Kinder und Jugendliche, die die deutsche Grundschule nicht von der ersten Klasse an besuchen, die erst nach einem oder mehreren Jahren Schulunterricht in der Türkei nach Westdeutschland kommen. In Bonn erwägt man, ausgehend vom selben Denkanlass, den „Zuzug“ aller Kinder ab sechs Jahren zu untersagen.) Das einzige, was ihm dazu einfällt, seit 1975 gebe es für Ausländer zuviel Kindergeld; Innenminister Schnoor forderte bereits eine „Überprüfung“ der Sachlage...

Girgensohn hat also nichts gewußt! Daß die massenhafte Anwerbung von Fremdarbeitern, als die Kapitalisten sie zur raschen Mehrung ihrer Profite brauchten, soziale Probleme nach sich ziehen mußte, wie sie sich jetzt zeigen, das konnte dieser Spitzenpolitiker nicht wissen! Und sowas lebst von unserem Geld!

Aber es war sicher nicht die pure Blindheit, die die NRW-Regierung zu ihrer bisherigen Politik getrieben hat. In der Frage der Behandlung des Aus-

länderproblems dürfte auch in diesem Bundesland das gelten, was im Jahre 1973, dem Jahr des Anwerbestopps, Ministerialdirektor Ernst aus dem Bundesarbeitsministerium schrieb: „Der Ruf nach einer Konzeption ist nicht zu überhören. In dieser Forderung könnte der Vorwurf durchklingen, bisher sei konzeptionslos verfahren worden. Das wäre jedoch irrig. Die Zulassung von Ausländern zur Beschäftigung allein nach den Bedürfnissen der Wirtschaft ist auch eine Konzeption.“ Diese Konzeption, die ausländische Arbeiter als „Arbeitsknechte ohne Rechte“ betrachtet, gilt bis heute und hat in Zeiten der Krise besonders brutale Auswirkungen.

Man darf also nicht dabei stehen bleiben, sich die gegebene Situation anzuschauen und schulterzuckend zu sagen: Ja, was bleibt denn anderes übrig...? Man muß berücksichtigen, wie es dazu gekommen ist und wer die Schuld daran trägt. Und die Schlußfolgerung daraus muß sein: Wir wollen, daß „die Integration auf Biegen und

zur Unterstützung weitergehen der Forderungen bei und kann auch die grundsätzliche Front gegen den kapitalistischen Staat erweitern. Aber auch, wenn man weiß, wie alles so gekommen ist, muß man konkret sagen können: Und was machen wir jetzt, hier und heute? Wie ist die angestrebte Politik an den Schulen zu verwirklichen, wenn tatsächlich z.B. die Deutschen in der Minderheit sind? Bleibt als einzige Sofortmaßnahme das sogenannte busing, das Verteilen ausländischer (oder auch deutscher) Schüler mit Bussen über das Stadtgebiet?

„Die Schule kann die Integration nicht alleine lösen“, sagt Girgensohn. Da geben wir ihm ausnahmsweise mal Recht. Aber wir ziehen andere Schlußfolgerungen daraus. Wir fordern, daß endlich Voraussetzungen für eine tatsächliche Integrationspolitik geschaffen werden, gesetzlich und finanziell. Verhältnisse, die die Spaltung der Bevölkerung und Ausländerfeindlichkeit herbeiführen, sind auf allen Gebieten der Politik, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens umgehend zu ändern. Integration kostet Geld, daran führt kein Weg vorbei. Die das Geld haben — auch aus der Ausbeutung unserer ausländischen Kollegen — wollen nichts hergeben. Man muß sie zwingen.

Man sieht also: auch in NRW, auch nach Ablehnung des NPD-Volksbegehrens, muß entschlossen gegen die Apartheidsklassen weitergekämpft werden. Die Dreistigkeit der Landesregierung, nur drei Tage nach dieser Ablehnung im Landtag einen Erlaß vorzustellen, der besser getarnt dasselbe Ergebnis zuläßt, bedarf einer gebührenden Antwort.

Ist es nun aber so, daß das Scheitern der Nazis praktisch ohne Bedeutung wäre, weil die Regierung nun doch so handeln will? Kann uns das ganz egal sein, ist die Stellungnahme dazu im letzten „Roten Morgen“ falsch?

Nein, das ist sie nicht. Das Nazi-Ansinnen hat viele Menschen auf den Plan gerufen, die dagegen Widerstand leisteten. Sie haben gelernt, sie werden auch die konkrete Politik der Regierung genauer und bewußter verfolgen. Sie werden zum großen Teil in den nun gebildeten Initiativen weiterarbeiten.

Dieser Widerstand hat das Volksbegehren so schnell zu Fall gebracht. Das Zaudern des gesamten Landtags bei Vorlage des Antrags und selbst noch die Form der dann erfolgten Ablehnung verdeutlichen, daß man in Düsseldorf sich nicht von vornherein einig über eine tatsächliche Verhinderung des faschistischen Vorstoßes gewesen ist.

Und auch im Kampf gegen die Verwirklichung der nun in NRW eventuell vor der Tür stehenden Maßnahme kann und muß man sich auf das Verbot des Volksbegehrens und die dazu gegebenen inhaltlichen Ausführungen stützen. Denn schließlich handelt die Regierung, wenn sie so handeln will, wie es Girgensohns Erlaß vorsieht, dieser Entscheidung zuwider. Deshalb ist es auch gerechtfertigt, zu sagen: Auch auf den Verfassungsgerichtshof in Münster muß Druck ausgeübt werden, denn wir brauchen eine Bestätigung des Verbots in möglichst eindeutiger Form und inhaltlicher Begründung, am besten unter Berufung auf das Grundgesetz. Wir müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel des Widerstandes nutzen.

Morddrohungen durch NSDAP/AO

Vor knapp zwei Wochen erhielt Annette Schnoor, oppositionelle Betriebsrätin bei Siemens/Witten, zwei außergewöhnliche Telefonanrufe: „Hier ist die NSDAP/AO. Du stehst auf unserer Liste!“

Ungefähr zur selben Zeit erhielten drei Hamburger Bürger, Verfolgte des Nazi-Regimes, makabre Post. Auf den Briefen, die in Umschlägen verschickt wurden, die mit Namen und Berufsbezeichnung der Adressaten sowie dem Vermerk „persönlich, vertraulich“ versehen waren, meldete sich die NSDAP/AO: „Wir sind wieder da!“ Am Schluß ihrer Haßtiraden drohten die anonymen Schreiber: „In ein paar Tagen melden wir uns noch einmal...“ „Wir führen keinen Wahlkampf, sondern einen Vernichtungskampf!“ stand unter anderem in diesen

Schreiben. Die NSDAP/AO, die ihren Stammsitz in den USA hat, unterhält Verbindungen zu den terroristischen Nazi-Organisationen im Bundesgebiet, von denen viele immer noch ganz ungestört ihrer Tätigkeit nachgehen. Material der NSDAP/AO wurde bei zahlreichen Hausdurchsuchungen gefunden.

Polizei und Verfassungsschutz sind angeblich aber macht- und erkenntnislos. Sie wären, wenn die Faschisten ihren Worten Taten folgen lassen wollten, bestimmt kein Schutz. Um so wichtiger, daß allen Nazis auf deutschem Boden durch die antifaschistischen Kräfte das Handwerk gelegt wird, daß wir ein Verbot ihrer Betätigung und Organisation und die strenge Bestrafung aller Aktivisten erzwingen!

ten, die niemals von Deutschen begangen wurden!“

- „Wir schenken Euch Glauben an uns!“
- „Wir wollen alles das beseitigen, was die Gründungs-väter sich so zusammenge-mauschelt haben, um wieder das erstehen zu lassen, was deren Verbündete 1945 vernichteten: das Großdeutsche Reich!“



Hakenkreuz per Brief.

Antijüdische „schwarze Liste“

In faschistischen Kreisen der Bundesrepublik und Österreichs kursiert eine schwarze Liste mit Namen und Anschriften jüdischer Bürger und Institutionen. Auf das Haus des Wiener Ober-rabbiners Bela Akiba Eisenberg, der ebenfalls auf der Liste steht, wurde bereits Anfang Februar ein Sprengstoffanschlag verübt.

Bekannt wurde diese Liste als Beilage zu der Zeitung „Österreichischer Beobachter“, die von der „NSDAP Öster-

reich“ herausgegeben wird. Eine ähnliche Liste kursierte bereits im Februar 1979 in der Bundesrepublik. Sie umfaßte 500 Namen und wurde von einer „NS-Gruppe Hanau/Kolonne 88“ herausgegeben. Das hessische Landeskriminalamt ermittelte damals wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung und stellte bei einigen Nazis auch Waffen sicher. Von durchgreifenden Maßnahmen gegen die Terroristen ist nichts bekannt.

Soeben erschienen: Sonderausgabe des „Volksecho“

Volksecho

MITTEILUNGEN DER VOLKSFRONT GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG

Dokumente des 2. Volksfront-Kongresses
30. / 31. 1. 1982 in Frankfurt



Inhalt:

- Rechenschaftsbericht des bisherigen Zentralen Vorstands
- Entschliebung „Kampf dem Vormarsch von Reaktion und Faschismus — vordringliche Aufgabe der Volksfront“
- Entschliebung „Kampf der wachsenden Kriegsgefahr — für den Erhalt des Friedens“
- Resolution „Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit“
- Resolution „Die Gewerkschaftsbewegung — entscheidende Kraft im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“
- Rede des neuen Vorsitzenden Harry Dubinsky zum 30. Januar
- Leitanträge des Kongresses
- Arbeitsmaterialien
- Preis 1,— DM
- Bestelladresse: Volksfront-Geschäftsstelle, Michaelstr. 18, 4300 Essen 1, Tel.: (0201) 285661

Stoppt die Mörder vom UDB!

Albanische Emigranten demonstrierten in Bonn

BONN. — Am 3. April fand in Bonn eine Demonstration statt, die von albanischen Arbeitern organisiert worden war. Sie richtete sich in erster Linie gegen den Terror, den der jugoslawische Geheimdienst UDB in Westdeutschland gegen albanische Patrioten aus der in Jugoslawien gelegenen Provinz Kosova ausübt. Außerdem unterstrichen die Demonstranten die von der ganzen in Jugoslawien lebenden albanischen Bevölkerung erhobene Forderung: Kosova muß der Status einer föderativen Republik im jugoslawischen Staatsverband erhalten, der Unterdrückung der Albaner muß ein Ende gesetzt werden.

Unmittelbarer Anlaß der Demonstration war der neue Höhepunkt des Mordterrors der Belgrader Agenten: die Ermordung der Patrioten Iusu Gervalla, Kadri Zeka und Bardosch Gervalla, über die im „Roten Morgen“ bereits ausführlich berichtet wurde. Auch nach dieser in Untergruppenbach bei Stutt-

gart verübten Mordtat hat sich die Bundesregierung noch nicht bereitgefunden, wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Tätigkeit des jugoslawischen Geheimdienstes zu ergreifen und die Regierung in Belgrad in dieser Hinsicht unter Druck zu setzen. Im Gegenteil: Die Kripo-Sonderkommission Untergruppenbach

beschäftigt sich hauptsächlich damit, gegen die albanischen Emigranten, die aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen mußten, zu ermitteln. In den amtlichen Verlautbarungen wird allgemein davongesprochen, die Tätigkeit „extremistischer Ausländer“ müßte, etwa durch ein Verbot ihrer Vereinigungen, unterbunden werden. Damit werden mit dem Schlagwort „Extremismus“ wieder einmal Mörder und Opfer auf eine Stufe gestellt, und bedroht durch die angestrebte Politik sind wiederum vor allem die Opfer.

Die albanischen Emigranten erhoben, mit Unterstützung deutscher Demokraten und Revolutionäre, darunter Genossen der KPD, die Forderungen:

- die deutschen Behörden müssen den Mord an den albanischen Patrioten in Untergruppenbach aufklären, der das Werk des jugoslawischen Geheimdienstes UDB ist, und die Mörder verurteilen;
- die Tätigkeit ausländischer Geheimdienste in der BRD, besonders des UDB, muß verboten werden;
- die finanzielle Kredithilfe an das jugoslawische Regime soll eingestellt werden;
- jede Form der legalen und illegalen Zusammenarbeit zwischen der deutschen Polizei und dem jugoslawischen Geheimdienst ist zu unterbinden, denn er ermöglicht neue Mordtaten;
- die bundesdeutsche Regierung muß von der jugoslawischen Regierung für die hier ver-

übten Morde Rechenschaft verlangen.

Am Vortag der Demonstration, deshalb war sie auch so gelegt worden, jährte sich die Verhängung des Ausnahmezustandes über Kosova durch die Belgrader Regierung zum ersten Mal. Die albanischen Emigranten trugen damit auch den Protest der Bevölkerung ihrer Heimat, die sich durch alle Unterdrückungsmaßnahmen nicht vom Widerstand abhalten läßt, an die Öffentlichkeit.

An die 1500 Menschen kamen zu dem Demonstrationzug in Bonn zusammen, vor allem albanische Arbeiter. Ein ungewöhnliches Bild für die Bevölke-

rung der Stadt boten die Demonstranten, denn viele von ihnen trugen die traditionellen albanischen Trachten. Überall waren die roten Fahnen mit dem Adler zu sehen. Während der Demonstration und der Abschlußkundgebung auf dem Münsterplatz, auf der zwei Albaner und ein Deutscher sprachen, herrschte eine gute, kämpferische Stimmung.

Im Anschluß an diese Aktion fand noch eine Veranstaltung in der Poppelsdorfer Mensa statt, die von fast 700 Menschen besucht wurde. Mit einem bunten Kulturprogramm klang dieser Aktionstag aus.



Die „Vlora“ im Emdener Hafen

Zu Besuch auf der „Vlora“ Arbeiterkorrespondenz aus Emden

Liebe Genossen!

Am 1. April — ich hatte Spätschicht — stand in der Zeitung: „Albanischer Frachter lädt Kohle“, ein bißchen Text und ein Bild.

Daß ein albanisches Schiff hier in Emden vor Anker geht, kommt ja nun nicht alle Tage vor. Deshalb überlegten wir, meine Frau und ich, ob der Frachter wohl noch da sei, ob

wir hinfahren sollten?

Na klar, Albaner in Emden, da mußten wir einfach hin. Eine Kleinigkeit wollten wir schon mitnehmen; wir einigten uns auf einen Strauß roter Nelken und ein Parteiabzeichen.

Dann ging es los. Unsere kleine Tochter kam auch mit. Wir hatten Glück, der albanische Frachter „Vlora“ lag noch vor Anker. Von weitem konnten wir schon die rote Flagge mit dem schwarzen Doppeladler erkennen. Dann ging es an Bord. Ein Albaner kam auf uns zu; wir sollten einen Augenblick warten, er holte jemanden, der Englisch sprechen konnte. Wir erklärten ihm, daß wir von der KPD seien und uns sehr darüber freuen würden, sie hier bei uns zu sehen.

Wir wurden in eine Empfangskajüte gebracht. Unsere Gedanken waren in dem Moment bei unseren Albanienurlauben. Es war eine kleine Kajüte mit einem Tisch, einem Sofa, einigen Stühlen und einem Bild von Enver Hoxha.

Die Atmosphäre war sehr freundschaftlich. Die Albaner freuten sich genau so wie wir. Ein Vanillekognak mit Kaffee wurde serviert, unsere Tochter bekam eine Schale mit Pflaumen.

Fast zwei Stunden unterhielten wir uns auf Deutsch und Englisch, mit Händen und Füßen. Wir waren überrascht, wie gut die Albaner über Emden informiert waren. Von uns wollten sie natürlich wissen, was wir machen, wo wir arbeiten usw. Wir erzählten, so gut es unsere Sprachkenntnisse zuließen.

Dann kamen wir auch auf den Text der Zeitung, in dem etliche Unwahrheiten steckten. Weder war der Frachter in Polen gebaut worden noch hat Albanien heute 1,55 Millionen Einwohner. Der Frachter wurde in Italien gebaut, und Albanien hat heute 2,7 Millionen Einwohner.

Wir wurden zum Mittagessen eingeladen. Doch das ging leider nicht, da die Zeit zu knapp war (die Albaner hatten noch nicht auf Sommerzeit umgestellt) und ich zur Spätschicht mußte.

Bevor wir herzlich verabschiedet wurden, bekam unsere Tochter noch ein Päckchen Kekse und ein Glas Kirschen aus Korça geschenkt. Eine Einladung, wiederzukommen, wenn wieder ein albanisches Schiff nach Emden käme, beschloß unseren Besuch, der uns viel Spaß gemacht hat.

Rot Front
L.

Nur 50 Pfennig!

Roter Rebell

Nr. 4 vom 15. April 1982

RASSISMUS IN GERMANY

1. MAI Arbeit für alle! KPD KJ D

VORSICHT AUSLÄNDER!
Das Bundesausländeramt

neue

Roter Rebell 4/82

Gespräche mit ausländischen Jugendlichen über „Rassismus in Germany“ II. Teil der Reihe „Hinter die Mauer geschaut“, Jugendliche aus der DDR erzählen

Astreine Arbeitslosen- und Azubi-Aktionen
Neues von Polizei und Bundeswehr
Wieder mit Preisrätsel und der ersten Ronald-Reagan-Begrüßungsseite
Nur 50 Pfennig!

Es gibt nichts wichtigeres, als in Frieden zu leben

MULTI-MEDIA-SHOW der KPD

22 Minuten lang wird aus drei Dia-Projektoren und von einem 4-Spur Tonbandgerät eine Fülle von Informationen, Fakten, Meinungen zum Frieden, Kampf gegenwärtig.

Seid Sand im Getriebe - Friedenskämpfer in die Bundeswehr!

22.222
10
10.10.1981

für PJS JAF SSJ
+ + + + +
(und)
seine FINANZIERS

Der Sibirien und Wüsten leo

kanaler
F
E
I
E
D
E
N
S

RUSTUNG vernichtet vernichtet vernichtet vernichtet

ABREITSPLATZE

Kostenlos auszuleihen über die KPD, Wellinghoferstr. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: 0231-43 36 91/2. Mitzubringen: Vorführer, Technik und alles Sonstige, was ihr braucht; nur fürs Publikum müßt ihr sorgen, alles klar.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohende werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.

Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Demonstration zum SPD-Parteitag

Weg mit dem NATO-Raketenbeschluß!

Am 19. April beginnt in München der Bundesparteitag der SPD. Noch Ende letzten Jahres hatte es so ausgesehen, als würde dieser Kongreß endgültig die Haltung der größten Regierungspartei zum sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO festlegen. Genau das aber wollen die SPD-Führer mit aller Macht verhindern.

Denn die Verhältnisse innerhalb der SPD sind nicht mehr so wie 1979, als auf dem Westberliner Parteitag eine satte Mehrheit von 90 Prozent der Delegierten für den Raketenbeschluß stimmte — genau eine Woche, bevor dieser Beschluß auf der NATO-Tagung in Brüssel zur offiziellen Politik des westlichen Militärpaktes gemacht wurde.

In den mehr als zwei Jahren seit dem letzten Parteitag hat sich in der Bundesrepublik eine

Dieser Leitantrag enthält zum einen eine Formulierung, mit der das oben erwähnte Ergebnis des Westberliner Parteitags, also die Zustimmung zum NATO-Beschluß, festgeschrieben wird. Dann stellt er „Forderungen“ an die Genfer Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten, die auf der Linie der Reagan'schen „Null-Lösung“ liegen (die Sowjetunion müsse ihr eurostrategisches Raketenpotential abbau-

solche Demo aus. Dagegen wandten die Vorstandsmitglieder Glotz und Wischniewski laut „Süddeutsche Zeitung“ ein, daß „ein vom Parteivorstand ausgesprochenes Verbot mit Sicherheit zur Folge hätte, daß andere Organisationen die Gelegenheit nutzen und mit weitaus größerem Gefolge als die Jusos gegen die Sicherheitspolitik der SPD und den Parteitag demonstrieren würden. So könnten die Jungsozialisten immerhin noch Einfluß auf den Verlauf der Kundgebung nehmen.“

Die Taktik der Glotz und Wischniewski, die sich dann auch durchsetzte, läuft also darauf hinaus, den eh zu erwartenden Demonstrationen dadurch die Spitze zu nehmen, daß man sie auf eine der SPD-Führung genehme Art kanalisiert. Leider haben die Jusos ihre Aktivitäten dann weitgehend im Rahmen dieser Taktik entfaltet. Sie lehnten von vornherein eine gleichberechtigte Mitarbeit anderer Organisationen und Initiativen an den Demonstrationen ab. Der Aufruf, den sie gemeinsam mit den Falken und dem Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt erstellten, enthielt zwar die notwendige Forderung nach einer Aufkündigung des NATO-Raketenbeschlusses, orientierte gleichzeitig aber stark auf die Genfer Verhandlungen. Dabei kommt es gerade angesichts der Manöver des SPD-Vorstandes darauf an klarzustellen, daß

das Scheitern dieser Verhandlungen längst vorprogrammiert (und auch gewollt) ist und nur ein massiver Widerstand der Völker Westeuropas die Stationierung der neuen Atomwaffen noch verhindern kann.

Was die Durchführung der für München geplanten Kundgebung betrifft, so machte der Bundesvorsitzende der Falken, Kindermüller, in aller Deutlichkeit klar, daß „dort jene sprechen, die der SPD deutlich machen, daß sie ihr nahe stehen.“ Demonstration und Kundgebung sollten also einen eindeutig sozialdemokratischen Charakter haben. Es ist klar, daß sich die anderen Teile der Friedensbewegung nicht in dieses Korsett pressen lassen konnten. So wird es nun eine zweite Kundgebung, um „5 vor 12“ auf dem Odeonsplatz, geben, die maßgeblich von den Vereinigten Münchner Friedensinitiativen vorbereitet wird. Zu dieser Kundgebung wird mit dem auf dieser Seite abgedruckten Aufruf mobilisiert. Etwa 170 Organisationen und Initiativen haben den Aufruf inzwischen unterzeichnet, darunter die KPD, die Grünen, die Alternativen Listen Westberlin und Hamburg, die Volksfront, der KBW und der KB.

Eine gemeinsame Demonstration jedoch wird es dennoch geben; beide Blöcke werden sich um 16.30 Uhr auf der Theresienwiese zu einem Marsch durch München vereinigen.



Friedensdemonstration in Bonn

mächtige Friedensbewegung herausgebildet, die weit in die Reihen der Anhänger- und Mitgliedschaft der SPD hineinreicht. Und gerade der Raketenbeschluß war zum auslösenden Faktor für das Entstehen dieser Bewegung geworden. Denn immer deutlicher wurde, daß die geplante Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern nicht nur einfach eine neue Drehung der west-östlichen Rüstungsspirale bedeuten würde, sondern daß sie im Zusammenhang einer neuen Kriegsstrategie des amerikanischen Imperialismus gesehen werden mußte. Einer Strategie, die darauf abzielt, mit auf europäischem Boden stationierten Erstschlagwaffen einen Atomkrieg gegen die sowjetische Supermacht gewinnbar zu machen, die Europa — und hier vor allem Deutschland — zum atomaren Schlachtfeld eines neuen imperialistischen Krieges machen würde.

Angesichts solcher Perspektiven war es nicht verwunderlich, daß ein immer größerer Teil der SPD-Basis in Widerspruch zu den Parteiführern geriet, die den amerikanischen Kriegskurs bedingungslos unterstützen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder sprach kürzlich sogar davon, daß 80 Prozent der Mitglieder seiner Partei — zumindest heimlich — „Nachrüstungs“-Gegner seien.

Auch wenn man diese optimistische Schätzung nicht teilt, muß man doch sehen, daß der Münchener Parteitag in bezug auf die „Nachrüstung“ für die SPD-Bosse weitgehend unkalulierbar geworden war. Der Parteivorstand löste das Dilemma mit einem ganz einfachen Trick. Er verabschiedete im Januar einen Leitantrag für den Parteitag, mit dem jede Diskussion und vor allem Entscheidungen über den NATO-Beschluß von der Tagesordnung verschwinden sollen.

en, um die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen überflüssig zu machen). Und schließlich kommt der Leitantrag zum Kern der Sache: „Die SPD wird auf einem ordentlichen Parteitag im Herbst 83 entscheiden, welche Folgerungen sie aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Frage der Stationierung zieht.“

Der Beschluß über die Aufstellung der neuen Atomraketen soll also vertagt werden, auf den Herbst nächsten Jahres, wie es heißt, in Wirklichkeit aber auf den Sankt Nimmerleinstag. Denn Ende 1983 soll ja, bei einem unbefriedigenden Stand der Verhandlungen, mit der Stationierung begonnen werden (die Vorbereitungen dafür sind ohnehin längst angelaufen). So bedeutet diese üble Taktik des SPD-Vorstandes also nichts anderes, als auf kaltem Wege den innerparteilichen Widerstand auszuschalten und dafür zu sorgen, daß in der Raketenfrage vollendete Tatsachen geschaffen werden können.

Gerade diese Politik der SPD-Strategen ist für die Friedensbewegung in der BRD ein besonderer Grund, aus Anlaß des Parteitags für ihre Forderungen zu demonstrieren. Vorbereitungen dafür werden schon seit Monaten getroffen, wobei es allerdings zu erheblichen Differenzen zwischen den Vorständen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen und anderen Teilen der Friedensbewegung gekommen ist. Um auf den Kern dieser Differenzen zu kommen, muß man noch einmal zu der SPD-Vorstandssitzung vom Januar zurückgehen, auf der auch der oben erwähnte Leitantrag verabschiedet wurde.

Bei dieser Sitzung wurde auch über das Vorhaben der Jusos und der Falken diskutiert, zum Parteitag eine Demonstration zu machen. Schmidt und Apel sprachen sich gegen eine

Bonn bestätigt:

Raketenstationierung läuft an

Bundeskanzler Schmidt machte letzte Woche im schwedischen Fernsehen noch einmal deutlich, was Sache ist: „Wenn die Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, dann wird auch Amerika hier stationieren.“ Gemeint sind die 108 atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing 2 und die 96 Marschflugkörper vom Typ Cruise Missiles, die nach dem Willen der Reagan-Leute in der Bundesrepublik aufgestellt werden sollen.

Schmidt und seine Parteifreunde sorgen gegenwärtig dafür, daß dieses Vorhaben reibungslos über die Bühne gehen kann, wenn nach einer gewissen Schamfrist eine der beteiligten Seiten das Scheitern der Genfer Verhandlungen erklären wird. Sie sorgen dafür nicht nur durch ihre Manöver im Vorfeld des Münchener SPD-Parteitags (siehe Artikel auf dieser Seite), sondern auch durch die Zustimmung zur Vorbereitung amerikanischer Stützpunkte in der BRD auf die für den nächsten Herbst geplante Stationierung der neuen Atomwaffen.

Peter Corterier (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, hat in der vorigen Woche bestätigt, daß solche Vorbereitungsarbeiten schon laufen. Bereits zu Beginn des nächsten Jahres, so Corterier, werden mit den Bauarbeiten an den Stationierungsorten begonnen. Damit bestätigte er indirekt Berichte des „Spiegels“, nach denen der amerikanische Kriegsminister Weinberger bei der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO seine europäischen Amtskollegen darauf verpflichtet habe, die Vorbereitungsarbeiten ohne Verzögerung fortzusetzen.

Die Erd- und Betonarbeiten an den neuen Raketenrampen werden aus dem NATO-Infrastrukturprogramm bezahlt, das zu einem Viertel von der Bun-

desrepublik, also den westdeutschen Steuerzahlern getragen wird. Im Bonner Militärhaushalt für 1983 sind im Rahmen dieses Programms Ausgaben in Höhe von 560 Millionen Mark vorgesehen.

Cortier erklärte, die Tatsache, daß mit den Vorbereitungen für die Stationierung schon begonnen werde, bedeute nicht, daß die „Nachrüstung“ damit schon beschlossene Sache sei. Aber es müsse der Zeitfaktor berücksichtigt werden, der es nötig mache, daß im Fall einer notwendigen Nachrüstung die Vorbereitungen dafür schon abgeschlossen seien. Durch solche fadenscheinigen Erklärungen sollte sich niemand täuschen lassen. Denn wenn die Bundesregierung tatsächlich darauf hinarbeitet, die „Nachrüstung“ überflüssig zu machen, wie sie immer wieder behauptet, warum stimmt sie dann jetzt schon dem Bau der Raketenrampen zu?

Tatsächlich bedeuten die Vorbereitungsarbeiten die Verwirklichung eines Teils des NATO-Raketenbeschlusses. Deshalb müssen schon diese Maßnahmen energisch bekämpft werden — es wäre eine gefährliche Illusion, darauf zu vertrauen, daß diese Rampe in der Erwartung gebaut wurden, daß ihre Bestückung mit den neuen Atomraketen sich als „überflüssig“ erweisen könnte.

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 17. April in München

Wir wehren uns gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung!

Nach der Friedensdemonstration in Bonn setzt die Friedensbewegung ihren Weg fort; sie muß nun ihre Forderungen noch deutlicher machen. Am 19. April 1982 beginnt in München der SPD-Parteitag, auf dem nach dem Willen der Parteiführung das Thema „Nachrüstung ausgeklammert bleiben soll. Wir aber wollen München während dieser Zeit zum Zentrum einer breiten Bewegung gegen Wettrüsten und Kriegsvorbereitung machen. Auch wenn die Verantwortlichen der Antwort ausweichen wollen: In München muß eine Auseinandersetzung mit diesem Thema stattfinden und die SPD als tragende Regierungspartei eindeutig Position beziehen!

Auch nach Verhandlungsbeginn in Genf haben die USA keinen Zweifel daran gelassen, daß sie „auf jeden Fall 1983“ mit der Stationierung von 572 neuen Atomraketen in Westeuropa beginnen wollen, falls bis dahin keine konkreten Verhandlungsergebnisse vorliegen. Ohne Vorwarnzeit könnten diese das Zentrum der UdSSR vernichten, ebenso aber wären wir dann das erste Ziel eines atomaren Vernichtungsschlages. Denn diese neuen Raketen machen die Bundesrepublik zur gefährlichsten amerikanischen Abschußrampe, das heißt unser Land wäre der erste Trümmerhaufen eines Atomkrieges, ganz gleich von welcher Seite er ausginge. Schon jetzt haben die Supermächte in Europa mehr Atomwaffen stationiert, als irgendwo sonst auf der Welt, nur unser Widerstand kann die völlige Abhängigkeit der europäischen Länder von militärischer Großmachtspolitik noch beseitigen.

Wir fühlen uns auch durch die sowjetische Rüstungspolitik bedroht, wehren uns aber vor allem gegen ein neuerliches Anziehen der Rüstungsschraube durch den Westen!

Reagans „Null-Lösung“, zur Besänftigung der Friedensbewegung erfunden, ist ein betrügerischer Bluff: Sie verlangt von der Sowjetunion vollständige Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenraketen, während die gleichwertigen NATO-Atomwaffen, die in großer Zahl auf U-Booten stationiert sind, nicht angetastet werden sollen. Damit ist das Scheitern der Genfer Verhandlungen bereits vorprogrammiert.

Die wahren Absichten der US-Regierung zeigen sich in der beschleunigten Produktion von biologischen und chemischen Waffen, im Bau der Neutronenbombe, in den neuen MX-Interkontinentalraketen, im BI-Bomberprogramm und in der Aufrüstung von Unterseebooten und Flugzeugen mit Cruise Missiles.

Mit dem größten Aufrüstungsprogramm aller Zeiten wollen die USA ihre globale Vorherrschaft auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet ausbauen. Dies geschieht auf Kosten von Millionen Armen in Amerika, auf Kosten der gesamten Dritten Welt und auch auf unsere Kosten.

Während Konzerne, die Rüstungsindustrie, umweltzerstörende Projekte (Startbahn West u.a.), Großverdiener und Bauherren weiterhin subventioniert werden, soll einseitig am Sozialetat zu Lasten von Kindern, Kleinverdienern, Arbeitslosen, Rentnern, Auszubildenden und Behinderten gespart werden.

Die Bundesregierung, die maßgeblich am Zustandekommen des NATO-Aufrüstungsbeschlusses beteiligt war, weckt falsche Hoffnungen auf Verhandlungen, bereitet aber dennoch schon die Stationierung der US-Atomraketen vor: 535 Millionen DM sind im Bundeshaushalt 1982 für Abschußrampen und Silos von Cruise Missiles und Pershing II genehmigt worden.

Wir rufen alle, auch die „Nachrüstungsgegner in der SPD, die diese Politik nicht mehr hinnehmen und stillschweigend mittragen wollen, zur Großdemonstration am 17. April in München auf.

Wir fordern von der Regierung und der sie tragenden Sozialdemokratischen Partei:

- **Sofortige Aufkündigung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses**
- **Endgültige Ablehnung und Ächtung der Stationierung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen**
- **Kein Waffenexport aus der Bundesrepublik Deutschland**
- **Schritte zu echter Abrüstung mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa**
- **Eine Politik, die die Auflösung der Militärpakte zum Ziel hat**
- **Abrüstung statt „Nachrüstung“ und beginnen wir in unserem Land**

Als Redner stehen bisher fest: Erich Fried, Petra Kelly, Alfred Mechttersheimer, Alexander Schubart, Henning Venske, Hans Bischlager, Barbara Blust (Landesschülersprecherin von Baden-Württemberg)

60 Jahre KP Brasiliens

„Wir setzten die Politik der Partei fort, wir waren die Partei“

Interview mit José Duarte

Zum zwanzigsten Jahrestag der Reorganisierung der KP Brasiliens veröffentlichte die Zeitung „Tribuna Operária“ (Arbeitertribüne) ein Gespräch eines ihrer Journalisten mit dem Genossen José Duarte, der über die Geschichte des Kampfes gegen die revisionistischen Parteispalter erzählte. Eine Erzählung, die bestimmt von Interesse für unsere Leser ist, weil sie zeigt, wie mutig damals die brasilianischen Kommunisten gekämpft haben.

Wie erschienen die ersten Anzeichen des Revisionismus in der Partei?

Es war kurz nach dem 20. Parteitag der KPdSU, als Agildo Barata sich den revisionistischen Anschauungen Chruschtschows zuwandte. Er hatte im Pressewesen der Partei großen Einfluß und versuchte seine opportunistischen Positionen in alle unsere Zeitungen zu bringen. Aber die Mitgliedschaft war einhellig gegen Baratas Thesen. Auch Prestes nahm gegen Barata Stellung, der dann ausgeschlossen wurde. Nur daß kurz darauf derselbe Prestes dieselben revisionistischen Ideen zu vertreten begann wie zuvor Barata.

Und er (Prestes war damals Parteivorsitzender, Red. RM) begann damit all jene aus der Partei zu entfernen, die sich dieser Linie widersetzen. Amazonas, Pomar und Graboio wurden aus der Exekutivkommission des Zentralkomitees entfernt, andere wurden auf Reisen nach China und in die UdSSR geschickt. Auf der mittleren Parteiebene wurde harter Druck ausgeübt, um alle zu entfernen, die gegen Prestes' Führung waren. Sie wollten Arroyo aus dem Bezirkskomitee Mooca entfernen, Pomar und mich aus dem Bezirkskomitee von Tatuape. Prestes persönlich forderte die Mitglieder dazu auf, mich aus dem Komitee zu entfernen, aber



Genosse Jose Duarte

die übergroße Mehrheit lehnte dies ab.

Hat sich die Partei zu jener Zeit gespalten?

Ja, es gab zwei politische Strömungen in unserer Partei. Und so gingen wir zu unserem 5. Parteitag im Jahre 1960. Aber nach diesem Parteitag benutzte Prestes einen seiner Beschlüsse, nämlich den, Maßnahmen zur Legalisierung der Partei zu treffen, um Programm, Statut und Namen der Partei zu verändern. Aus der Kommunistischen Partei Brasiliens wurde nun die Brasilianische Kommunistische Partei. Die Reaktion hatte behauptet, der Name KP Brasiliens zeige, daß die Partei aus dem Ausland geleitet werde, und Prestes gab diesem Druck nach und veränderte den Namen. In Wirklichkeit gab natürlich dieser Name KP Brasiliens unseren internationalistischen Standpunkt wieder, denn die Partei wurde ja als brasilianische Sektion der Kommunistischen Internationale gegründet.

Und wer stellte dann die wirkliche Partei dar?

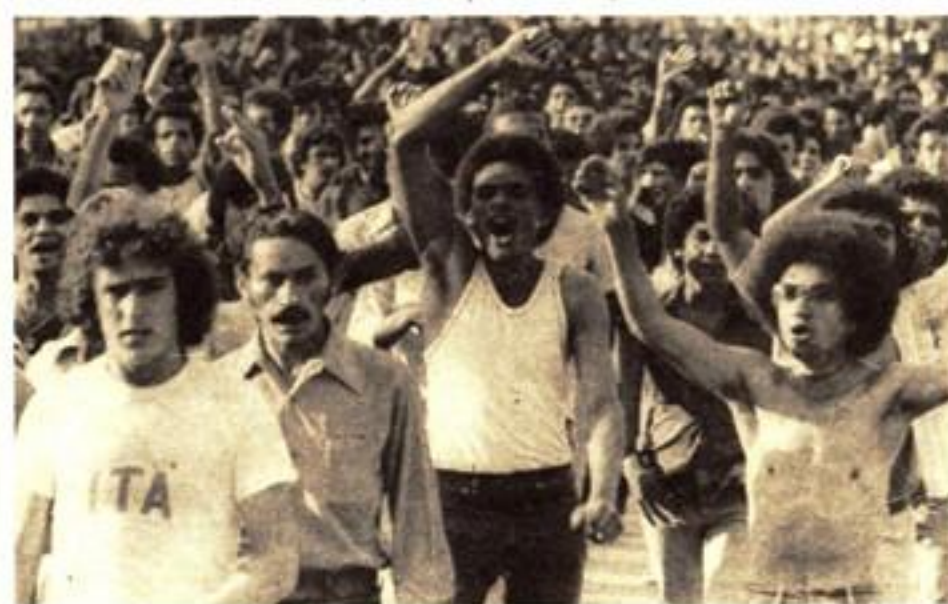
Nun, das kann man eben nicht mit der Mehrheit entscheiden, so wie es Prestes wollte, da er

nun einmal, ohne Zweifel, die Mehrheit hinter sich hatte. Wer die Partei ist, das entscheidet sich daran, wer die Prinzipien vertritt. Wir verteidigten die Prinzipien, die Grundlagen der Partei, ihr Programm, ihr Statut, ihre Tradition. Deswegen ist es für uns wichtig zu sagen: Wir setzten die alte Parteilichkeit fort, und Prestes und seine Leute verließen die Partei. Obwohl sie die Mehrheit hatten, waren Prestes und seine Mannschaft eine parteifeindliche Gruppe, die Verrat an der Arbeiterklasse begingen und eine neue Partei schufen. Sie waren umso mehr eine Gruppe, als sie sich später immer weiter spalteten. Und das ist schließlich das Schicksal aller solcher Gruppierungen. Bis heute streiten sich die verschiedenen Gruppen in der Brasilianischen Kommunistischen Partei, die Prestesleute auf der einen Seite, die Eurokommunisten auf der anderen. Wir bleiben vereint und sammeln neue Kräfte.

Und wie waren nun die ersten Zeiten nach der Reorganisierung der KPB?

Es war eine schwierige Zeit. Wir waren wenige und hatten viel Arbeit. Wir gaben unsere Zeitung wieder heraus, „A classe operária“ (Die Arbeiterklasse), die von der revisionistischen Führung geschlossen worden war. Das hat dazu beigetragen, unsere Ideen in die Fabriken zu tragen und auch unter das Volk im allgemeinen. Das war damals eine Wochenzeitung, und wir verkauften 50000 Exemplare davon. Wir wurden von allen Gruppen bekämpft, die an Jango glaubten (Jango Goulart, damals — und auch zur Zeit des Militärputsches — Präsident der Bundesrepublik Brasilien) und an den friedlichen Übergang zum Sozialismus. Wir waren die einzigen, die sagten, das sei eine Illusion. Mit dem Putsch von 1964 wurde es deutlich, daß wir recht gehabt hatten und daß die opportunistischen Positionen von Prestes falsch waren.

Die Reorganisierung vom Februar 1962 hat die Partei vom Opportunismus befreit, und dank dessen war es ihr möglich, ihre Reihen geschlossen zu halten und sie zu stärken, sogar unter den harten Bedingungen, die uns ab 1964 vom Faschismus auferlegt wurden.



Streikende Metallarbeiter in Sao Paulo 1980 — die damalige Streikwelle war ein entscheidender Wendepunkt der inneren Entwicklung des Landes. Seitdem ist die Diktatur im Rückzug begriffen.



Prügelnde Polizisten im Revier — kein Kino sondern heimlich aufgenommen in Curitiba, der Hauptstadt des Bundesstaates Parana



Auch die Entwicklung der Zeitung „Tribuna Operária“ gibt den wachsenden Einfluß der Revolutionäre in Brasilien wieder. Innerhalb von zwei Jahren erhöhte sie ihre Auflage auf 60000 verkaufte Exemplare. Jetzt wurde sie vor kurzem zu einer Wochenzeitung mit derselben Auflage! Die Zeitung ist heute eine der stärksten Stimmen, die für eine Aktionseinheit aller antifaschistischen und patriotischen Kräfte bei der Wahl im kommenden November eintritt.

Resolution des Zentralkomitees der KPB

Zur Würdigung der Jahrestage der Gründung und Reorganisierung der Kommunistischen Partei Brasiliens

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Brasiliens lädt alle Mitglieder, Freunde und Anhänger, die Arbeiter als Klasse und das Volk dazu ein, dieses Jahr den 60. Jahrestag der Gründung der Partei (am 25. März) und den 20. Jahrestag ihrer Reorganisierung (am 18. Februar) zu feiern. Dies sind zwei Daten mit historischer Bedeutung für die brasilianische Arbeiterbewegung und die revolutionäre Bewegung.

In den sechzig Jahren ihres Bestehens hat die Kommunistische Partei Brasiliens unermüdlich für die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse, der Bauern, der Volksmassen gekämpft. Es waren sechzig Jahre heldenhafter und glorreicher Kämpfe für die Freiheit, die nationale Unabhängigkeit und den Sozialismus, Kämpfe in denen zahllose Kämpfer der Partei fielen und die rote Fahne der Revolution empor hielten. Alle fortschrittlichen Menschen des Landes sind stolz darauf, daß die Arbeiterklasse ihre Vorhut geschaffen hat und sechs Jahrzehnte lang der brutalen Verfolgungen der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer widerstanden hat ohne jemals ihre programmatischen Ziele aufzugeben.

Im Februar 1962 erlebte die Partei einen ihrer schwierigsten und entscheidendsten Momente. Die Revisionisten versuchten sie zu beseitigen, indem sie sie in eine reformistische Gruppierung verwandeln wollten, in ein Mittel der Klassenzusammenarbeit. So schufen sie eine neue, eine sozialdemokratische Partei. Sie dachten, sie hätten ihre konterrevolutionären Ziele erreicht. Aber aus den Reihen der Partei heraus erhoben sich marxistisch-leninistische Kräfte und sicherten der Partei ihre geschichtliche Fortsetzung, gestützt auf die Lehre vom Klassenkampf, auf die unbesiegbare Lehre der großen Lehrer des Proletariats der Welt, Marx, Engels, Lenin und Stalin. In diesen zwanzig Jahren seit ihrer Reorganisierung hat die KP Brasiliens sich als würdiger Erbe der revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse unseres Landes erwiesen.

Die KP Brasiliens durchlebte die lange Zeit der Militärdiktatur kämpfend, sie hat niemals darauf verzichtet, ihre führende Rolle in den Kämpfen des Volkes, der Ausgebeuteten und Unterdrückten wahrzunehmen. Die Partei ist heute wie gestern die Hoffnung der Arbeiterklasse, der Volksmassen, der wahren Patrioten, die sich vom Joch der Reaktion befreien und das Recht auf ein glückliches Leben erobern wollen.

In Würdigung dieser beiden Daten beschließt das Zentralkomitee das ganze Jahr 1982 über dieses Parteijubiläum zu begehen. In diesem Zeitraum sollen zahlreiche Aktivitäten entfaltet werden, als da sind: Konferenzen, öffentliche und Podiumsdiskussionen über diese Jahrestage, Veröffentlichungen von Materialien über die Partei der Arbeiterklasse, Herausgabe von marxistisch-leninistischen Werken, verstärkte Verbreitung von Parteimaterialien, Organisation eines kleinen Kurses über die Geschichte der KP Brasiliens, Durchführung einer Aufnahmekampagne zur Würdigung dieser beiden Jahrestage.

Im Laufe des März werden von den verschiedensten Parteiorganisationen Versammlungen zu diesen Ereignissen durchgeführt.

Die Kommunistische Partei Brasiliens ist unbesiegt!
Es lebe der 60. Jahrestag der Gründung der KP Brasiliens!
Es lebe der 20. Jahrestag ihrer Reorganisierung!

Das Zentralkomitee der KPB

(Den Text dieser Resolution haben wir dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) aus Portugal, PC(r), der „Bandeira Vermelha“ entnommen, Redaktion „Roter Morgen“.)

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Brasiliens

Genossen Joao Amazonas, 1. Sekretär

Liebe Genossen, freudig gratuliert das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands im Namen aller Mitglieder unserer Partei Euch und allen Mitgliedern Eurer Partei zum 60. Gründungstag der Kommunistischen Partei Brasiliens und dem 20. Jahrestag ihrer Neuorganisation. Beides sind historisch bedeutsame Tage für die revolutionäre und Arbeiterbewegung Brasiliens.



Joao Amazonas, 1. Sekretär des ZK der KPB

Seit sechs Jahrzehnten steht Eure Partei an der Spitze der Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung des Landes vom Joch des Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, für den Sieg der Revolution, der Demokratie und des Sozialismus. Mit Heldenmut hat sie allen Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Reaktion getrotzt und sich auch trotz zahlreicher Opfer niemals gebeugt. Getreu den Lehren des Marxismus-Leninismus, auf deren Grundlagen Eure Partei vor 60 Jahren unter dem Eindruck der siegreichen großen sozialistischen Oktober-Revolution gegründet wurde, hat Eure Partei stets auch für die Reinheit ihrer Reihen gekämpft. Durch Euren erfolgreichen Kampf gegen den Verrat des modernen Revisionismus und die Neuorganisierung

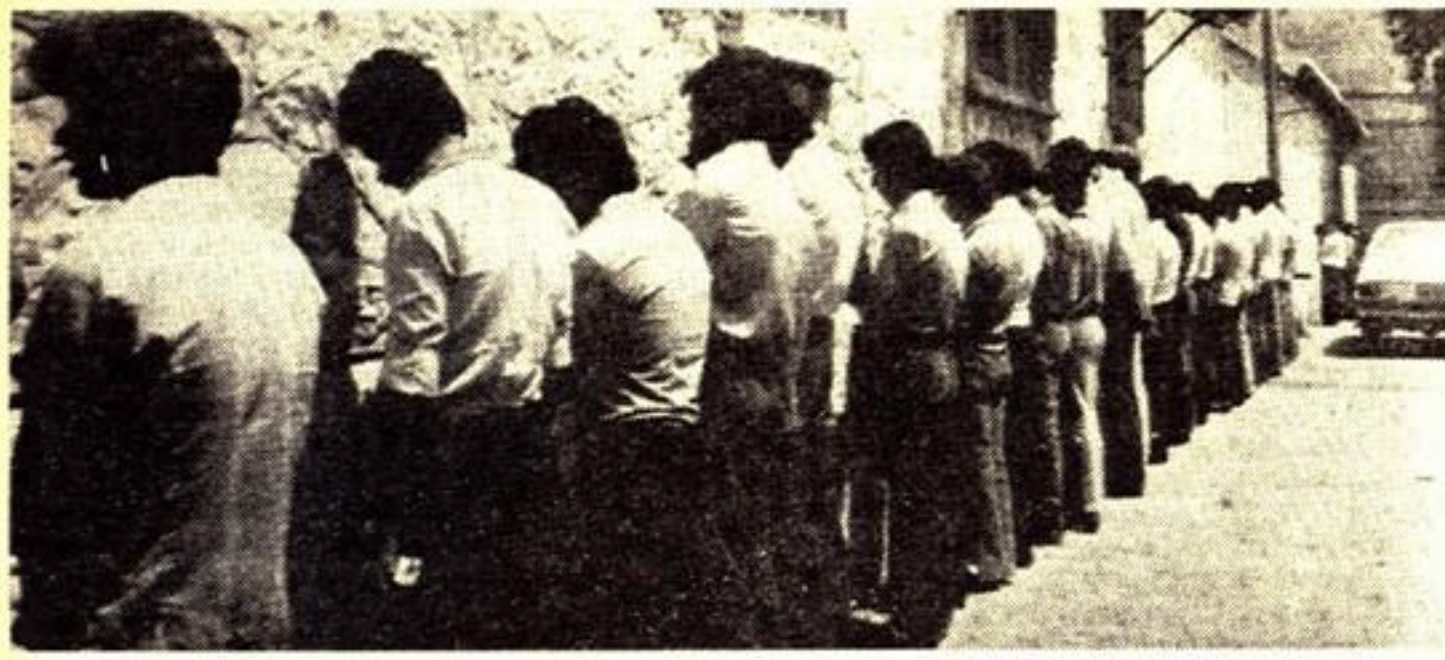
Eurer Partei hat Eure Partei auch international einen wichtigen Beitrag geleistet.

Unsere Partei verfolgte die Kämpfe Eurer Partei stets mit großer Sympathie. Das gilt für den bewaffneten Kampf in Araguaia, der auch heute noch ein Fanal und unvergessen ist, ebenso wie die gegenwärtigen Bemühungen Eurer Partei dafür, daß alle antifaschistischen, demokratisch-patriotischen Kräfte der herrschenden, aber immer mehr wankenden Diktatur der Generale in einer einheitlichen Front entgegenzutreten und sich zu den Wahlen im November alle oppositionellen Kräfte in der Kandidatur der Brasilianischen Demokratischen Bewegung, MDB, zusammenschließen. Der langjährige Kampf Eurer Partei beweist, daß sie es versteht, Prinzipienfestigkeit mit taktischer Flexibilität zu verbinden.

Unsere beiden Parteien sind im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, vor allem die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, gegen Bourgeoisie und Reaktion, gegen Revisionismus und Opportunismus, für den Sieg der Revolution, des Sozialismus und Kommunismus verbunden. Wir wünschen, daß sich unsere brüderlichen Beziehungen, die auf den Lehren des Marxismus-Leninismus und den Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruhen, immer mehr festigen mögen.

Aus Anlaß dieser historischen Gedenktage wünschen wir Euch, Eurer gesamten Partei, der Arbeiterklasse und dem Volk Brasiliens neue Erfolge in dem revolutionären Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus. Es lebe die Kommunistische Partei Brasiliens!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Ruhm dem Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee der KPD
Ernst Aust, Vorsitzender



Massenverhaftungen im Westjordanland werden nach dem Prinzip der Gesichtskontrolle vorgenommen

Nach dem massiven Truppeneinsatz auf der Westjordanbank

Massendemonstrationen gegen Begin — in Israel!

TEL AVIV. — Weit mehr als 20000 Menschen versammelten sich in der letzten Woche in der israelischen Hauptstadt, um gegen die brutale Annexionspolitik der Begin-Regierung zu demonstrieren. Begin, der auch vor Kindermord nicht zurückschreckt, sieht sich zum ersten Mal seit der letzten Wahl zur Knesseth so einer starken Protestbewegung gegenüber. Dies ist um so erstaunlicher, als die sozialdemokratische Arbeiterpartei Israels die Begin'sche Annexionspolitik billigt.

Die Tatsache, daß außer der revisionistischen KP Israels (die allerdings nie den Mut aufbrachte, offen gegen die Annexion zu kämpfen) alle politischen Parteien des Landes diese Politik billigen, mag überraschen, auch und gerade, daß die Sozialdemokratische Partei so etwas tut. Umso mehr muß man jetzt den israelischen Widerstand schätzen. Allerdings: Überraschen kann sie nur diejenigen, die die Geschichte Israels im Allgemeinen und seit dem Krieg vom Juni 1967 im Besonderen nicht kennt.

Die schwierige Lage am Rande des Mittelmeers war Ende der 40er Jahre von der UNO versucht worden zu lösen. In jenem Gebiet sollte es einen Staat Israel geben und einen Staat Palästina. Zahlreiche weitere Vereinbarungen wurden getroffen, um ein Nebeneinander dieser beiden Staaten und auch der unterschiedlichen Völker in den einzelnen Staaten zu erreichen.

Hier muß man jedoch ganz klar hervorheben, daß die israelischen Politiker diese Vereinbarungen von Beginn an mit Füßen traten und danach trachteten, ihr Staatsgebiet zu erweitern und den Staat Israel zu einem reinen Staat der Juden zu machen. Als das zweite Ziel einigermaßen erreicht und die internationale Lage günstig war, brachen sie den Krieg vom Juni 1967 vom Zaun, eroberten die Sinai-Halbinsel, den Gaza-Streifen, die Golan-Höhen und eben das Westjordanland, das einen Teil Jordaniens darstellte. Das alles waren Gebiete, die die Anhänger des „Eretz Israel“ von jeher für sich reklamiert hatten. So wird jetzt des öfteren behauptet, unmittelbar nach 1967 sei die Politik Israels in der besetzten Westbank viel gemäßiger gewesen als heute, erst Begin's offene Annexionspolitik habe die Lage so verschärft, also ab seinem Regierungsantritt 1977.

Das stimmt insofern, als Begin und seine rechte Likud-Block-Allianz die politische Gangart tatsächlich wesentlich verschärfte. Und der letzte Schritt dabei war eben die Absetzung der 1976 gewählten Bürgermeister. Diese Bürgermeister seien alles PLO-Leute, die PLO habe diese — neun Jahre nach der Besetzung ersten — Wahlen unter ihrem Druck gewonnen.

Und doch: Auch wenn die Tonart gemäßiger war, die Maßnahmen nicht so blutrünstig, bleibt es eine Tatsache, daß

die militärische Besetzung dieser Gebiete von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei durchgeführt wurde.

Noch während des Juni-Krieges 1967 tonte die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Golda Meir: „Wir werden niemals in die alten Grenzen zurückkehren.“ Schon im September 1967 wurden die ersten drei Wehrdörfer errichtet und mit Freiwilligen besetzt. Bewaffnete Freiwillige mit dem Recht zu schießen — in der westdeutschen Presse werden sie normalerweise „Siedler“ genannt. Als Begin an die Regierung kam, waren in zehn Jahren 30 solcher Wehrdörfer errichtet worden — er beschleunigte das Tempo: 52 weitere Dörfer in fünf Jahren — und warb regelrecht um Söldner zur Besetzung.

Und schließlich war es auch dieselbe Golda Meir, die im Sommer 1967 klipp und klar die Staatslehre der israelischen Großreichspolitik verkündete: „Es gibt kein palästinensisches Volk!“ Und es ist klar, wenn es kein solches Volk gibt, dann hat es auch keine Rechte, noch nicht einmal das minimalste auf Heimat.

Bei den 76er Wahlen geriet man dann mit der „gemäßigten rassistischen“ Politik ins Dilemma: Die PLO war der einzige überwältigende Wahlsieger, obwohl nicht sie, sondern Israel Militärpatrouillen am Wahltag machte. Die alten, überlieferten Autoritäten wurden allesamt abgewählt, einzig und allein, weil sie mit der israelischen Besatzungsmacht kollaboriert hatten. Offensichtlich: Es gab nicht nur ein Volk, es gab auch einen Willen.

Die Besatzungsstreitmacht wurde — neben den Wehrdörfern — auf 2500 Mann israelischer Elitetruppen erhöht, darauf konnte dann Begin aufbauen. Sein Plan war es von Beginn an, die besetzten Gebiete richtiggehend zu annektieren, das heißt, zu einem Teil des Staates Israel zu machen. So wie es vor kurzem mit den Golan-Höhen geschah, was auch das Volk der Drusen, bis dahin neutral, an die Seite der Araber im Widerstandskampf brachte. Jetzt hält man in Tel Aviv die Zeit dafür für gekommen, deshalb mußte man als ersten Schritt die gewählten politischen Vertreter absetzen und den Versuch machen, an ihre Stelle eingesetzte, eingekaufte, proisraelische Verwaltungen zustande zu bringen.

Daß der Militärstaat Israel nur Dank der massiven Finanz-

hilfe der USA seine von einer tiefen Krise geschüttelten Wirtschaft überhaupt aufrecht erhalten kann, das ist schon oft gesagt und bewiesen worden. Daß auch die Entschädigungsgelder aus der Bundesrepublik nicht für die Opfer der Nazis oder ihre Hinterbliebenen verwendet wurden, sondern oft genug in die Staatskasse — und die ist in Israel eben eine Kriegskasse — flossen, auch das wurde immer wieder kritisiert.

Daß aber auch die konkrete heutige Begin'sche Politik in den USA eben nicht nur zähneknirschend geduldet wird, wie man es manches Mal darzustellen versucht (obwohl einige von Begin's Abenteuern Washington nicht ins Kalkül der Spaltung der arabischen Front paßten), zeigt sich an einer ganzen Reihe von Tatsachen, von denen vor allem zwei von politischer Bedeutung sind.

Zum einen war es ausgerechnet der israelische Botschafter in den USA, Arens, der die Politik Begin's in der Öffentlichkeit selbstbewußt auf den Punkt brachte: „Israel könnte sich gezwungen sehen, seine Gesetze, wie auf dem Golan, auch auf das Westjordanland auszudehnen“. Daß er ohne ein Widerwort die US-Medien als Basis dieser bisher von noch keinem Regierungsmitglied geäußerten Propaganda nutzen konnte, zeigt, daß es nach wie vor eine Tendenz der US-Politik ist, Israel als Speerspitze für eigene aggressive Pläne zu nutzen. Und die zweite Tatsache erhärtet diese Behauptung: Menachem Milson, der von seinem nicht nur Namensvetter Menachem Begin mit der Errichtung einer proisraelischen Verwaltung auf der Westbank beauftragte Professor, wurde über den Umweg USA als „fähiger Mann“ entdeckt und geholt.

Milson ist ein Mitglied eben jenes extrem reaktionären Zirkels von sogenannten „Philosophen“, aus dem auch die berühmte Jane Kirkpatrick, Reagans Uno-Botschafterin, kommt. Diese „Denkschule“ ist ein Reservoir für Reaktionäre, und Begin bekam sicherlich mehr als einen Tip über Milsons „Fähigkeiten“.

Gerade an dieser Person und dem jüngsten Kampf gegen seine Machenschaften zu Lasten des palästinensischen Volkes zeigt es sich, daß der Kampf gegen die Großreichspolitik Begin's immer auch ein Kampf gegen die Pläne des USA-Imperialismus ist.

Nach den Wahlen in El Salvador

Ein „pathologischer Killer“ als Regierungschef?

Junta sieht angeblich einen „Erfolg“

SAN SALVADOR. — Das interessanteste an den Wahlen in El Salvador ist ganz bestimmt nicht die Stimmenverteilung auf die verschiedenen Rechtsparteien (sofern man sie Parteien nennen kann), sondern die Wahlbeteiligung. Denn es gab ja den Aufruf der FDR, die Wahl zu boykottieren.

Wieviele Wahlberechtigte es gab, weiß keiner in einem Land, dessen Einwohnerzahl ebenfalls unbekannt ist. Denn die Verwaltung der Junta beschränkt sich auf einige größere Städte und ein richtiger Überblick darüber, wer noch lebt, ist auch nicht vorhanden.

Deshalb lassen sich natürlich auch keinerlei genaue Aussagen darüber erwarten, wie hoch die Wahlbeteiligung nun wirklich war. Wer im Fernsehen die Schlangen vor den Wahlurnen der Hauptstadt gesehen hatte, konnte schon an eine überwältigende Beteiligung glauben. Dem widerspricht, daß selbst nach Angaben der Junta die Beteiligung bei etwa 50 bis 55 Prozent gelegen habe — vielleicht werden diese Zahlen in der Propaganda noch etwas erhöht.



So sehen Menschen aus, die dem „Wahlsieger“ d'Abuissou in die Hände gefallen sind

Die Schlangen in der Hauptstadt haben vor allem zwei Gründe: zum einen ist San Salvador die Hochburg der Rechten, die dort von jeher in den Orden-Banden über eine Mitgliedschaft mehrerer zehntausend Menschen verfügten. Das aber ist der geringere Grund. Der Hauptgrund ist sicherlich die beschiedene Feststellung des bisherigen Junta-Chefs Napoleon Duarte, wer nicht zur Wahl gehe, sei ein Sympathisant der „Terroristen“, wie dieser feine Christdemokrat die FDR zu nennen pflegt. Ein Sympathisant der FDR in einem Gebiet zu sein, in dem die Armee und die aus ihren Reihen gebildeten Terrorgruppen herrschen, das ist fast soviel wie Selbstmord. Ohne Zweifel hat die Angst ebenfalls Zehntausende in der Hauptstadt an die Urnen getrieben.

Wie überhaupt, und dies muß man nochmals zur Erinnerung unterstreichen, die Art und Weise dieser Scheinwahlen und ihres Ablaufs aufgrund der terroristischen Aktivitäten der Armee und der „Weißen Guerillas“ zustande kamen.

Die FDR hatte sich ja deshalb geweigert, an der Wahl teilzunehmen, weil sie davon ausging, daß die Kandidaten der FDR bei dieser Wahl in Wirklichkeit Todeskandidaten gewesen wären. Das Beispiel einer legalen, angekündigten Pressekonferenz, deren Teilnehmer erschossen wurden, war dafür das Argument.

Diese Wahlen unter den Bedingungen einer terroristischen Diktatur konnten so auch kein wesentlich anderes Ergebnis bringen, als das angekündigte, oder auch: bekanntgegebene. Die rechten Christdemokraten unter Duarte erhielten die

meisten der abgegebenen Stimmen, aber zum Wahlsieger erklärte sich ein anderer: Roberto d'Abuissou.

Ein Mann, den der frühere USA-Botschafter in El Salvador, White, einen „pathologischen Killer“ nannte. Der Chef der „Union der weißen Guerillas“ trat in der Vergangenheit als politischer und praktischer Kritiker der Juntapolitik auf. Sie sei zu weich, sagte er und sorgte dafür, daß die nötigen Leute getötet wurden.

Heuchlerisch ist in diesem Zusammenhang die Reaktion der westlichen Presse auf das Wahlergebnis. Als sei die Stimmenzahl für Abuissou eine Überraschung, wird jetzt so getan, als herrsche in Washington geradezu Bestürzung. Abuissou, so wurde im Fernsehen be-

USA seit zweieinhalb Jahren von ihnen ausgebildete Leute auf den Regierungssesseln hin- und herschieben, da kann diese Art und Weise der Regierungsbildung wahrlich nicht überraschen.

Denn es bleibt eine Tatsache, daß die Junta sich nur aufgrund der amerikanischen Waffenhilfe und Finanzhilfe halten konnte, daß Hunderte US-Offiziere in Wirklichkeit die Leitung der Armee bilden, daß die Mitglieder der Terrorbanden gut bekannt sind.

Jetzt wird der Versuch gemacht, dies alles dadurch zu tarnen, daß man plötzlich einen neuen politischen Begriff — besser gesagt: einen alten, längst fallengelassenen — wieder ins Spiel bringt. „Quartus Reformkurs“ sei durch dieses Wahlergebnis gefährdet.

Zu Recht wird man sich fragen, woher dieser Kurs, der eine Woche vor der Wahl in den Kommentaren plötzlich aufgefunden wurde, denn eigentlich herkommt. Auf die Landreform wird dann hingewiesen. Und ohne Zweifel gab es gleich nach dem Putsch im Oktober 1979 Bestrebungen, eine solche Landreform zu verwirklichen. Die aber sah so aus, wie auch die Reformen der sogenannten „weißen Revolution“ einst im Iran des Schah ausgehoben hatten: Kosmetik, die die alten Abhängigkeiten im besten Fall durch neue ersetzten, in der Regel aber gar nichts änderten, außer daß dabei das Blut der kleinen Bauern und Landarbeiter floß.

800 Bauern in El Salvador waren in den Genuß dieser Reform gekommen, fast alle von ihnen sind heute tot, Opfer eben dieses Abuissou. So ist das einzige Ergebnis dieser Wahl das, daß der Kampf weitergehen wird. Die Möglichkeiten, zu Verhandlungen zu kommen, die eine friedliche Einigung zulassen könnten, sind durch Abuissou's Sieg — den er selbst erklärte, obwohl er nur die zweitmeisten Stimmen bekam — weitgehend zunichte. Und die USA hatten ja schon vorher, ohne auf die Heuchelei der bürgerlichen Presse in Westeuropa einzugehen, deutlich gemacht, sie würden überhaupt jede Regierung in Salvador unterstützen, was soviel wie grünes Licht für diesen Mann war. Die einzige Befürchtung einiger Kommentatoren war denn auch, daß die neue Regierung „noch mehr Menschen zu den Guerillas treiben kann“. Frei von dieser Sorge waren lediglich die CDU-Beobachter, die alles — in ihrem Sinne zu verstehen — für korrekt befanden.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW

Parteispenden-Affäre

Ein Brief an den Minister

Noch im vergangenen Jahr, als die ersten Einzelheiten in der Bonner Parteispenden-Affäre bekannt wurden, hatte Franz-Josef Strauß versucht, die ganze Angelegenheit zu einem speziellen Skandal der beiden Regierungsparteien zu machen und sie entsprechend für seine Politik auszuschlachten. Bei seiner Partei, so tönte der bayerische Ministerpräsident damals, sei die Finanzierung stets sauber gewesen.

einem Betrag von 1800 Mark steuermindernd angerechnet werden, konnten sie das Geld für die Abos in voller Höhe als Betriebskosten absetzen.

Wo immer es darum ging, Steuern zu hinterziehen, war die kriminelle Energie der Parteibosse und ihrer spendenfreudigen Wohltäter in den Konzern- etagen schier unerschöpflich. Die NRW-Führungsclique der FDP beispielsweise ließ sich folgendes einfallen: Sie beschäf-

politiker wie Genscher, Rieger, Weyer oder Riemer ließen sich von dem Textilfabrikanten oft zu Herrenessen oder Jagdpartien einladen. Das innige Verhältnis beruhte jedoch auf Gegenseitigkeit oder richtiger gesagt: Es war in erster Linie Reichel, der davon profitierte. Beispielsweise durch einen satten Staatszuschuß für sein Unternehmen, den der damalige Wirtschaftsminister Riemer ihm Mitte der 70er Jahre großzügig gewährte — ein Freundschaftsgeschenk in Höhe von 9,38 Millionen Mark, das die werktätigen Steuerzahler finanzieren mußten.

Offenbar hatte Reichel damit gerechnet, daß die FDP noch lange Zeit an den Schalthelmen des Düsseldorfer Wirtschaftsministeriums sitzen würde. Denn um seine Verbindungen zu den Landesbossen dieser Partei zu stabilisieren, wollte er sich den Geschäftsführer Rieger gleich im großen Stil einkaufen. Sein Plan, den FDP-Mann mit 5 Prozent an einem Tochterunternehmen zu beteiligen, scheiterte nur daran, daß sich nach Reichels Tod 1977 die Erben querstellten.

Um die Konten ihrer Partei zu füllen, haben die FDP-Bosse teilweise auch direkt in die Staatskasse gegriffen. Riemer beispielsweise ließ während seiner Amtszeit als Verkehrsminister den Komiker Dieter Hallervorden eine Reihe von Filmen für die Verkehrserziehung drehen. Der Trick: Hallervorden bekam dafür eine stark überhöhte Gage und trat im Gegenzug kostenlos bei Wahlkampagnen der FDP auf.

Wenn heute Politiker wie Strauß als den eigentlichen Skandal bei der Spendenaffäre die Enthüllungen darüber bezeichnen, dann liegt das nicht nur daran, daß sie alle Dreck am Stecken haben und auf irgendeine Art in solch kriminellen Praktiken verwickelt sind. Für sie ist gerade der Umstand so skandalös, daß im Zuge der Spendenaffären an einigen Stellen der Schleier gelüftet wird, mit dem die realen Verhältnisse in diesem Land sonst bedeckt sind. Es wird durch diese Affäre vielen Menschen deutlich, daß „ihre“ gewählten Vertreter zwar viel vom „Wahlerauftrag“ schwätzen, in Wahrheit aber nur Figuren sind, die von den wirklich Mächtigen nach Belieben gekauft werden können.

Der Fall Flick ist hier ja ein richtiges Lehrbeispiel gewesen. Man könnte ihm eine ganze Reihe von weiteren Beispielen hinzufügen. Da ist etwa der Chemiekonzern Henkel, der seit 1975 Millionenbeträge auf die fingierten Konten der FDP überwiesen hat. Dieser Konzern wäre von einer Änderung der Bilanzrichtlinien betroffen gewesen, über die Anfang Februar im Bonner Kabinett verhandelt wurde. Die FDP-Minister haben eine solche Änderung mit Erfolg sabotiert. Vorletzte Woche veröffentlichte der „Stern“ einen Brief des Henkel-Topmanagers Sielaff an den Minister Lambsdorff.

Daraus geht nicht nur eindeutig hervor, daß der FDP-Graf den Konzern stets über den „letzten Stand der Erörterung“ im Bundeskabinett über die erwähnten Richtlinien unterrichtet hat. Sielaff teilt dem Minister auch ohne alle Verzerrungen mit, wie die Sache jetzt weiter zu betreiben sei. Er halte es für „ausnahmsweise zweckmäßig, darüber im Parlament, im zuständigen Ausschuß, eine Lösung zu erarbeiten.“

tigte für ihre Wahlpropaganda die Werbeagentur Markt + Meinung GmbH eines Klaus Golombek. Und dessen Rechnungen wurden nicht aus der Parteikasse beglichen, sondern von befreundeten Unternehmern bezahlt. Im Fall des Textilfabrikanten Herbert Reichel läßt sich das inzwischen eindeutig beweisen.



FDP-Politiker Riemer

Es wurde jetzt ein Brief bekannt, den der FDP-Landesgeschäftsführer Alfred Rieger am 21. Juni 1974 an Reichel richtete. Darin heißt es: „Ich habe ferner Klaus Golombek davon in Kenntnis gesetzt, daß er mit den Daten 1. 10. 1974 und 1. 3. 1975 an das Textilwerk Reichel Rechnungen in Höhe von je 25000 DM erteilen kann, die uns für Leistungen seiner Werbeagentur gutzuschreiben sind.“ Also auch hier das gleiche Manöver wie oben für die Stuttgarter CDU beschrieben: Der Unternehmer zahlt für Leistungen, die er in Wahrheit nie erhalten hat. Er setzt die entsprechenden Kosten betrügerisch als Betriebsausgaben ab; die FDP hat einen satten Betrag am Finanzamt vorbeigeschleust.

Natürlich betrieben und betreiben die Kapitalisten solche Art der Steuerhinterziehung nicht aus purer Freundschaft für die Parteiführer. Gewiß, in Reichels Villa Haus Annaberg verbrachte Ex-Bundespräsident Scheel gerne seine Wochenenden. Auch andere FDP-Spitzen-



Hallervorden: Auftritte für die FDP — die Gage wurde aus der Staatskasse beglichen

Inzwischen jedoch ist Strauß in dieser Sache merklich ruhiger geworden. Ja, er überbietet gegenwärtig sogar Kanzler Schmidt mit Ehrenerklärungen für die beiden am meisten belasteten Minister Lambsdorff und Matthöfer. Die neueste Formel des F.J. Strauß: Nicht das Verhalten dieser „bedeutenden Politiker“ sei der eigentliche Skandal, sondern die fortgesetzte Enthüllung ihrer Praktiken (siehe auch RM 11/82).

Dieser Sinnungswandel des CSU-Chefs ist sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß mittlerweile immer mehr Tatsachen über betrügerische Aktivitäten auch seiner Parteifreunde an die Öffentlichkeit gekommen sind. Das jüngste Beispiel: Der Fall Hubert Kessler in Baden-Württemberg.

Kessler war jahrelang Geschäftsführer im CDU-Landesbezirk Württemberg-Hohenzollern gewesen. Im vergangenen Sommer dann sattelte er um und etablierte sich als Unternehmer. Er gründete eine Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb, deren wesentliche Tätigkeit in der Herausgabe eines monatlich erscheinenden Blättchens mit dem Titel „Landesreport Aktuell“ bestand. Dieser Report bot nun wahrlich nicht viel: Neben veralteten Agenturmeldungen, die auch in jeder normalen Zeitung zu lesen waren enthält er vor allem Lobhudeleien auf die CDU-Landesregierung. Dafür aber wurde ein Abo-Preis von stolzen 480 Mark pro Jahr verlangt.

Trotz der dürftigen Qualitäten des Blättchens abonnierten schwäbische Unternehmer jeweils gleich Dutzende Exemplare des „Landesreports“. Der Grund: Die Abo-Werber hatten ihnen ein Schreiben des CDU-Schatzmeisters Fahr vorgelegt, in dem sie „im Namen der CDU um einen Öffentlichkeitsbeitrag“ gebeten wurden. Das Abo war also in Wahrheit eine versteckte Spende an die Unions-Partei, die auf diese Art etwa eine halbe Million Mark im Jahr einsackte. Der Vorteil für die Unternehmer: Während normale Parteispenden nur bis zu



Von Mao zu Jesus

„Autoschlosser gesucht!“ So ist eine Anzeige in dem Mitteilungsblatt überschrieben, das vom Aktionskomitee für verfolgte Christen herausgegeben wird. Und dem Interessenten an diesem Job wird auch gleich klargemacht, daß es hier nicht darum geht, das Dienstfahrzeug irgendeines Pastors zu reparieren: „Wir brauchen dringend eine Fachkraft für unsere Kurierfahrzeuge“.

Wohin die Kurierfahrt auch immer gehen mag, mit einem Land hinter dem „Eisernen Vorhang“ haben die verfolgten Christen offenbar keine Probleme mehr — mit China. Hier müssen Heiligen- und Jesusbildchen nicht erst von todesmutigen Kurieren eingeschmuggelt werden, hier wird dergleichen selbst produziert.

In dem erwähnten Blättchen des Aktionskomitees findet sich der Bericht eines David Wang, aus dem wir die folgenden Zeilen zitieren: „In der schönen Stadt Hangzhou liegt die weltbekannte Hangzhou-Seidenstickerei-Fabrik. Viele Jahre haben die Stickereibilder der chinesischen Landschaft die Häuser der Bevölkerung geschmückt. Manche sind Lieblingsstücke von Sammlern geworden. Allerdings fertigte die Fabrik seit der Kulturrevolution ausschließlich Portraits von Persönlichkeiten der Weltrevolution. Marx, Engels, Lenin,

Stalin und Mao rasselten zu Millionen die Webstühle herunter. Als ich 1972 die Fabrik besuchte, produzierten sie gerade ein neues Portrait. Es war das Gesicht des Premiers Chou-En-Lai. Mir wurde von den Arbeitern gesagt, daß nun mehr Bilder von Chou-En-Lai produziert wurden als von Mao.“

Später bemerkte ich, daß nach dem Tod Maos ein neues Bild erschien, das von seinem Nachfolger Hua Guofeng. Ich zweifle allerdings an, daß irgend jemand sich die letzte Kunstarbeit von den Webstühlen Hangzhous vorstellen kann. Es ist eine Farbdarstellung der Himmelfahrt Christi, die in kurzer Zeit zum bestverkauften Motiv wurde.“



„Unqualifizierte Kritiksucht“

IBM ist ein Multi mit weltweiten Geschäftsinteressen — die Nummer 1 auf dem Computermarkt. Aber wer hätte gedacht, daß sich ein solch großer Konzern ganz liebevoll um die Fragen und Probleme seiner Mitarbeiter kümmert? Und doch ist es so: Die interne Hauszeitschrift „IBM-Nachrichten“ gibt ständig aktuelle Lebenshilfen. So auch der unten im Faksimile abgebildete Brief aus der Februar-Nummer, in dem die Ursachen für die steigende Selbstmordquote bei Jugendlichen aufgedeckt werden.

IBM-Philosophie

aus der internen Hauszeitschrift „IBM-Nachrichten“ Nr. 25/Feb. 82

Stuttgart, 10. Februar 1982

Liebe Leser!

Die Selbstmordrate von Jugendlichen steigt. Eine, die ihren Versuch überlebt, beichtet: sie empfinde den Menschen als Lebewesen der Natur. Wenn er etwas angestrebt, mache er nur etwas kaputt. Sie fühle sich deshalb als Müll und wolle das ein Ende setzen.

Der Mensch, der sich selbst als Müll empfindet! Das ist in seiner Verfassung nicht mehr zu überleben, er wird nicht, sie zu erschreckend konsequent sind, aber viele, die recht ähnlich denken. Statt von Selbstmord, reden sie von „Aussterben“, von „alternativen Lebensformen“, oder resignieren einfach.

Andere denken darüber nach, warum das so ist, und es gibt manche Spekulationen, wie auch verworrene Begründungen. Vielleicht aber ist die Antwort einfacher als viele glauben. Es beginnt damit, daß wir ein sogenanntes kritisches Bewußtsein entwickelt haben. Es beginnt damit, daß wir alles in Frage stellen, alles hinterfragen wollten. Auch hinter Götzen haben sich doch Schleier gelüftet. Man muß nur suchen!

Kritisch sein ist gewiß gut. Und aber entsetzt es zur Sache. In rund zwei Jahrzehnten haben wir es geschafft, daß wir so gut wie fast alles negativ finden. Konsequenterweise also gut wie fast alles ablehnen. Von der politischen geht ein gerader Hauch das Leben selbst. Von der politischen geht ein gerader Hauch das Leben selbst. Von der politischen geht ein gerader Hauch das Leben selbst.

So wird man selbst zum Müll und macht Schluss. Einzelne denken zur unsere unqualifizierte Kritiksucht mit dem Leben. Die Gesellschaft aber wird das langfristig mit Niedergang bezahlen. Was wir schon haben, machen wir müde, und wenn wir noch etwas wollen, wird es verhindert oder zurückgeworfen. Unsere Wirtschaft selbst jagt darüber. Schon heute wird vieles zerstört, nicht mehr. Es ist Zeit, daß diese Kritik kritisch wird. Sie hat es inzwischen von allein an meisten verdient.

Mit freundlichen Grüßen

H. Schneider

Tips

Samstag, 10. April
20.15 Uhr, WDR III
L' Orfeo. Der Regisseur Jean-Pierre Ponnelle hat diese von Claudio Monteverdi zu Beginn des 17. Jahrhunderts komponierte Oper für die Bühne wiederentdeckt. Das Werk beruht auf der griechischen Sage vom Sänger Orpheus, der seiner toten Geliebten in die Unterwelt folgt. Es spielt das Monteverdi-Ensemble Zürich unter Nikolaus Harnancourt.

Sonntag, 11. April
17.00 Uhr, ZDF
Goethe für alle. Lutz Görner ist durch seine hervorragenden Rezitationen von Gedichten Heines, Brechts und Nazim Hikmets bekanntgeworden. In diesem Jahr geht er — begleitet von einer Musikgruppe — mit einem Goethe-Programm auf Tournee, in dem er Goethe als einen Dichter vorstellt, der uns auch heute noch etwas zu sagen hat.

Montag, 12. April
11.00 Uhr, ZDF
Die Schöpfung. Das Oratorium von Joseph Haydn wird aus Anlaß des 250. Geburtstages des Komponisten gesendet. Ausführende: Chor und Orchester der Academy of St. Martin-in-the Fields.

Dienstag, 13. April
19.00 Uhr, WDR III
Vor Ort. Das politische Engagement der Kirchen wird am Fall der Dortmunder Shalom-Gemeinde dargestellt, die letztes Jahr einem mit Haftbefehl gesuchten Kriegsdienstverweigerer für sieben Wochen „Asyl“ gewährte.

Mittwoch, 14. April
19.50 Uhr, Südwest III
Unter glatter Haut. Pietro Germi, der diesen Film 1959 drehte, war einer der ersten italienischen Regisseure, der das gängige Muster des Kriminalfilms mit sozialkritischen Inhalten verband. Mit Pietro Germi und Claudia Cardinale.

Mittwoch, 14. April
22.15 Uhr, WDR III
Johnny Guitar. Western von Nicholas Ray. Mit Joan Crawford und Sterling Hayden.

Donnerstag, 15. April
19.15 Uhr, NDR III
Was tun?! Vier Filmemacherinnen haben eine Dokumentation über eine türkische Frauengruppe in Hamburg gedreht.

Freitag, 16. April
21.30 Uhr, ARD
Zwischen Inbrunst und Angst? Vor den Demonstrationen zum SPD-Parteitag und gegen den Reagan-Besuch versucht dieser Bericht, ein Bild der westdeutschen Friedensbewegung zu zeichnen.

„Briefe aus Albanien“ heißt eine neue Rubrik, die zukünftig in unregelmäßigen Abständen im „Roten Morgen“ erscheinen wird. Absender der Briefe ist unser Korrespondent in Tirana, Johannes Vetter. Er wird über aktuelle Geschehnisse in der SVR Albanien berichten oder

einzelne Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in diesem sozialistischen Land beleuchten. Wir beginnen die Folge der „Briefe aus Albanien“ mit Anmerkungen aus Anlaß des Internationalen Frauentags.

Briefe aus Albanien Frauentag in Albanien

Tirana, im März
Lieber „Roter-Morgen“-Leser! Wie Du sicherlich weißt, war am 8. März, also vorgestern, der Internationale Frauentag, der auch im albanischen Kalender rot angestrichen ist. Doch nicht nur die Acht im Kalender ist rot, rot ist am 8. März selber und an den Tagen vorher auch die vorherrschende Farbe auf den Straßen und Plätzen Albanien. In der Hauptstadt ist der Skanderbegplatz wie an jedem Festtag von roten Fahnen umsäumt, zahlreiche Transparente überspannen die Hauptverkehrsstraßen, in allen Betrieben und Institutionen in Stadt und Land tauchen farbenfrohe Plakate auf, die das bevorstehende Ereignis ankündigen, und manch ein Geschäft hat mit hurtigen Schriftzügen „Gezuar festen“ (frohes Fest) in den Schaufenstern untergebracht.

Am 8. März hatte sich auch das Wetter auf den Tag der Frau eingestellt. Die Sonne strahlte am Himmel, und ein laues Frühlingslüftchen wehte durch die Stadt. Wie in den meisten anderen Betrieben auch ließen die Frauen im Verlag „8. Nentori“ die Arbeit sein und spazierten gruppenweise durch die Parks.

Im ganzen Land finden am 8. März vom Frauenverband Albanien organisierte Festveranstaltungen statt, so auch in Tirana. Hier hatte der Generalrat des Frauenverbandes und der Bezirksvorstand Tirana in die Ausstellungshalle des Kulturpalastes eingeladen.

Frauen aus dem ganzen Bezirk waren erschienen, aus Industriebetrieben, Staatsfarmen, landwirtschaftlichen Genossenschaften. Auch die Rentnerinnen, größtenteils Verbandsveteraninnen, fehlten nicht.

So manche der älteren Frauen ist vielleicht noch in der Wiege zwangsverheiratet worden, hat noch am eigenen Leib die Zeit miterlebt, in der es der Frau verboten war, außer beim Essen den Mund aufzumachen, aber auch die Zeit, da sich die Frauen aufgelehnt haben gegen ihre Entrechtung und doppelte Unterdrückung, da sie vor allem im Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampf mit der Waffe in der Hand unter Beweis gestellt hat, daß auch sie „ihren Mann“ stehen kann, daß Mut und Tapferkeit keinesfalls Eigenschaften sind, die dem „starken“ Geschlecht vorbehalten sind.

Was sich seit der Befreiung im November 1944 allein hinsichtlich der Emanzipation der Frau bis heute in den Köpfen der Menschen an Umwälzungen vollzogen hat, ist eigentlich unvorstellbar. (...)

Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, ausführlich auf die Emanzipation der Frau in Albanien einzugehen, schließlich schreibe ich einen Brief und kein Buch. Doch einige Anmerkungen möchte ich schon machen.

Zunächst der Information halber ein paar nackte Zahlen. Gegenwärtig gibt es in Albanien etwas mehr als 122 600 Kommunisten, das sind 4,5 Prozent der Bevölkerung. 30 Prozent davon sind Frauen. Zwischen dem 7. und 8. Parteitag hat es 24 363 Neuaufnahmen in die Partei gegeben, 40,7 Prozent davon waren Frauen. Der 8. Parteitag gab die Direktive: „Die Sorgfalt und Arbeit für die Erweiterung der Reihen der Partei mit Frauen weiter erhöhen.“ Unter den Kadern mit Hochschulbildung (Parteimitglieder und Parteiloze) sind 44 Prozent Frauen. In der Produktion ist schon seit längerem die volle Parität erreicht. Und dabei darf man nie vergessen, daß vor der Befreiung mehr als 90 Prozent der Frauen Analphabeten waren und wie Sklaven gehalten wurden, von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Eine außergewöhnlich große Rolle spielte in diesem Zusammenhang der Kampf gegen die Religion, der, wenn man Heiko

Kirche doch stets mit der Verfechter der Reaktion gewesen, zu Kriegszeiten stand sie mehrheitlich auf der Seite des Faschismus, später verband sie sich mit der einheimischen Reaktion und tat alles mögliche, die Emanzipation des Menschen und vor allem der Frau zu hintertreiben. Organisatorisch sah dieser Kampf so aus, daß die Popen den Kirchenschlüssel abzuliefern hatten und sie verpflichtet wurden, sich wie jeder anständige Mensch auch durch ehrliche Arbeit zu ernähren. Mag sein, daß das der eine oder andere Pope als Terror empfunden hat, das Volk jedenfalls nicht, im Gegenteil, es hat schließlich diesen „Terror“ ausgeübt.



Albanische Frauen bei einer Maidemonstration

Flottau von der „Süddeutschen Zeitung“ Glauben schenkt, vorwiegend mit der Spitzhacke geführt wurde.

Jedenfalls gehört dieser Kampf, bei dem Heiko Flottau sich offensichtlich nichts anderes als mit Spitzhacken bewaffnete wüste Haufen von Bilderstürmern, Kirchen- und Moscheeschändern vorzustellen vermag, zu den heftigsten, die seit dem Nationalen Befreiungskampf geführt worden sind. Im Unterschied zum Befreiungskampf aber wurde dieser Kampf nicht mit der Waffe in der Hand geführt, und auch die Spitzhacke spielte eine nur untergeordnete Rolle.

Viel wichtiger war, zumindest vom Standpunkt der albanischen Frauen her, die unerhörte Tatsache, daß vor allem die Mädchen aus den Bergen, wo sich die rückständigen Gebräuche und religiösen Vorurteile bis tief in die 60er Jahre hinein gehalten haben und bis heute noch nicht ganz verschwunden sind, hingingen und symbolisch ihre Eheverträge verbrannten, die bereits geschlossen worden waren, als die „Opfer“ noch in der Wiege lagen. Das hat dem starren Gefüge der alten rückschrittlichen Gebräuche einen fürchterlichen Schlag versetzt, keine Spitzhacke der Welt hätte so etwas zustandegekriegt, denn mit einem Mal Zuschlagen ist da ohnehin nichts zu machen.

Daß in dieser Situation auch die Zeit reif war, den Kampf gegen Kirche, Moschee und Religion zu intensivieren, versteht sich dabei von selbst, war die

Und was die Spitzhacken betrifft, lieber Herr Flottau, so will ich sie nicht im Ärmel verschwinden lassen, denn sie sind wirklich geschwungen worden. Brauchbare kirchliche Einrichtungen wurden umfunktioniert in gesellschaftliche nützliche Einrichtungen, unbrauchbare und kulturell wertlose fielen der berühmten Spitzhacke zum Opfer, wobei ich nicht ausschließen kann, daß dabei auch noch andere Gerätschaften zum Einsatz gekommen sind.

Anstatt sich darüber aufzuregen, sollte man sich lieber fragen, warum man nicht hingeht, um zahlreiche gut erhaltene Altbauten und leerstehende Fabrikgebäude in der BRD einem gesellschaftlich nützlichen Zweck zuzuführen, anstatt dort die Spitzhacke, den Gummiknüppel und ähnliche Dinge sprechen zu lassen? Die Frage ist doch, wo findet der Terror eigentlich statt, bei den heidnischen Stalinisten in Albanien oder bei den gottesfürchtigen Demokraten in Westdeutschland?

Auch an einem anderen Aspekt der Emanzipation der Frau läßt sich der „Despotismus“ der albanischen Führung gut nachweisen. Das Beste ist, lieber Leser, Du versetzt Dich einmal in die Rolle eines grausamen, blutrünstigen und machthungrigen Diktators. Wie, das kannst Du nicht? Versuch es ruhig einmal!

Also, daß sämtliche Frauen einer regelmäßigen Arbeit nachgehen, wie es in Albanien der Fall ist, würdest auch Du durchsetzen, denn das vermehrt

schließlich Deinen Reichtum.

Aber, würdest Du gleichen Lohn für gleiche Arbeit bezahlen? Du würdest nicht einmal träumen davon und jeden ins Gefängnis werfen, der sich mit solch gottlosen Gedanken trüge, schließlich geht es um Dein Geld!

Würdest Du Frauen in leitende Positionen holen, vielleicht sogar in Dein Kabinett? — Gott bewahre, arbeiten sollen die Weiber, zum Kommandieren sind schließlich, außer mir, noch andere Männer da.

Würdest Du einen sechsmonatigen Urlaub für Schwangere bzw. Niedergekommene gewähren? — Wo kämen wir denn dahin, ich kann mein Geld doch nicht zum Fenster rauswerfen.

Würdest Du die Frauen bevorzugt auf Berufsfachschulen aufnehmen? — Bin ich denn verrückt, die Drecksarbeit sollen sie machen, mir aber nicht auf der Tasche liegen und unnützes Zeug lernen!

Das aber, was Du, lieber Leser, als Diktator notwendigerweise ablehnen müßtest, existiert in Albanien; eine wirklich merkwürdige Diktatur; aber nichtsdestoweniger, es ist eine Diktatur, eine Diktatur über das Alte und Reaktionäre, eine Diktatur über die Ausbeutung und Unterdrückung. Und der Kampf, gerade für die Emanzipation der Frau, war und ist heftig: „Die ganze Partei und das ganze Land müssen sich erheben, um jedem den Kopf abzuschlagen, der das heilige Gesetz der Partei über den Schutz der Rechte der Frauen und Mädchen mit Füßen tritt“, sagte Genosse Enver Hoxha am 6. Februar 1967. (Hoffentlich geht jetzt keiner her und behauptet, in Albanien werden auf Befehl von Enver Hoxha Leute geköpft). Dieser Kampf geht heute weiter, und er wird noch lange dauern, nicht nur in Albanien. Das kleine Land an der Adria aber ist ein Beispiel, daß Marxismus-Leninismus und Sozialismus, wenn sie die Menschen ergreifen, erstaunliches bewirken können; wer es kann, soll es anders und besser machen, bis jetzt hat es noch niemand geschafft.

Doch für heute muß ich schließen, lieber Leser, sonst wird es doch noch ein Buch.

Herzliche Grüße aus Tirana
Johannes Vetter



Partisaninnen im Befreiungskrieg

Mit den Kosova-Albanern im Kampf gegen die Nazi-Besatzer

Der folgende Artikel von Lefter Nasi, in dem einige Aspekte des gemeinsamen Kampfes der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee mit den Albanern des Kosova-Gebiets gegen den Hitler-Faschismus beschrieben werden, ist — leicht gekürzt — aus „Bashkimi“, dem Zentralorgan der Demokratischen Front Albanien, entnommen worden.

Um den Kampf der kosovarischen Brüder gegen den faschistischen Besatzer und seine Handlanger zu unterstützen, befahl der Generalstab der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee auf der Grundlage des Ersuchens des Oberkommandos der Jugoslawischen Befreiungsarmee den Kräften des 1. Armeekorps und entsprechend der 3. und 5. Sturmbrigade, sich vorzubereiten und sofort nach Kosova überzuwechseln. Ihr Auftrag war die Vernichtung der deutschen Heeresgruppe „E“, wobei sie eng mit den bereits formierten bzw. noch zu formierenden kosovarischen Verbänden zusammenwirken sollten. Die Brigaden der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee sollten zur Befreiung der Stadt Gjakova und ihrer Bezirke sowie zur Befreiung von Prizren und Peja beitragen, wobei sie dem Besatzer dicht auf den Fersen waren.

Der Internationalismus im Kampf für nationale und soziale Befreiung, den die KPA seit der Gründung ihrer Haltung zugrundegelegt hatte, stach in diesen Momenten, als der Kampf für die Befreiung vom Faschismus in seine entscheidende Phase getreten war, nachdrücklich ins Auge.

Neben dem scharfen Kampf gegen die Besatzer und der intensiven Aktivität zur Erläuterung der politischen Lage und der Bedeutung des Kampfes trugen unsere Brigaden auch zur Errichtung der neuen Macht bei sowie zur Mobilisierung der Bevölkerung zum Kampf. Nach Tausenden zählten die Kosovaren, die in die Brigaden der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee und in die sieben nacheinander formierten kosovarischen Brigaden eintraten, die Schulter an Schulter mit ihren Brüdern gegen einen an technischen Mitteln überlegenen grimmigen Feind kämpften, wobei sie im Kampf für die Befreiung der Gebiete Gjakova, Junik, Deçan, Peja, Prizren, Istog usw. unsterbliche Beispiele an Heroismus schrieben.

Den Kräften der 5. Brigade der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee und den Kräften der kosovarischen 4. Brigade wurde nach den blutigen Gefechten um die Befreiung Gjakovas der Auftrag erteilt, Prizren zu befreien. In Prizren waren große feindliche Kräfte konzentriert, die nach den schweren Schlägen, die sie in verschiedenen Kampfsektoren hinnehmen mußten, versuchten, dieses Zentrum mit allen Mitteln zu halten. Die Anstrengungen, Prizren zu halten, hingen auch mit der Absicht zusammen, die

Straße Shkodra-Prizren für den Rückzug der Nazikräfte von Albanien durch Kosova freizuhalten. Gegenüber der Bevölkerung übte der Nazibesatzer brutalen Terror aus, es war verboten, sich in der Stadt zu bewegen oder sie gar zu verlassen.

Doch trotz aller Anstrengungen sah sich der Besatzer außerstande, die Wucht der Partisanenangriffe aufzuhalten. Nach in der Stadt geführten und von der Bevölkerung unterstützten harten und blutigen Kämpfen zogen die Partisanen am Vormittag des 17. November unter dem Jubel der Bevölkerung in die Stadt ein.

Zur gleichen Zeit, als um die Befreiung Prizrens gekämpft wurde, zogen die Kräfte der 3. Brigade der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee und die Kräfte der kosovarischen 1. Brigade nach heftigen Gefechten in Peja ein; so hatten sie am selben Tag auch die Befreiung dieses bedeutenden Zentrums zu verzeichnen. Der Empfang der Einwohner der Stadt, Kinder und Erwachsene, Männer und Frauen, die zur Begrüßung herausgeeilten waren, ist den Partisanen der 3. Brigade der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee in unauslöschlicher Erinnerung geblieben. (...)

Mit der Zerschlagung der Kräfte des Besatzers und seiner Kollaborateure und mit der Befreiung Pejas und Prizrens am 17. November wurde Dukagjini befreit und der Befreiung Kosovas der Weg geebnet. Auf diese Weise beabsichtigte die Bevölkerung Kosovas mit dem Kampf und dem Blut ihrer besten Söhne und Töchter das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Losrennung zu realisieren, ein Recht, das auf der konstituierenden Nationalen Befreiungskonferenz für Kosova und Dukagjini, abgehalten in Bujan vom 31. Dezember 1943 bis zum 2. Januar 1944, sanktioniert worden war.

Nach zwei Monaten Kämpfen und intensiver politischer Arbeit in Kosova setzten die Kräfte der 5. Division der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee, die am 18. November aus der 3., 5. und 25. Sturmbrigade gebildet worden war, auf den Befehl des Oberkommandierenden Genossen Enver Hoxha vom 22. November die Kämpfe gegen den Nazibesatzer in der Tiefe des jugoslawischen Territoriums fort. Durch ihren Kampf, ihren Heroismus und ihre Haltung gewannen die albanischen Partisanen die Sympathie, den Respekt und die Achtung der Bevölkerung der Gebiete, durch die sie zogen und in denen sie kämpften.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 14, 9 Nisan 1982

Yıl: 16

1 DM

Batı Almanya'nın bir çok şehrinde

Kitlesel barış yürüyüşleri yapılacak!

Nisan ayı içerisinde çeşitli şehirlerde barış yürüyüşleri hazırlığı yapılırken, bazılarında ise yürüyüşler düzenlenmektedir. Örneğin, 17 Nisan'da SPD Münih'te Parti Kongresini yapacak. Bundan ötürü çeşitli örgütler bir yürüyüş düzenleyecekler. Ayrıca ABD emperyalist çetesi Ronald Reagan'ın Bonn gezisi dolayısıyla 10 Haziran'da yapılması planlanan kitlesel yürüyüş için yoğun seferberliğe hazırlanılmaktadır. Partimiz, KPD barış için düzenlenen bu yürüyüşlerin hepsine gücü oranında katılarak barış görüşlerini yayacaktır. Ayrıca bu yürüyüşlerde barış hareketini emperyalistler arası görüşmelerin bir uydusu yapmayı amaçlayan görüşleri de mahkum edecek ve Batı Almanya'nın NATO'dan çıkması için propaganda sürdürecektir.

Barış yürüyüşlerinin (Ostermarsch) hazırlıklarının sonucu, bu yürüyüşlere Almanya çapında büyük bir kitle katılımının olacağını göstermektedir. Bu izlenim, geniş yığınların barış için aktifleşmek istediğinin bir göstergesidir. Ne varki önümüzdeki günlerde düzenlenecek olan yürüyüşlerin resmi çağrısını yapan örgütler, akımlar, barışın korunması için mücadeleyi sadece ABD Orta-Menzilli füzelerinin yerleştirilmesine karşı sınırlamakta ve insanların barış umutlarını Cenevre'de sürdürülen iki süper devlet arasındaki görüşmelere bağlamakla yetinmek istemektedir. Böylesi bir çizgi özellikle de KPD ve onun siyasi etkisi altında olan çevreler tarafından izlenmektedir.

Biz bir taraftan en kararlı bir şekilde ABD Orta-Menzilli füzelerinin yerleştirilmesine karşı çıkarken, öbür taraftan ise insanların barış umut ve eğilimlerini dar sınırlar içerisinde al-

mak, barışın korunması için mücadelenin gerçek düşmanlara yönelmesini önlemek isteyen akımların görüşlerini en sert bir şekilde mahkum etmeliyiz.

DKP ve onun etkisi altında olan çevreler emperyalist bir süper devlet olan ve savaş kışkırtıcılığı yapan Sovyetler Birliği'ni barış gücü olarak göstermekte ve barış hareketinin buna dayanması gerektiğini vaaz etmektedir.

İşte bu tür akımlar barışın korunması için mücadeleyi çıkmaz sokağa kanallı etmekte ve bu tutumlarından ötürü barış hareketine zarar vermektedir. Bunun için partimiz KPD yukarıdaki görüşleri içeren ve barış yürüyüşlerine (Ostermarsch) çağrı yapan bildiriyi imzalamadı. Ayrıca Reagan'a karşı ve SPD'nin parti kongresi dolayısıyla düzenlenen eylemlerin hazırlık görüşmelerinde de çeşitli anlaşmazlıklar ortaya çıktı. KPD, 10 Haziran'ın ABD ve NATO'nun savaş kışkırtıcı si-

yasetine ve onu izleyen Bonn Hükümeti'ne karşı görkemli bir yürüyüşe dönüştürülmesi için büyük bir çaba harcayacaktır.

"Biz Federal Hükümet'in silahlanma politikasına karşı direneceğiz!" şiarı altında çeşitli örgütler SPD'nin Münih'te Merkezi Parti Kongresinin yapılması vesilesiyle, Federal Almanya çapında 17 Nisan'da Münih'te yapılacak bir yürüyüş çağrı yapmaktalar. Bu yürüyüş çağrı yapanlar arasında partimiz KPD de yer almaktadır.

Batı Alman hakim sınıfları yükseltilecek mücadelenin sonucu barış hareketine karşı yoğun bir kışkırtmaya girişmiş durumdadır. Çünkü onlar barış hareketinin kendilerinin savaş planlarını boşa çıkarabileceğinin bilincindedir. Öyleyse bunun gerçek bir adım olması için mücadeleyi yükseltelim!

Ücret zamlarının düşürülmesi isteniyor

Kamu emekçilerine karşı bir kışkırtma kampanyası

STUTTGART. — Federal Hükümet de dahil, tüm işverenler kampı toplu sözleşme görüşmelerinin sürdüğü alanlarda ücret zamlarının yüzde 4,2'nin altında yapılması için her türlü metoda başvurmakta. Buna sendika yönetimi karşı çıkmaktadır. Şu an tüm saldırıların ana noktasında kamu emekçileri yer almaktadır.

Hükümet daha önce olduğu gibi şimdi de kamu sektöründe düşük ücret artış anlaşması yaparak, ücret artışlarından tamamen vazgeçilmesi için özel sektöre yeşil ışık yakmak istemektedir. Bunu başarabilmek içinde kamu işletmelerinde çalışan işçi ve emekçi arkadaşlara karşı sınırsız bir kışkırtma kampanyası başlatıldı.

Bu kışkırtma kampanyasında DGB'ye bağlı Tekstil Sendikası'nın Başkanı Berthold Keller'de yer almaktadır. Keller, kamu emekçilerinin sendikalarını "özel bir kurban" olmayı kabul etmediklerinden ötürü eleştirmektedir.

Keller, ayrıca tekstil işverenlerine henüz karar altına alınmamış ücret zamlarının bir kısmını doğrudan tekstil emekçilerine ödemek yerine, bunun tek tek firmalara "ödünc para verebilmek" için hazır bulundurulmasını teklif etti.

Öte yandan ise matbaa işçileri geçen hafta cuma ve pazar günü uyarı grevlerine gittiler. Bu sektörde basım işverenleri IG Druck sendikası tarafından ileri sürülen yeni ücret gruplaşmaları üzerine görüşmeyi reddetmektedirler.

(„Hetze gegen Kollegen im öffentlichen Dienst“)

İngiliz savaş gemileri harekete geçti

Falkland adaları üzerine emperyalist çekişme

İngiliz yönetimi altında bulunan Arjantin yakınındaki Falkland adaları Arjantin askeri birlikleri tarafından işgal edildi. İşgalin ardından birbirlerinin samimi dostları gerici hükümetler hemen arayış açtılar. İngiliz silah tüccarları daha dün Arjantin'e malvarlarını gönderirken, bugün ise kralice donanması harekete geçirildi.

Falkland adaları hem stratejik hem de ekonomik açıdan önemli bir rol oynamaktadır. Adalarda zengin petrol yatakları var ve ayrıca denizin altında çeşitli kıymetli madenler bulunmaktadır. Bunun yanı sıra Falkland adalarına sahip olmak, aynı zamanda Latin Amerika'nın güney kıyısını denetlemek demektir. Bu nokta bugün İngiliz donanmasının harekete geçmesinin bir yanını oluşturmaktadır.

Sorunun diğer yanını ise, her iki rejiminde milliyetçi kışkırtmalara giderek sallantıda olan mevkilerini sağlamayı amaçladıkları oluşturmaktadır. İşte bu anlamda her iki gerici rejimde bir taşla iki kuşu vurmayı amaçlamaktadır.

Arjantin birliklerinin adayı işgal etmesi üzerine İngiliz gericiliği tepkisini dile getirir ve



"Wyhl yapılamaz!" Bu şiar altında pazar günü yaklaşık olarak 50 000 atom santrali (AKW) karşıtı Wyhl ortamında, yukarı Ren nehri ovasında atom santralının yapımına karşı poreteto etti. Yürüyüşün yapılmasından bir hafta önce Mannheim İdari Mahkemesi 1975'ten beri üzerine görüşmeler sürdürülen atom santralının yapımı için yeşil ışık yaktı. Pazar günü yapılan yürüyüş şimdiye kadar Wyhl'de düzenlenen en güçlü bir yürüyüşü. Bu, aynı zamanda mahkeme kararına rağmen, atom santralının yapımına karşı mücadelenin sürdürüleceğinin bir göstergesidir. Bu eyleme ayrıca İsviçre ve Elzas'tan delegeler de katıldı.

KPD Merkez Komitesi'nin çağrısı:

Haydi 1 Mayıs'a

Sevgili işçi arkadaşlar!

1 Mayıs'ta işçiler bütün ülkelerde sınıfının talepleri, çıkarlarının gerçekleştirilmesi uğruna yürümektedir.

Aynı zamanda burada da 1 Mayıs işçi sınıfının talepleri uğruna bir mücadele günü olmalıdır. Çünkü işverenler hayat şartlarımıza yönelik geniş saldırılarını sürdürmektedirler.

İşverenler bu yılki toplu sözleşme turlarında hiç bir yanlış anlaşılmaya yer vermeksizin işçi ve emekçilerin ard arda ikinci kez gerçek ücretlerin düşürülmesi ile kapitalist krizin faturasını ödemeleri gerektiğini açık seçik bir şekilde ortaya koydular. Ve onlar bu hedeflerini geniş cephede bile gerçekleştirebildiler. Tamda buhranın olduğu bir dönemde gerçek ücretlerimizi ancak ve ancak kararlı mücadele ile garanti altına alabiliriz. Her kimki, sendika yöneticileri gibi başından işverenlerin baskısı karşısında teslimetey bayrağını çeker, tesirli mücadele önlemlerine başvurmadan vaz geçer ve işverenlerle sosyal ortaklık temelinde birlikte çalışırsa, o işverenlerin, ücretleri düşürmesine hizmet eder.

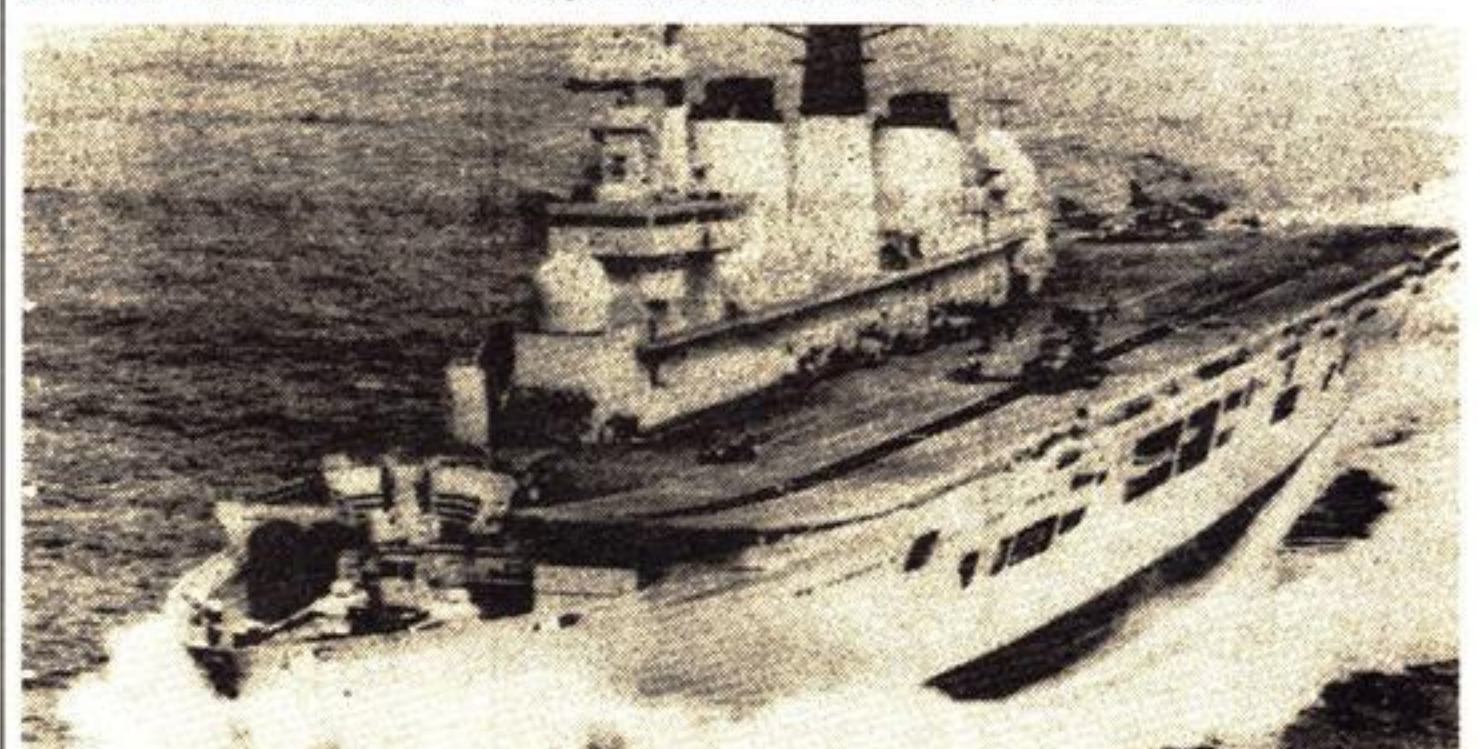
Ne varki sorun sadece ücretlerimiz sorunu değil. Patronlar buhranın derinleşmesine paralel olarak geçmişte kazanılmış sosyal haklarımızın adım adım kısıtlanmasını ve tamamen yok edil-

mesini talep etmektedirler.

Bonn'daki SPD/FDP Hükümeti — daha da katı önlemlerin alınmasını talep eden CDU/CSU Muhalefeti ise onu zorlamakta — ikinci ve üçüncü çocuk için çocuk parasını kısıtlamakla, sağlık alanında hakları sınırlamakla ve reçete ücretlerini yükseltmekle, dolaylı vergilerin yükseltilmesi için adım atmakla, işletme vergisini yükseltme planı ile, emeklilik maaşına saldırılar düzenlemekle ve özellikle de Federal Çalışma Dairesi'nde milyarlarca kısıtlama yapmakla ve işsizleri her işi kabul etmeye zorlayan eşi görülmemiş yeni hükümler getirmekle, işverenlerin rotasını izlemekte. Bu yazın 1983 bütçesi görüşmeleri gündemde. Patronlar hastalık durumunda ücret ödentilerinin sürmesine ve işsizlik parasına karşı yeni saldırılara hazırlanıyorlar. Bu tedbirlerin hepsi işçi sınıfının tümünü hedeflemektedir. Bunlar özellikle de işsizleri hedeflemektedir. İşçi ve emekçilerden buhranın faturasını ve ona paralel olarak dört nala giden devlet borçlarını ödemeleri istenmektedir. Bu konuda işverenler ve Bonn'daki partilerin hepsi hem fikirler. Onlar "herkesin fedakarlık göstermesi gerektiğini!" ileri sürmektedirler.

(Devamı sayfa 2'de)

İngiltere'deki tüm sağcılar anayurda ve kraliyete bağlılık-



İngiliz "Güney Atlas Okyanusu" donanmasına bağlı gemiler harekete geçirildi.



Yabancı çocuklar ulusal sınıflara bölünerek geleceğin iş köleleri olarak yetiştirilmek isteniyor.

HAYDİ 1 MAYIS'A

(Başarılı 1. sayfada)

Neden herkes? Buhran ve devlet borçları gökten zembille inmiş değildir. Hiç kuşkusuz bunun sorumlusu biz işçi ve emekçiler de değiliz. Krizin ve devlet borçlarının sorumluları, kâr çıkarları kapitalist toplumumuza damgasını vuran banka ve tekelin beyleridir. Onlar buhranın faturasını ödesinler, üstelikte tek yanlı. Bunun için; Flick ve şürekasına vergiden hediye yapılmaması yerine tekel ve bankaların kârlarının vergisi en tesirli bir şekilde yükseltilmelidir! Yeni iş alanlarının yaratılmasına ya da mevcut işyerlerinin korunmasına yasal olarak tabii kılınmayan devlet yardımlarına son! Zenginlerden kesilen vergiler yükseltilmelidir!

Devlet bütçesi patronlar için kendilerinin istedikleri gibi çarçur edebilecekleri bir yerdir. Bu duruma bir son verilmelidir. Her şeyden evvel silahlanmaya bir son verilmelidir. Silahlanma, silah sanayisi için aşırı kâr getiren bir ticarettir. Ne var ki bunun bütün masrafları bizim vergi paralarımızdan, sosyal hakların kısıtlanmasından karşılanmaktadır. Sadece 32 milyarın üzerinde bize Tornado-programı, 100 milyarın üzerinde 80'li yıllarda Federal Ordunun yeniden teçhizatlandırılması mal olacaktır. Silah üretimi hiçbir işyerini garanti altına almamaktadır. Aksine silah üretiminin yeni işyeri yaratmak yerine daha fazlasını yok ettiği çoktan ispatlanmıştır.

Silah üretiminin genişletilmesi, toplumsal değerlerin saçıp savrulması demektir. Bu son tahlilde zorunlu olarak "yağ yerine tıp" politikasının izlenmesine yol açar. Her şeyden evvel silahlanmaya yatırılan her Mark savaş için bir yatırımdır ve Almanya için savaş tehlikesini artırmaktadır. İşçi ve sendikaların hareketi silahlanmaya karşı mücadeleyi başlatmak için artık kaybedecek zamanı yoktur. Bunun için silahlanma giderleri en az yüzde 20 kısıtlanmalıdır!

Sadece bir yıl içerisinde Federal Almanya'da işsizlerin sayısı iki katına çıktı ve şu an 2 milyona yaklaştı. Ve tüm tahminlere göre henüz en yüksek oranına ulaşmış değildir. İşyerlerini kapatarak ve toptan çıkışlara giderek, personel sayısını azaltarak, geniş ölçüde işyerlerini rasyonalleştirerek, üretim masraflarını düşürerek ve sömürüyü artırarak patronlar krizi atlatmak istiyorlar. Bunların tümü kaçınılmaz olarak kitlesel işsizliğin daha da artmasına yol açacaktır.

İşsiz kadın ve erkek arkadaşların durumu giderek çok tesirli bir şekilde kötüleşmektedir. Sadece işsizlik yardımı ile geçimlerini sürdürmek zorunda

kalanların sayısı giderek kabarmaktadır. Okullarını bitiren on binlerce gencin bir çıraklık ya da bir işyeri bulması için hiç bir ümit yok. Bu durumdan özellikle ağır bir şekilde kadınlar ve yabancı işçi arkadaşlar etkilenmektedir. Tüm bunlara şimdi bir de sertleştirilmesi planlanmış işsizlere yönelik hükümleri de eklemeliyiz. Bu durumdan ötürü işyerlerinin uzlaşmaz bir şekilde korunması ve işsizlerin hakları için mücadele her zamandan daha büyük bir önem kazanmıştır. Bu mücadele tüm işçi ve emekçilerin, hem işi olanların hem de işsizlerin bir davası olmalıdır. Bu nedenle; tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası için! İşsizlik süresi boyunca işsizlik parası için! İşsizlere yönelik tüm kararların geri alınması için! Mücadeleyi yükseltelim.

Ücretlerin düşürülmesi ve sosyal hakların kısıtlanması, kitlesel işsizlik ve silahlanma; işte bunlar patronların 80'li yıllarda kriz programını oluşturmakta. Bu programa karşı biz ve sendikalarımız mücadeleyi başlatmalıyız. Ne var ki bu patronlarla sosyal ortaklık temelinde birlikte çalışmakla hiç bir şekilde gerçekleşemez. Sosyal ortaklığa karşı—sınıf mücadelecisi sendika politikası için, işte şimdi bu doğrultuda sendikalar içerisinde çalışmak gereklidir.

Şimdi barışın savunulması için mücadele her dönemden daha da önemlidir. İki süper devlet, ABD ve Sovyetler Birliği hummalı bir şekilde bir savaşa hazırlanmaktadır. Savaş çıkması durumunda Almanya bir atom savaş alanı olabilir. Federal Hükümet Washington'daki savaş kısırtıcılarına karşı çıkma yerine askerileştirmeyle ilerletmekte ve halkın geniş direnişine karşılık yeni ABD-orta menzilli füzelerini yerleştirmeyi gerçekleştirmek istemektedir.

Barış, devlet elebaşları arasında yapılan görüşmelerle değil, sadece ve sadece geniş kitle hareketi ile korunabilir. Bu kitle hareketi, işçi ve emekçilerin, sendikaların en ön cepheinde yer alması gereken bir hareket olmalıdır. Ek silahlanma kararı geçersiz kılınmalıdır! NATO'dan çıkılmalıdır! Federal Almanya tarafı olmalıdır!

İşçi arkadaşlar, Emekçi Kardeşler! DGB'nin yürüyüş ve mitinglerine yığınlar halinde katılın! 1 Mayıs sendika ağalarının ve bakanların Hükümet 1 Mayıs'ı olmamalıdır! 1 Mayıs taleplerimiz, temel çıkarlarımız uğruna bir mücadele gününe dönüştürülmelidir! Sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı! Herkese iş! Barış ve Sosyalizm için ileri! („Heraus zum 1. Mai“)

Kuzey Ren Vestfalye'de

Ulusal sınıfların açılmasına izin verilecek mi?

DÜSSELDORF. — NPD'li faşistlerin güdümünde olan ırkçı insiyatifin milliyetlere göre sınıfların oluşturulması için referandum talebi reddedilmesine rağmen, Kuzey Ren Vestfalye Hükümeti bu konuda açık bir kapı bıraktı.

“Kızıl Şafak”ın geçen sayısında Kuzey Ren Vestfalye (KRV) Hükümeti'nin Nazilerin referandum talebini, yükseltilen protestoların sonucu reddettiğini yazmış; ama bunu gerçek bir yasal temele dayandırmadığını belirtmiştik. Şimdi bunun arkasında yatan gerçekler daha da açık bir şekilde gün ışığına çıkmaktadır.

26 Mart'ta basına bir açıklama yapan Kuzey Ren Vestfalye Milli Eğitim Bakanı Girgensohn şöyle demektedir: “Sadece yabancılar tarafından oluşturulan sınıflar istisna olarak kalmalıdır!”, “Sadece istisnai durumlarda yabancı çocuklardan oluşan sınıflar açılacak”. Kuzey Ren Vestfalye Hükümeti'nin bu ikilemli tutumu, bir taraftan onun Nazilerin taleplerine açık kapı bırakmak istediğini gösterirken, öte yandan ise KRV'de henüz geçerli olan bir kanunun ortadan kaldırılmak istendiğine işaret etmektedir. Bu kanun KRV Eyaleti'nde yaşayan yabancı çocukların entegre edilmesini öngörmekte ve ulusal sınıflara karşı çıkmaktadır. SPD'li Kuzey Ren Vestfalye Eyalet Hükümeti entegrasyondan yana olduğunu açıklamış ve şimdiye kadar ulusal sınıfların oluşturulmasına karşı çıkmıştır.

Ne var ki şimdiye kadar sözde kalan bu karara karşı adım atılmak isteniyor. KRV Milli Eğitim Bakanı Girgensohn daha şubat ayında bu doğrultuda izlenimler uyandırmıştı: “Ebeveynlerin isteklerine uyularak niçin sadece milli sınıflar oluşturulmasın ki? Şimdiye kadar biz bunu ideolojik olarak önledik. (...) Niçin daha yumuşak çözüme

vararak, Alman çocuklarına Alman sınıfları, yabancı çocuklarına da ulusal sınıflar açmayalım ki!”

Girgensohn da tüm yetkililer gibi “ebeveynlerin isteklerine” saygı gösterme demagojisine başvurmuştur. Birincisi ebeveynlerin tedirgin olmaları haklı olan bir şeydir. Çünkü çoğunluğu yabancıların oluşturduğu bir sınıfta, Alman çocuklarının çok az şey öğreneceği tartışmasız bir gerçektir. Ama Alman ebeveynlerin istekleri milli sınıflar değil, çocuklarının doğru dürüst eğitim görmesidir. Girgensohn şubat ayında yaptığı bir açıklamada yabancı çocukların sözde entegre adına 27 yabancıların olduğu bir sınıfta 3 Alman'ı zorla tutmuş. Şimdi sormak lazım şu baya: Yabancıları mı entegre etmek istiyorsunuz, yoksa Alman çocuklarını mı? Onun entegrasyondan ne anladığı bizim için açık olan bir şeydir. Girgensohn'nun verdiği örneğe bakılacak olursa, bunun yabancı çocukları entegre etmekten yakından uzaktan hiç bir bağı yoktur. İster istemez böyle bir sınıfta Alman çocukları bir şey öğrenemez. İşte o ebeveynlerin bu yöndeki şikayetlerine doğru bir cevap vermekten kaçınıyor ve bunun karşılığına uysal bir çözüm olarak ulusal sınıfları alternatif olarak koyuyor.

Kuzey Ren Vestfalye Milli Eğitim Bakanlığı basına yaptığı açıklamasında “ulusal sınıfların sadece yabancı çocukların fazla oldukları belirli bölgelerde istisnai olarak açılabilmesine” işaret etmişti. Yabancıların Almanyanın her şehrinde Get-

to'larda oturmaya zorlandığı açık bir gerçektir. Böylece buna göre Girgensohn'un alternatifini ele alacak olursak, bir iki istisna dışında her bölgede sadece ulusal sınıfların açılmasının ortami vardır. Bunun için kem küm etmeye ne gerek var.

Kuzey Ren Vestfalye SPD Hükümeti bir taraftan yabancı çocukların Alman toplumuna uyum sağlamasından dem vururken, öte yandan ise yabancıların Getto'larda oturmaya zorlanmasına karşı hiç bir adım atmamakta ve kısa yoldan bunun çözümünü milli sınıfları önermektedir. Tabii ki “ulusal sınıfların açılmasına gidilmeden önce yabancı çocukların Almanlarla ders yapıp yapamayacağını iyice araştırılmalı, otobüslerle yabancı oranının az olduğu okullara götürülüp götürülemeyeceğinin incelenmesi” belirtilmektedir. Eğer gerçekten yabancıların entegre edilmesinden dem vuruluyorsa, bu tür önlemler yerinde incelenmeli ve ayrıca Almanların çoğunlukta olduğu okullarda da öğrenciler uygun bir temelde başka okullara dağıtılmalıdır.

Basın mensupları Girgensohn'a niçin bu kadar geç harekete geçildiğini sorduklarında, o daha önce sorunun bu kadar sert olmadığını ve Türkiye'den belli bir sınıftan ayrılarak buraya gelen çocuklarla çıktığı “sahtekarlığa” başvuruyor. Kaçamak yok bay Girgensohn. Açık olan şu: Yabancıların Getto'larda zorlandığını ve bunun çocukların eğitim sorununu da etkilediğini sen dahil, tüm yetkililer bilmekteydi. Ama biz yabancılar buraya getirilirken, kapitalistlerin kârları için getirildik. Ve bunun içinde getirildiğimizden beri bize hiç bir hakları olmayan iş köleleri gibi muamele görmeye çalışmaktasınız. Bundan ötürü de bizim

sorunlarımız sizi ilgilendirmediği gibi çocuklarımızın sorunları da sizi ilgilendirmemektedir. Ve bugüne kadar çocuklarımızın eğitimi için ciddi bir adım atılmamasının gerçek nedeni budur. Yoksa bay Girgensohn sizin iddia ettiğiniz gibi çocuklarımızın “Almanya'da birinci sınıf yerine ileri sınıflarda başlamaları” değildir. Aksine çocuklarımızın eğitimi için atılan her adım masrafa yol açmaktadır. İşte sizin ve temsilciliğini yaptığınız patronların istemediği budur.

Bunun için biz asla çocuklarımızın milli sınıflarda ders görmesine izin vermemeliyiz ve bu yönde olan her eğilime, hangi isim altında olursa olsun karşı çıkmalıyız. Çünkü ulusal sınıflar; birincisi yabancı çocukların ikinci sınıf iş köleleri olmalarını beraberinde getirirken, öte yandan ise şimdiden yerli ve yabancı, özellikle de Türkiyeli gençliğin kaynaşmasının, entegre edilmesinin önüne set çekmekte, karşılıklı ön yargıların daha da artmasına hizmet etmekte, yerli ve yabancı gençliğin karşılıklı saygı temelinde birbirine uyum sağlamasını baltalamakta ve gençliğin ırkçı bir temelde bölünmesine hizmet etmektedir.

Bunun için Nazilerin referandum talebine karşı yükseltilen protesto daha da yaygınlaştırılmalı ve Münster İdari Mahkemesi'nin ulusal sınıfların anayasaya aykırı olduğunu, bunun yabancıların daha da aşağılanmasına hizmet edeceğini açık bir şekilde ortaya koymasını sağlamalıyız. Bunu başarmak bir taraftan NPD'li faşistlerin girişimlerine darbe vurur ve onlarla aynı adımı atan CDU Eyalet Hükümetleri'nin adını geri püskürtmek için zemin yaratırken, öte yandan ise Kuzey Ren Vestfalye Eyalet Hükümeti'nin yabancı çocukların kalabalık oturdukları yerlerde ulusal sınıflarda okutulması için almak istediği kararın da boşa çıkarılması sağlanmalıdır. Öyleyse bunun için her türlü mücadele metoduna başvurulmalıdır. („Doch Apartheidsklassen in NRW“)

El Salvador'da “seçim” güldürüsü

FMLN “seçimi” boykot etti

SAN SALVADOR. — Geçen hafta El Salvador faşist cuntası yeni göstermelik seçimlere gitti. Bu seçimlerin ilginç olan yanı seçimde tek tek faşist çetelerin aldığı oylar değil, “seçime” katılım ve FMLN örgütünün “seçimleri boykot etme” çağrısıdır.

Yapılan “seçimlere” gerçek katılımın ne kadar olduğu üzerine bir rakam belirtmek oldukça olanaklıdır. Nitekim El Salvador'un faşist Duarte cuntası bile bu konuda bir rakam belirtecek durumda değildir. Çünkü ülkenin nüfusunun ne kadar olduğu, kimin seçme hakkı olup olmadığı, kimin yaşadığı vs. üzerine hiç belge mevcut değildir.

Ancak Batı Alman televizyonu, diğer yayınlar ve Türkiye'deki Kenan Evren faşist cuntasının borazanlığını yapan Hürriyet, Milliyet ve Tercüman gibi gazetelere bakılacak olursa, “seçime” katılım oldukça “muazzamdı” ve halk faşist cuntadan “yanaydı”.

ZDF televizyonu gösterdiği filimlerde halkın yoğun bir şekilde sandık başına gittiğini ispatlamaya çalıştı. Birincisi, röportaj, faşistlerin kalesi olan San Salvador'dan yapılmaktaydı. İkincisi ve belirleyici olan etken ise faşist cuntanın elabası “sandık başına gitmeyenlerin” FMLN'ye ve teröristlere sempati duyduğunun göstergesi olacağını ve bunların olurluna bakılacağını” açıkladı. Eğer

halk gerçekten iddia edildiği gibi yoğun bir şekilde sandık başına gittiyse, bunun tek nedeni ölümle tehdit edilmesidir, yoksa “seçime” umut bağladığından dolayı değil.

En küçük kademesinden en üst kademesine kadar devlet bürokrasisinde yer alan faşistlerin hepsi ABD'de eğitim görmüş ve bugünde saltanatlarını sadece onun silah ve maddi yardımı ile sürdürmektedir. Bunun için yapılan seçimlerle sadece halkın cuntaya bağlı olduğu izlenimi uyandırılmak ve Duarte'yi önlemler almakta yumuşak olmakla eleştiren faşist çetenin elabasılarından biri başa getirilmek isteniyordu ve nitekim bu yönde adım atıldı. ABD ve onun El Salvador'daki uşakları halka karşı daha vahşi önlemler talep ediyor.

Bu göstermelik seçimi El Salvador “Ulusal Kurtuluş Cephesi” (FMLN) boykot etmeye çağırmıştı. Çünkü cuntanın direk öncülüğü ve denetimi altında yapılan bir seçimin gerçek bir seçme seçilme ile yakından uzaktan bir bağı yoktur ve olamazda. Bunun için



Bir taraftan faşist cunta topuyla, tankıyla, süngüsüyle halka karşı katliama girişirken, öte yandan ise göstermelik “seçim”e gidilmektedir.

FMLN örgütü halkı seçimleri boykot ederek El Salvador özgürlük mücadelesinin safına katılmaya çağırdı.

FMLN örgütü bu göstermelik seçimlere bir aday göstermiş olsaydı, böylece daha adayın ismi belli olur olmaz kurşuna dizilirdi.

Seçim güldürüsünü her bir faşist parti (daha ziyade çete) kendisinin kazandığını iddia etti. Nihayet son olarak—ki oyların çoğunluğunu Duarte almış—faşist katil çetesinin başı Roberto d'Abuisson kendisinin seçimi kazandığını iddia etti. Seçimin ardından ABD emperyalizminin El Salvador Büyük

Elçisi San Salvador'daki Hilton otelinde yeni hükümet koalisyonunun kurulması için görüşmelere başladı.

El Savador'daki bu seçim güldürüsü üzerine fazla durmaya gerek yoktur. Çünkü gerçekler ortada. Bu “seçime” El Salvador halkının bel bağlamadığı açık bir şey. Bunun için yiğit El Salvador halkı Duarte'nin yerine getirilmek istenen faşist çellatlara da er geç hakettiği cevabı verecek, özgürlük bayrağını daha da yükseltmeye çalışacaktır. Zaten El Savador halkının özgürlüğünü elde etmesi için mücadeleden başka bir alternatif de yoktur.

DGB'nin yabancı düşmanlığına karşı eylemi

Sendikalar yabancı düşmanlığına karşı mücadeleyi yükseltmelidir!

MAINZ. — 19 Mart'ta DGB'nin Mainz-Bingen Kaza Birliği yabancı düşmanlığına karşı bir podiyum tartışması düzenledi. Sendikaların yabancı düşmanlığına karşı harekete geçmesi selamlanacak bir adımdır. Sürdürülen tartışmalarda DGB'nin yabancı düşmanlığına karşı çok az sev yaptığı eleştirildi ve bazı sendika ağalarının yabancı düşmanlığını kışkırtma korosunda yer almaları mahkum edildi. Sendikalar yabancı düşmanlığına karşı eylemlerini sadece bir iki toplantıyla sınırlamamalı, yerli ve yabancıların birliğini sağlamak, yabancı düşmanlığına ağır darbeler indirmek için yaygınlaştırmalıdır.

Mainz'da tartışmaya çağrı yapan DGB bildirisinde şöyle diyor: (...) Şöyleki, uzun zaman beri bize sözde Almanya'daki işsizliğin ve krizin sorumluları olarak bazıları gösterilmektedir. Bunlar Federal Almanya'daki yabancı işçilerdir. (...)”

Şunu hatırlayalım: Bugün yabancılar üzerine yakınıldığı gibi, yarın sene öncede güya iş bulmak istemeyen, daha ziyade

yan yatmak isteyen o zamanki işsizler üzerine yaygara kopartılmaktaydı. Şimdi artık artan kitlesel işsizlik karşısında bu sınır çoktan aşıldı. Öyleyse şimdi yeni sorumluların bulunması lazım.

Peki işyerleri nasıl yok edilir? Örneğin işyerlerinin ya iflas sonucu ya da rekabette olduğu firma tarafından iflasın eşiğine sürüklemek için satın alınarak kapatılması ile. Federal Alman-

ya da hiç bir yabancı işçi olmasa bile gene bu tür üretim alanları kapatılacaktır. Makinelerin çalıştırılmaması, ister yabancı ister Alman olsun, tüm işçileri etkilemektedir.

İşyerlerini yok eden diğer bir etken ise rasyonelleştirme. İster yabancı isterse de yerli işçileri hedeflesin, işyeri kâr nedenlerinden ötürü rasyonelleştirilmektedir. (...)

(...) “Yabancılar dışarı” demek bunda hiç bir değişikliğe yok açmaz. (...)

Bizim asla yeni bir sorunun gösterilmesine ihtiyacı-mız yok. Eğer işsizlik ve sosyal olmayan kısıtlamalara karşı başarılı bir mücadele sürdürmek gerekiyorsa, o zaman Alman ve yabancıların birbirinin desteğine ihtiyacı vardır. Birbirimize karşı kullanılmamıza izin vererek; Almanlar yabancılar karşı, işsizler çalışanlara karşı; bunun sadece bize zararı dokunur.”

“İrkçılığı ve yabancı düşmanlığını birlikte geri püskürtelim!” şiarı altında düzenlenen podiyum tartışmasında konuşan IG Metall Frankfurt Yönetim Kurulu Sekreteri Hans Schirmer'in “DGB sendikalarının ırkçılığa ve yabancı düşmanlığına karşı bugün hep birlikte durdukları” sözleri, toplantıya katılanların sert eleştirilerine yol açtı. Örneğin podiyum toplantı-

sına katılanlardan biri DGB'nin yabancılar kanununun sertleştirilmesini niçin desteklediğini?” sordu. Bu toplantıda ayrıca daha önce yabancılar karşı konuşan DGB Yönetim Kurulu üyesi Karl Schwab'ın sözlerine de işaret edildi. Karl Schwab yaptığı açıklamasında şöyle demişti: “Bazılarının kamuoyu önünde sürdürdüğü tartışmalar da dile getirdiği şekilde Alman-

lar da yabancılar karşı bir düşmanlık mevcut değildir”

DGB sendikasının geçte olsa, yabancı düşmanlığına karşı Mainz'da düzenlediği bu podiyum tartışması selamlanacak bir adımdır. Ne varki sendikalar bu yönde pek nadir adım atmaktalar.

Yabancı düşmanlığına karşı olumlu örneklerden biri DGB Baden-Württemberg eyalet birliğinin çıkardığı broşürdür. Bu broşür “Yabancılar işyerlerimizi elimizden alıyorlar!-Bu bir masaldır” adını taşımaktadır. Ne varki çıkarılan bu broşürün yaygınlaştırılmasını bazı sendika yöneticileri engellemeye çalışmaktalar. Bunun için her ileri sendikacının görevi sendika tarafından çıkarılan bu broşürün geniş bir şekilde dağıtılmasını sağlamaktır. („DGB Veranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit in Mainz“)



Yabancı düşmanlığına karşı mücadele ve sendikaların rolünün önemi

Genel olarak dünya çapında tüm kapitalist-revizyonist ülkelerde, özel olarak Batı Almanya'da iktisadi buhran giderek derinleşmektedir. Tüm kapitalist-revizyonist ülkelerde olduğu gibi, dünya emperyalist sistemin bir parçası olan Batı Almanya'da da emperyalist burjuvazi içine düştüğü buhranı kolayca atlatabilmek, onun yükünü başta işçi sınıfı olmak üzere tüm emekçi halkın üzerine yıkabil-mek için saldırılarını yoğunlaştırmaktadır.

Batı Alman burjuvazisi buhranın faturasını emekçi halka ödetirebilmek için bir çok cepheden saldırıya geçmiş durumdadır. Bir taraftan ardi arkası kesilmez bir şekilde işyerleri kapatılır ve binlerce işçi ve emekçi sokağa atılırken, öte yandan ise kapitalistler daha fazla kâr elde edebilmek ve üretim masraflarını düşürebilmek için işyerlerini rasyonelleştirmektedir. Bunun sonucu binlerce işçi ve emekçi sokağa atılmaktadır.

Ne var ki Batı Alman devleti bu kadarını yeterli görmekte. O kapitalistlerin sorumlu oldukları devlet bütçesindeki açıklığın da kapatılması için işçi ve emekçilerin çeşitli çetin mücadeleler sonucu kazandıkları sosyal hakları da kısıtlamaktadır. Hastalık sigortası aidatları, işsizlik sigortası aidatları yükseltilmekte, re-çete ücretleri iki katına çıkarılmakta, ikinci ve üçüncü çocuk paraları düşürülmekte vb.

Batı Alman burjuvazisi ve onların Bonn'daki temsilcileri şimdide işsizlere yönelik saldırılarını yoğunlaştırarak, onları her türlü işi kabul etmeye zorlamak, işsizlik paralarını düşürmek ve onları çalışan emekçilerin ücretlerini düşük tutmak için kullanmak istemektedir.

Bunların yanı sıra kapitalistler ücret artışlarına bir son verilmesi gerektiği nidalarını tekrarlamakta ve ücretlerin dondurulmasını talep etmektedirler. Nitekim onlar yapılan toplu sözleşmelerde işçi ve emekçilerin gerçek ücretlerinin daha düşürülmesini ifade eden bir anlaşmayı yapmayı başardılar.

Batı Alman kapitalistleri buhran olmasına rağmen tatlı kârlarını elde edebilmek, işçi sınıfına ve emekçi halka karşı daha da pervasız bir şekilde geniş cepheden saldırıya geçebilenin zeminini yaratmaya çalışıyorlar. Onlar bunu başarabilmek için karşılarında bölük pörçük olmuş, dağınk, örgütsüz, sendikasız ve kendi içinde birbirini yiyen bir işçi sınıfını görmek istemektedirler.

Bunun için yerli işçiler, yabancı işçilere karşı, kadınlar erkeklerle, gençler yaşlılara düş-man edilmeye çalışılmaktadır.

Onlar bunu başarabildikleri oranca işçi sınıfına yönelik baskı, sömürü ve zulümlerini daha da artırmaya yeltenecek, işçi sınıfının kanı ve canı pahasına uzun ve çetin mücadeleler sonucu elde ettiği hakları kısıtlamaya girişeceklerdir.

İşte böyle bir ortamda, Batı Alman kapitalistlerin ve onların Bonn'daki temsilcilerinin saldırılarını geri püskürtmek için sendikalar önemli görevler düşmektedir. İşçi sınıfının çıkarlarının temsilcisi ve mücadele merkezleri olan sendikalar, kapitalistlerin işçi sınıfının birliğini bölmek, mücadele gücünü zayıflatmak için atacakları her türlü girişimini boşa çıkarmak için harekete geçmelidirler. İşçi sınıfının birliği korunduğu, mücadele gücünün zayıflatılması önlenmediği oranca kapitalistlerin buhranın faturasını emekçi halka ödetebilme girişimleri de o denli zorlaşmış olacaktır.

Bu genellemeyi somuta indireyecek olursak; bugün DGB sendikalarının önünde duran görev yerli ve yabancılardan oluşan Almanya'daki işçi sınıfının birliğini parçalamaya, mücadele gücünü zayıflatmaya yönelik her türlü adımı geri püskürtmektir. DGB sendikaları bugün yabancı düşmanlığı kışkırtmacılığına en karlı bir şekilde karşı çıkmalı, buna karşı yaygın ve mücadelecilik eylemler örgütlemelidir. Onlar kapitalistlerin ve sözcülerinin yabancı düşmanlığı ile neyi amaçladıklarını ortaya koymalı, işçi ve emekçiler arasında bu yönde siyasi bir faaliyet sürdürmelidirler. Çün-

kü kapitalistler ve onları sözcüleri işçi sınıfının buhranın gerçek nedenlerini görmesinden alı koymak için bunun sorumluları olarak işçi sınıfının şu ya da bu tabakasını gösterip dikkatleri o yöne çekmektedirler. Bugün bunlar biz yabancı, özellikle de Türkiyeli emekçiler, yarın ise kadınlar, gençler, ... olacaktır.

Bu anlamda sendikaların yabancı düşmanlığına karşı oynayacağı rolü göz ardı etmemeli ve biz Türkiyeli sınıf bilinçli işçiler olarak sendikalar içerisinde bir faaliyet sürdürmeli, sendikaların, işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan biz yabancı işçi ve emekçilere yönelen saldırıya karşı eylemler örgütlenmesini sağlamalıyız.

DGB sendikasının bugün yabancı düşmanlığına karşı düzenlediği eylemler dar çerçevede kalmakta ve kısır eylemlerden öteye gitmemektedir. Bundan daha da öte, bazı sendika ağaları yabancı düşmanlığına bile desteklemektedir. Bunun için her RGO'lunun, her Türkiyeli sınıf bilinçli işçinin görevi, DGB'nin ve ona bağlı sendikaların yabancı düşmanlığına karşı daha yaygın ve somut eylemler örgütlenmesini sağlamaktır. Aksi takdirde kapitalistlerin saldırıları karşısında mağlup çıkacak gene yerli ve yabancıardan oluşan işçi sınıfı olacaktır. Öyleyse haydi göreve!

(„Der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit und die Bedeutung der Rolle der Gewerkschaften dagegen“)

RGO'lu işyeri işçi temsilcileri üzerindeki saldırılar artıyor

Bosch-Siemens patronları bir RGO'lu işçi temsilcisinin çıkışını verdi

Patronların işçi sınıfına yönelik saldırılarına paralel olarak ilerici, sınıf bilinçli sendikacılara karşı saldırılar da yeni boyutlar kazanmaktadır. Batı Berlin'de Bosch-Siemens-Hausgerätewerk patronları geçen yıl işyeri işçi temsilciliği seçimlerinden kısa bir süre önce RGO'lu işyeri işçi temsilcisinin çıkışını vermeye çalıştılar. Onlar çeşitli sahte gerekçelere başvurarak RGO-Listesinin seçime katılmasını önlemek istediler. Ama onlar bunu başaramadılar ve seçime katılan RGO oyların yüzde 51'ni topladı. Ayrıca daha sonra İş Mahkemesi'nde yapılan davayı da RGO'lu işçi temsilcisi kazandı.

Ancak patronlar bu yenilgileri ile yetinmediler, onlar daha sonra çeşitli gerekçeler göstererek gene RGO işyeri işçi temsilcisinin çıkışını verme yönünde adım attılar. Geçen yılki yenilginin sancısını çeken Batı Berlin Bosch-Siemens-Hausgerätewerk patronları RGO'lu işçi temsilcisinin çıkışını vermek için yeni bir oyuna başvurdular: Şimdi gerekçe olarak RGO'lu arkadaşın kendisine “gösterilen işi yapmayı reddettiği”, “haber vermeden işe gelmediği” gösterilmektedir.

Yaklaşan işyeri işçi temsilciliği toplantısına hazırlanmak için RGO'lu işçi temsilcisi işi bırakıyor. Bu ise ustabaşısının işine gelmediğinden dolayı, o kendisine sadece bir saatliğine “izin” veriyor. Ancak toplantıya hazırlanma daha uzun sürdüğünden dolayı, aynı günü kendisine “işe gelmeye itiraz ettiği” gerekçesi ile çıkışının verileceği açıklanıyor.

IG Metall'dan işyeri işçi temsilciliğinin üyelerinin çoğunluğu hemen RGO'lu işyeri işçi temsilcisinin çıkışını onaylıyorlar. İşçi temsilcisi arkadaşın çıkışının onaylanmasının sonu-

cu işyeri işçi temsilciliğinin başındaki ağa toplantıyı yarıda keserek işletme yönetimine koşup RGO'lu işyeri işçi temsilcisinin çıkışının onaylandığını bildiriyor. Böylece hem arkadaşın işyeri işçi temsilciliğinin toplantısına katılması, hem de işyerinde kalması önlenmiş oluyor.

İşyeri işçi temsilciliğinin başındaki ağaya bu katkılarının dan ötürü işveren büyük övgüler dizdi.

Bosch-Siemens patronları üç montaj bandı ve yanındaki kısımlar için 1982 yılı içerisinde uygulanmak üzere işçileri özel vardiya çalıştırmaya tabii kılmak istemektedir.

Ayrıca ardi arkası kesilmez bir şekilde işyerinde rasyonelleştirmeye de gidilmektedir. Bosch-Siemens patronları özel vardiya uygulanmasına geçebilmek için mümkün olduğunca hiç bir direnişle karşılaşmak istemiyorlar. Onlar işyeri işçi temsilciliğindeki IGM'den işçi temsilcilerinin büyük çoğunluğunun kendilerinin “güvenilir” dostları olduğunu, bunların kendilerinin her türlü adımını destekleyeceğine çok iyi biliyorlar.

Böylece şimdiye kadar 450'ye yakın arkadaş fazla mesai yapmaya tabii tutuldu ki, üstelik akort sayısı da yükseltildi. Fazla mesai yapmaya zorlanan arkadaşlar bunu reddetmelerine rağmen, IG Metall işyeri işçi temsilciliğinden ağalar patronunun isteğini onayladılar.

RGO'lu işyeri işçi temsilcileri daha başından patronun özel vardiya planına kararlı bir şekilde karşı çıktılar. RGO çıkışının insanların sıhhatini bozduğunu, bunların toptan çıkışlara gidilmesinin kısa devre çalışma uygulamasının arifesi olduğunu çok net bir şekilde ortaya koydu ve özel vardiya da çalışmak istemeyen işçi arkadaşların protestolarını destekledi.

İşte RGO'lu işyeri işçi temsilcisinin tutumu hem patronunun hem de kendi tellerinden oynamayan IG Metall işyeri işçi temsilcilerinin etine batan bir dikedir. Bunun için de bu dikenin ortadan kaldırılması gerekiyordu. Bu nedenle işverenle “karşılıklı güven temelinde çalışan ve işbirliği içerisinde olan” IG Metall'den işçi temsilcileri RGO işyeri işçi temsilcisi Ludwig Dedek'in çıkışını onayladılar.

Bu nokta bile bize işyerlerinde sendika patronlarının ve onların uydularının sınıf uzlaşmacı çizgilerini boşa çıkarmanın, gerek sendikalar içerisinde gerekse de işyerinde sınıf mücadelecilik çizgiyi hakim kılmanın ne kadar acil ve kaçınılmaz olduğunu gösteriyor. Bu nedenle RGO'nun sınıf mücadelecilik çizgisini sendikalar içerisinde hakim kılmak için ileri.

Kızıl Şafak Basın Şenliği

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Kızıl Şafak bu yıl 15. yayın yılını dolduruyor. Bunun için 11/12 Eylül 1982'de bir Basın Şenliği düzenleyecek.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“ısayısından itibaren ismarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih:İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag „Roter Morgen“, Wellinshofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.